

Kommentar von Jean-Philipp Baeck zum Bruch zwischen der EU und Iran

Teherans trotzig-absurde Retourkutsche

Es entbehrt jeder Grundlage und ist reine Trotzreaktion: Soldat*innen der Bundeswehr gelten nun auch als Terroristen – in Iran. Parlamentspräsident Mohammed Bagher Ghalibaf verkündete, dass sein Land die Streitkräfte der EU-Staaten zu „terroristischen Gruppen“ erkläre. Der Schritt ist eine unmittelbare Antwort auf die Entscheidung der EU-Außenminister letzte Woche, die islamischen Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen.

Mit der Listung gerät das islamistische Regime noch stärker in Isolation. So war absehbar, dass die in Brüssel getroffene Entscheidung das Verhältnis der EU zu Iran noch mal deutlich verschlechtert. Sie ist gerade deshalb zu begrüßen. Die Listung ist ein Signal an die Demonstrierenden im Land, die von der Truppe und ihren Schergen massenhaft ermordet werden, wie auch an die iranische Exil-Community, die von den Agenten und ihren Handlangern ausspioniert und bedroht wird.

Die Revolutionsgarden sind ein Staat im Staat, eine Elitetruppe mit eigenem Heer, Marine und Luftwaffe. Sie sind mit der Wirtschaft eng verbunden und in Schlüsselindustrien vorherrschend. Mit der jetzigen Aufnahme auf die EU-Terrorliste gelten Sanktionen für verbundene Firmen, Einreiseverbote für Angehörige der Organisation, deren Vermögen auch eingefroren werden können. Polizei und Justiz haben mehr Befugnisse. Auch die Unterstützung kann bestraft werden. Der Bruch mit den Revolutionsgarden ist daher ein endgültiger Bruch mit dem iranischen Regime.

Der Schritt war überfällig und kommt jetzt zu einem Zeitpunkt, da die „Islamische Republik“ dem Ende nah zu sein scheint. Viel zu lange verzögerten diplomatische Abstimmungen der EU-Staaten untereinander ein entschlossenes Handeln gegenüber dem Terrorregime. Diese außenpolitische Uneinigkeit Europas ist dramatisch in Zeiten, in denen der Protofaschismus in Washington regiert. Viel zu lange dauerte die deutsche Appeasementpolitik gegenüber dem Islamfaschismus, bei der vor allem auch Sozialdemokraten die Nähe zu den Mullahs suchten und damit, statt einen vermeintlichen Wandel herbeizuführen, das Regime stärkten.

Dabei wäre eine frühere Reaktion der EU auch im eigenen Sicherheitsinteresse gewesen. Die Revolutionsgarden koordinieren mit der Al-Quds-Einheit, ihrer Auslandselitetruppe, den Terror von rekrutierten Kriminellen und Agenten, von Hamas, Hisbolah und Huthis gegen Israel, gegen Jüdinnen und Juden und gegen Regime-Gegner*innen weltweit. Die Revolutionsgarden sind für Dutzende Attentate, Anschläge und Anschlagversuche sowie Spionagefälle auch in Europa verantwortlich.

Die Liste der Fälle ist lang und reicht Jahrzehnte zurück. Dass die EU gegen die Revolutionsgarden so lange nichts unternahm, wirkte fast wie eine Einladung. Hoffen wir nun, dass die Listung den Sturz der Mullahs wenigstens beschleunigt.

3

Bussi-Aufriss

Eine Polizistin wird zwangsgeküsst und wehrt sich. Übertrieben?

24

25.308

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13

Ausgabe ePaper, Nr. 13805



Was Fanta Quraishi aufs Meer trieb

Eine Krankenschwester aus Sierra Leone weiß keinen Ausweg aus Armut und Gewalt im tunesischen Lager, außer ein Boot nach Europa. Sie, ihr Baby und 380 weitere Menschen sind vermutlich ertrunken

4-5

Vermisst von Familie und Freunden: Fanta Quraishi, damals noch schwanger, im August 2025 Foto: Mirco Keilberth

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Papst Leo XIV. hat am Samstag bei einer Audienz die wahre Wurzel allen Übels in der Welt enthüllt. Was bereits bekannt war: Frauen sind schuld. Nun präzisierte Leo: Abtreibung sei der „größte Zerstörer des Friedens“. verboten dachte, es wäre genau umgekehrt, denn so manches „Leben“ hätte ungeboren für weniger Konflikte gesorgt. Etwa die berühmte

Abtreibung aus dem Paradies.

Kernspaltung

Mehr Mitglieder, weniger Basis? Neue Pläne bei den Grünen sorgen für Befremden

7

Deutschlandscham

Taktlos, plump und arrogant: Deutscher Humor in Grönland

13

Varda was?

Bevor Godard da war, war Varda da: Carrie Rickey über die Künstlerin und Nouvelle-Vague-Pionierin

15



Foto: Mary Evans/Imago



Foto: AN/mago

Indische Frauenpolitik:
Sunetra Pawar wird
Vize-Regierungschefin
von Maharashtra

Mit gefalteten Händen im weißen Sari legte Sunetra Ajit Pawar am Wochenende ihren Amtseid ab und wurde damit offiziell zu einer der einflussreichsten Politikerinnen Westindiens. „Ich habe diese Entscheidung zum Wohle Maharashtras getroffen“, erklärte sie und kündigte an, die Arbeit ihres verstorbenen Mannes fortzuführen.

Nur drei Tage nach dem tödlichen Flugzeugabsturz Ajit Pawars wurde die 62-Jährige damit zur stellvertretenden Ministerpräsidentin des Bundesstaates Maharashtra vereidigt. Gleichzeitig übernimmt sie den Vorsitz der Parlamentsfraktion der Nationalist Congress Party (NCP). Die Ernennung fiel in die letzten Ausläufer kommunaler Wahlen – geräuschlos, strategisch und vor allem schnell. Ihr Aufstieg soll politische Konflikte nach dem Machtverlust verhindern.

Pawar bringt Erfahrung mit, weniger aus Wahlämtern denn aus zivilgesellschaftlicher Arbeit und der Leitung einer einflussreichen Familie von Politiker:innen. Ihre eigene formale politische Karriere ist hingegen kurz: Bei den Parlamentswahlen 2024 unterlag sie ihrer Schwägerin Supriya Sule, einer prominenten Rivalin aus dem anderen Lager der Pawar-Familie. Kurz darauf wurde sie jedoch ins Oberhaus des Parlaments berufen. Und nun steht sie als Stellvertreterin des Regierungschefs an der Spitze eines der wirtschaftlich wichtigsten Bundesstaaten Indiens. Zum ersten Mal bekleidet eine Frau ein so hohes politisches Amt in Maharashtra.

Ihre Ernennung folgt einem nicht unbekannten Muster. Immer wieder übernahmen Ehefrauen nach dem Ausscheiden mächtiger Politiker deren Posten: als Garantinnen von Kontinuität, als Schlichterinnen, als Trägerinnen eines etablierten Namens. Sonia Gandhi ging etwa nach der Ermordung ihres Mannes Rajiv Gandhi in die Politik. Rabri Devi wurde 1997 nach dem Rücktritt ihres Mannes Ministerpräsidentin des Bundesstaats Bihar. Mit Feminismus hat das wenig zu tun. Es ist politischer Pragmatismus – der Frauen jedoch die Tür öffnet, sich in Ausnahmesituationen zu beweisen.

Sunetra Pawars Vater war Innenminister Maharashtras und mehrfacher Abgeordneter. Politik gehörte damit früh zu ihrem Alltag. Sie studierte Wirtschaft und engagierte sich vor ihrem Einstieg in die Tagespolitik in sozialen, ökologischen und bildungspolitischen Projekten. 2010 gründete sie das Environmental Forum of India, dessen Anliegen nachhaltige Landwirtschaft und die Entwicklung von dörflichen Strukturen ist. Zudem war Pawar in größeren Bildungseinrichtungen und auch als Unternehmerin aktiv.

Der Tod des Mannes, Ajit Pawar, hat die indische Politik erschüttert. Er war ein Strippenzieher in Maharashtra, mit beträchtlichem Einfluss, aber auch eine umstrittene Persönlichkeit. Dass seine Frau nun die Nachfolge antritt, ist kein Zufall. Ihr älterer Sohn hatte sich nach einer Wahlniederlage zurückgezogen, der jüngere ist Unternehmer. Sunetra Pawar bleibt diejenige, die Loyalität sichern und zugleich durch ihr Handeln überzeugen muss.

Sie tritt ihr Amt in einer Regierung an, die noch mehrere Jahre vor sich hat. Zwar leitet sie künftig nicht das Finanzressort, das ihr Mann zuvor führte, doch mit den Bereichen Steuern, Sport, Jugendfürsorge und Minderheitenentwicklung hat sie Spielraum, um Profil zu zeigen.

Schicksalsschläge haben Frauen in der indischen Politik immer wieder an die Macht gebracht. Nun liegt es an Pawar, was sie daraus macht.

Natalie Mayroth

Neue Akten gegen den Ex-Prinzen

Der britische Premier Starmer erhöht den Druck auf Ex-Prinz Andrew: Er soll vor dem US-Kongress zur Aufklärung im Missbrauchsskandal Epstein beitragen. Die US-Justiz hatte neue Dokumente veröffentlicht

Aus London **Daniel Zylbersztajn-Lewandowski**

Nach der Veröffentlichung von drei Millionen weiteren Ermittlungsakten im Fall des verstorbenen Sexualstraftäters Jeffrey Epstein erhöht der britische Premierminister Keir Starmer den Druck auf den ehemaligen britischen Prinzen Andrew Mountbatten-Windsor. Starmer sprach sich dafür aus, dass der Bruder von König Charles vor dem US-Kongress über seine Beziehung zu Epstein aussagt und über mutmaßliche sexuelle Kontakte zu von Epstein vermittelten Frauen. „Ich habe immer gesagt, dass jeder, der über Informationen verfügt, darauf vorbereitet sein sollte, diese Informationen zu teilen, in welcher Form auch immer er darum gebeten wird“, sagte Starmer am Wochenende am Rande einer Reise nach Asien.

Bereits 2020 wollte die US-amerikanische Justizbehörde mit dem damaligen Prinzen Andrew sprechen. Als Ende letzten Jahres ein erster Teil der Epstein-Akten veröffentlicht wurde, wandten sich demokratische Abgeordnete im US-Kongress erneut an ihn, mit der Bitte, dass er Aussagen machen sollte.

Das US-Justizministerium hatte am Freitag nun mehr als drei Millionen neue Dokumentenseiten auf seiner Webseite veröffentlicht, darunter mehr als 2.000 Videos und 180.000 Fotos. Den ehemaligen Prinzen sieht man auf zwei bisher nicht bekannten Aufnahmen über einer bekleideten Frau knien, deren Gesicht von den Behörden zur Anonymität vertuscht wurde. Auf einem weiteren Foto berührt er ihre Hüfte.

Mountbatten-Windsor, dem im Oktober 2025 von seinem Bruder Charles III. alle Adelstitel aberkannt worden sind, bestreitet bisher alle Vorwürfe gegen ihn hartnäckig. Aufsehen machte zuletzt der Fall Virginia Giuffre, die in ihrer Autobiografie behauptet, sie sei 2011 als damals Minderjährige zum Sex mit Mountbatten-Windsor gezwungen worden. Giuffre begang 2024 Suizid.

In einem E-Mail-Austausch unterhalten sich Epstein und der Ex-Prinz über eine Russin, die „26 Jahre alt, schlau, schön und vertrauenswürdig“ sei

Auch die nun veröffentlichten Dokumente legen nahe: Der Ex-Prinz hielt deutlich länger Kontakt zu Epstein, als er vorgibt. Mountbatten-Windsor behauptet, er habe die Beziehung zu Epstein abgebrochen, nachdem der 2008 wegen Prostitution Minderjähriger verurteilt wurde. Doch noch 2010 hatte er Epstein offenbar zu einem Besuch in den Buckingham Palace eingeladen. In einem E-Mail-Austausch unterhalten sich Epstein und der ehemalige Prinz bezüglich einer Russin, die „26 Jahre alt, schlau, schön und vertrauenswürdig“ sei, wie Epstein schreibt. Ob der Prinz sie nicht treffen wolle, es geht um einen Zeitraum im August 2010.

Die US-Anwältin Brad Edwards, die viele der Opfer Epsteins vertritt,

sagte unterdessen dem britischen Sender BBC, eine ihrer Klientinnen habe berichtet, sie sei just 2010 von Epstein nach Großbritannien geschickt worden, um dort Moundbatten-Windsor in seiner ehemaligen Residenz „Royal Lodge“ zu treffen. Während ihres Aufenthalts soll die junge Frau eine Tour durch Buckingham Palace erhalten haben. Der ehemalige Prinz, heute 65 Jahre alt, äußert sich bisher nicht, wurde aber am Samstag während eines Reitausflugs fotografiert.

In den neu veröffentlichten Dokumente fallen weitere prominente Namen. Darunter ist der des britischen Milliardärs Richard Branson, der Epstein demnach auffordert, seinen „Harem“ beim nächsten Treffen mitzubringen. Auch der des US-amerikanischen Microsoft-Gründers Bill Gates taucht in den neuen Dokumenten auf. In einem E-Mail-Entwurf, den Epstein an sich selbst geschickt haben soll, soll er schreiben, dass Gates ihn um Antibiotika für dessen Frau gebeten habe, da er eine sexuell übertragene Krankheit von zwei russischen Prostituierten habe. Gates' Stiftung bezeichnete diese Behauptungen als absurd und falsch. Viele der nun bekannt gewordenen Schriftwechsel lassen sich nicht verifizieren. Offiziell beschuldigt wurde noch niemand der Genannten.

US-Handelsminister Howard Lutnick belasten die neuen Akten ebenfalls. Er soll 2012 mit seiner Familie eine Einladung auf Epsteins Insel angenommen haben – hatte aber bisher behauptet, den Kontakt zu Epstein vor Jahrzehnten abgebrochen zu haben.

Elon Musk, Tesla-Multimilliardär und Ex-Berater von US-Präsident Donald Trump, gerät auch den Fokus: Er fragte Epstein im Jahr 2012, also nach dessen Verurteilung als Sexualstraftäter, wann die wildeste Party auf dessen Insel laufe. Nicht klar ist jedoch, ob Musk dann je die Insel Epsteins besuchte. Trump selbst konnte bisher noch kein direktes Fehlverhalten nachgewiesen werden. Die neu veröffentlichten Dokumente sollen auch FBI-Listen enthalten mit größtenteils anonymen Anschuldigungen gegen Trump. Das FBI stuft sie demnach teils als „nicht glaubhaft“ ein.

Auch die jetzt veröffentlichten Akten enthalten Schwärzungen, das Justizministerium begründet sie mit dem Schutz der Opfer. Frauen, die sich selbst als Missbrauchsoffer Epsteins bezeichnen, fordern die vollständige Freigabe der Akten.

Unterdessen erreicht der Missbrauchsskandal weitere Länder: In der Slowakei trat Ex-Außenminister und Regierungsberater Miroslav Lajcak zurück. Das slowakische Nachrichtenportal 360tka veröffentlichte am Wochenende Chatprotokolle, denen zufolge Epstein Lajcak junge Frauen angeboten haben soll. Sie seien „wahrscheinlich zu jung für dich“, habe Epstein geschrieben, worauf Lajcak geantwortet habe: „Du hast mich nicht in Action erlebt.“ Der Politiker habe im Gegenzug seine Kontakte zum slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico angeboten. Lajcak wies die Vorwürfe indes zurück: „Ich stehe unter Schock.“ Er habe nie mit Epstein über Frauen gesprochen und auch keine Treffen für diesen organisiert. (mit dpa, ap, afp)



Ein undatiertes Foto aus den Epstein-Akten zeigt Andrew Mountbatten-Windsor, kniend über einer unbekannten Frau Foto: U.S. Justice Department/reuters

taz  lage

Benvenuti nella casa della lingua italiana

Buongiorno o buonasera, a seconda di quando legge questo testo. Vermutlich werden viele Leser:innen diesen Satz verstehen – so wie nicht wenige Kolleg:innen in der taz. Hat man nämlich erst einmal angefangen, italienisch zu kommunizieren (wenn auch recht stümperhaft, jedenfalls von meiner Seite aus), lernt man langjährige Kolleg:innen ganz neu kennen.

Plötzlich spricht der wortkarge Layouter fließend – und man er-

fährt quasi per caso, dass er mal mit einer Italienerin zusammen war. Er selbst findet seine Sprachkenntnisse *miserabile*, aber das ist nur *il eufemismo*.

Kolleginnen erzählen, dass sie in Italien studiert haben, wiederum andere antworten auf Mails mit italienischen Brocken in einem astreinen Italienisch. Warum? *Sì, certo*, weil sie – einfach so zum Spaß – die Sprache gelernt haben. Und dann gibt es

noch all die vielen Kunstliebhaber:innen aus allen Ressorts – neben jenen, deren Italien-Affinität allseits bekannt ist – die für jede Jahreszeit einen Museumstipp haben, ob in Perugia, Bologna, Torino. Um es in einem einzigen Satz zu sagen: *La taz – un'unica casa italiana*.

Zugegeben, manche Kolleg:innen verdrehen mittlerweile die Augen, wenn man ein *Buongiorno* in die Frühkonferenz schmettert. Wie-

derum andere finden *la tendenza italiana* ganz *grandiosa*. „Endlich Schwung in der Bude“, wie eine Kollegin meint. *La dolce vita* in der Redaktion stellt sich ohnehin erst ein, wenn die tazeins-Kollegin den nächsten Link mit einem Italo-Schlagger aus den Sechzigern schickt.

Durchaus möglich – Achtung, Triggerwarnung – dass es bei der nächsten taz-Party Italo-Karaoke gibt. (sis)



Nach der Explosion in Bandar Abbas: War es ein Gasleck, wie das Regime behauptet? Oder doch ein Angriff? Foto: Amirhosein Khorgooli/ap

Warten auf den Krieg, warten auf den Umsturz

Nach der Explosion in Bandar Abbas am Samstag hoffen einige Iraner, dass der US-Militärschlag gegen das Regime beginnt. Doch die Lage bleibt uneindeutig

Von **Mahtab Qolizadeh**

Der vergangene Monat war für viele Iranerinnen und Iraner geprägt von Wut und Protest, vom Vergießen ihres Blutes und vor allem vom Warten. Warten auf den Sturz der Islamischen Republik, warten auf eine ausländische Militärintervention. Viele in der iranischen Gesellschaft setzen enorme Hoffnungen in die Versprechen des US-Präsidenten Donald Trump. Hunderte private Nachrichten habe ich in den jüngsten Wochen aus Iran erhalten. Sie fragen: „Wann wird Trump angreifen?“

Vielleicht ging es an diesem Samstagmittag los. Der US-Flugzeugträger USS Abraham Lincoln hatte in der Vorwoche mit einigen Zerstörern die Einsatzgewässer von Centcom erreicht – dem auch für Iran zuständigen Regionalkommando der US-Streitkräfte. Dann die Schlagzeile: „Explosion in Bandar Abbas.“

Kurz nach der Explosion kamen die unbestätigten Berichte: Admiral Alireza Tangsiri, Kommandeur der Marine der Revolutionsgarden, sei das Ziel eines Präzisionsschlags in Bandar Abbas gewesen. Andere nannten Admiral Shahrām Irāni, Kommandeur der regulären irani-

schen Marine, als beabsichtigtes Ziel. Bislang wurde nur einer dieser Vorfälle offiziell bestätigt. Ein von einem lokalen Reporter veröffentlichtes Video zeigte jedoch, dass einer der Verletzten die Uniform der iranischen Strafverfolgungsbehörden trug. Er könnte ein Leibwächter der eigentlichen Zielperson gewesen sein.

Die iranischen Behörden – die seit Langem daran gewöhnt sind, Zahlen und Namen zu verschleiern und zu manipulieren – folgten dem gewohnten Drehbuch: Man bestritt umgehend jegliche Sicherheitsbedrohung und führte den Vorfall auf ein Gasleck zurück. Sie bestätigten lediglich einen Todesfall und vierzehn Verletzte.

Nach der Nachricht von der Explosion in Bandar Abbas kursierten schnell Berichte über weitere Explosionen in Täbris, in Robat Karim-Parand – einer Stadt am Rande von Teheran – und in Qom, einem der religiösen Zentren für schiitische Geistliche. Videos, die sie angeblich zeigten, gingen in den sozialen Netzwerken viral. Keine dieser Explosionen wurde allerdings bislang von offiziellen Stellen bestätigt.

Nach den Berichten über die Explosionen stieg bei manchen in der iranischen Gesellschaft die Hoff-

nung auf einen Militärschlag gegen die Islamische Republik. Durch die bitteren Erfahrungen im Zuge mehrerer Protestwellen sind viele zu einer düsteren Erkenntnis gelangt: Die menschlichen Kosten eines Militärschlags gegen das Regime wären wahrscheinlich geringer als die Zahl der Todesopfer bei weiteren friedlichen Protesten.

„Wenn ich sterbe, sei unsere Stimme. Sag allen, dass wir die Freiheit geliebt haben“

Nachricht aus Iran

Ich habe zahlreiche Nachrichten von Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Städten und Regionen in Iran dazu erhalten. Einer von ihnen schreibt über einen Messengerdienst: Wenn der Krieg beginne, wolle er in Teheran bleiben. „Entweder werde ich getötet, oder wir gewinnen. Aber wenn ich sterbe, sei unsere Stimme. Sag allen, dass wir die Freiheit geliebt haben.“

In Iran herrscht heute eine Art kollektive Betäubung, das Ergebnis der

blutigen Niederschlagung der Proteste. Immer öfter funktioniert das Internet wieder, immer mehr erschütternde Bilder und Videos landen in den sozialen Netzwerken: Familien, die die Leichen ihrer Kinder nach Hause bringen, damit die Behörden sie nicht stehlen können. Menschen, die die blutüberströmten Leichen ihrer Angehörigen umklammern. Menschen, die brutal geschlagen oder durch scharfe Munition getötet werden.

Manche schreiben mir, dass sie nur noch zwei Optionen sehen: ein Ende des Regimes oder das Ende des eigenen Lebens.

Unter den vielen Nachrichten sind auch die von einem jungen Studenten aus Teheran. Er soll hier Saeed heißen, zu seinem Schutz. Er war bereits während der Proteste im Jahr 2019 und erneut während der „Frau, Leben, Freiheit“-Proteste 2022 verhaftet worden. Auch dieses Mal stürmten Sicherheitskräfte der Islamischen Republik seine Wohnung. Saeed saß dann im Evin-Gefängnis, sieben Tage lang.

Er schickte verschlüsselte Fotos, die massive Verletzungen an seinem unteren Rücken, seiner Wirbelsäule, seinen Oberschenkeln, Händen und Armen zeigten. Die Haut zerrissen, das

Fleisch sichtbar – nicht genäht, nicht medizinisch versorgt. Es sind Anzeichen einer Wundinfektion zu erkennen. Außerdem Spuren von Elektroschockern und Schlagstöcken.

Er sagt: „Von dem Moment an, als sie kamen, war ihre Absicht Gewalt. Vor den Augen meiner Mutter setzten sie wiederholt einen Elektroschocker gegen mich ein, obwohl ich mich nicht wehrte.“ Saeed betont, dass ihr Vorgehen diesmal anders war als zuvor: „Sie hatten keine Hemmungen, uns Gefangene sogar tot zu prügeln.“

Berichte wie der von Saeed sind keine Ausnahme. Sie stehen für einen weiteren Dammbruch im Übergang von Unterdrückung zu Verbrechen. Wenn Foltern und Töten zur Routine werden, ist das Wort „Krise“ nicht mehr angemessen.

Die Aufmerksamkeit ist jetzt auf Trump gerichtet: Jede Äußerung, die er zu Iran tätigt, spielt mit den Nerven Unzähliger in Iran. Manche reagieren mit Galgenhumor: Sie erstellen Memes, machen Witze und äußern sich mit Sarkasmus über das unberechenbare Verhalten des US-Präsidenten. Doch am Ende wollen sie nur eins: den Sturz der Islamischen Republik. Auch um den Preis des Krieges.

Flugzeuge und Drohungen Richtung Iran

Die USA schickt Flugzeugträger und andere Geräte in die Region. Vor allem Irans Rivalen Israel und Saudi-Arabien verfolgen das mit Interesse

Von **Lisa Schneider**

Noch immer steht die Möglichkeit eines US-Angriffs in der Islamischen Republik Iran im Raum. Schon vergangene Woche war der US-Flugzeugträger „USS Lincoln“ mit mehreren Zerstörern in der Region angekommen. Das US-Militär verlegt außerdem weiterhin Flugzeuge nach Jordanien, unter anderem wohl Boeing Growler – Kampffjets, die Radarsysteme der Gegenpartei stören, täuschen und neutralisieren können – und Stratotanker – Flugzeuge, die Kampffjets in der Luft betanken können.

Das anhaltende Verlegen von Equipment deutet wohl auf einen

Krieg. Auch wenn US-Präsident Donald Trump weiter von Verhandlungen spricht und Richtung Teheran warnt: „Redet mit uns, wir werden sehen, ob wir etwas tun können, andernfalls werden wir sehen, was passiert.“

Hinzu kommt: Auch unter den Staaten in der Region gibt es großes Interesse an einer Schwächung der Islamischen Republik.

Da ist einmal – wenig überraschend – Israel. Der zwölfstägige Schlagabtausch im Sommer 2025 hatte gezeigt: Iran ist durchaus dazu in der Lage, über einen längeren Zeitraum Raketen mit großer Firepower nach Israel zu schießen.

Im Krieg 2025 vermeldeten israelische Medien nach kurzer Zeit, dass

die Raketen der eigenen Abwehrsysteme zur Neige gingen. Schon im vergangenen Sommer hatte Israel deren Produktion hochgefahren. Darüber hinaus ist am Freitag der US-Zerstörer „USS Delbert D. Black“ im Hafen des süd israelischen Eilat eingetroffen.

Auch wenn Israel sich an US-Angriffen in Iran nicht beteiligen sollte, würde Teheran mit größter Wahrscheinlichkeit im Falle eines Krieges Israel angreifen. Außerdem waren zuletzt Vertreter des Militärs und des Geheimdienstes Mossad nach Washington gereist, laut Medienberichten sollen sie bei der Auswahl möglicher Ziele in Iran beraten haben.

Auch Vertreter Saudi-Arabiens trafen jüngst in Washington ein. Als das Verlegen von Equipment seitens der USA gerade Fahrt aufnahm, hatte Riad öffentlich verkündet: Man werde seinen Luftraum nicht für Attacken auf Iran zur Verfügung stellen. Laut einem Bericht des Nachrichtenportals Axios erklärte dann aber Saudi-Arabiens Verteidigungsminister Prinz Khaled bin Salman: Nach dem Aufbau der US-Kapazitäten in der Region Iran nun doch nicht anzugreifen, würde das Regime stärken.

Und das liegt kaum im Interesse Saudi-Arabiens. Mit der Islamischen Republik hatte es zwar jüngst eine Annäherung gegeben – aller-

dings eine kalte. Irans Politik in der Region, vor allem der Einsatz von Proxy-Gruppen wie der Hisbollah im Libanon oder den Huthis im Jemen, ist Riad ein Dorn im Auge. Und wurde dem Königreich teils sogar gefährlich: etwa, als die Huthis 2022 eine saudi-arabische Meerwasserentsalzungsanlage sowie Erdöl- und Erdgaseinrichtungen angriffen.

Ein geschwächter Iran, der weniger Einfluss in der Region ausübt, ist also wohl im Interesse Saudi-Arabiens. Nicht aber ein Flächenbrand, der die ganze Region umfasst. Aus ihrer Perspektive sollten die USA also mit Maß vorgehen. Aber – so der Axios-Bericht – eben vorgehen.



fernverbindung

Wie Grönland den Konflikt mit den USA aushält

US-Präsident Trump will die Insel in der Arktis besitzen, um seine Interessen durchzusetzen. Wie geht es der grönländischen Bevölkerung in dieser Lage?

Jetzt hören!



In den Olivenhainen um Sfax liegen 17 improvisierte Camps, über 50 Kilometer verstreut

Das stille Sterben im Mittelmeer

Zehntausende Migranten harren rund um die tunesische Küstenstadt Sfax in improvisierten Zeltstädten aus - unter katastrophalen Bedingungen. Der einzige Ausweg: Eine Überfahrt nach Europa, die so gefährlich ist, dass die Geflüchteten die Boote „schwimmende Särge“ nennen. Selbst im Sturm brechen sie auf

Aus Sfax **Mirco Keilberth** (Text und Fotos)

Kurz vor der Küste von Malta schlägt am Mittag des 21. Januars ein Matrose Alarm. Vom Bord des ägyptischen Frachtschiffs „Star“ hatte er einen Menschen im Wasser gesichtet, der sich regungslos an einen Rettungsring klammerte. Der Kapitän änderte den Kurs. Ein von der Besatzung gedrehtes Video zeigt die Bergung von Ebrima Conteh. Der völlig unterkühlte Mann aus Sierra Leone hatte wohl 24 Stunden im Wasser ausgeharrt. Er wurde nach Malta gebracht.

Als sich das Wetter zwei Tage später, am Freitag, dem 23. Januar, langsam wieder beruhigte, dürfte sich unter der Besatzung der „Star“ Erleichterung breit gemacht haben. In den Vortagen hatte der Zyklon „Harry“ im südlichen Mittelmeer für neun Meter hohe Wellenberge gesorgt. Sogar für größere Schiffe wie die „Star“ war die Handelsroute zur Gefahr geworden. Noch immer sucht die tunesische Küstenwache nach vier Fischern, deren Trawler vor der Hafenstadt Sfax in wenigen Minuten versank. Bisher sind fünf Todesopfer im Seegebiet zwischen Malta, Libyen und Tunesien offiziell bestätigt.

Ebrima Conteh ist der einzige Überlebende einer Tragödie, die erst kaum Beachtung fand und nun droht, schnell vergessen zu werden. Am Montag, den 19. Januar, und am Mittwoch, den 21. Januar, also direkt vor und nach dem Höhepunkt des Zyklons, waren acht Boote von der tunesischen Hafenstadt Sfax aufgebrochen. 380 Migranten machten sich auf ihnen in Richtung der italienischen Insel Lampedusa auf.

Ebrima Conteh saß mit 50 anderen Passagieren in einem der Metallboote, die für gewöhnlich in nur wenigen Stunden zusammengeschweißt werden. Ohne einen Kiel sind sie lebensgefährlich, schon bei Wellen, die nur einen Meter hoch sind. Schwimmende Särge nennen sie die Migranten in den Camps in Tunesien sie deshalb. Von den acht Booten fehlt, wie von dem Hochseetrawler mit den vier tunesischen Fischern, jede Spur – und das, obwohl die tunesische Küstenwache mit Unterstüt-

zung von aus der EU gelieferten Drohnen und Flugzeugen im Dauereinsatz ist. Zyklon „Harry“ wäre damit einer der tödlichsten Stürme der vergangenen Jahrzehnte.

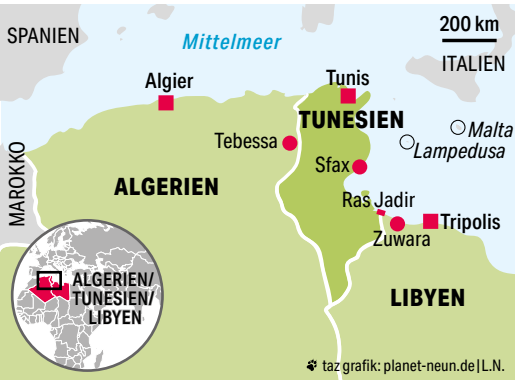
Es ist eine humanitäre Krise, die in Europa angesichts anderer Dauerkrisen nahezu in Vergessenheit geraten ist: Nahe der Handelsstadt Sfax leben seit zwei Jahren Zehntausende Migranten und aus dem Bürgerkrieg im Sudan Geflohene in selbstorganisierten Zeltstädten. In Tunis und Brüssel will man, dass diese Menschen in ihre Heimat zurückkehren. Warum sie überhaupt von dort fliehen mussten, dafür interessiert sich kaum jemand.

„Der Schock über die im Sturm vermissten Boote ist hier groß. Viele glauben, dass Ebrima Conteh der einzige Überlebende ist“, sagt eine Migrantin aus Nigeria, die in den Camps an der Küste verzweifelt nach einem Freund sucht. Er war wie viele andere in eines der Boote gestiegen, als die Schmuggler vor dem Sturm die Preise für die Überfahrt von 500 auf 200 Euro gesenkt hatten. Auch in den kilometerlangen und schnurgerade gepflanzten Olivenhainen stand das Wasser während des Sturms teilweise über einen Meter hoch. Nun sind die Zelte von Schlamm bedeckt.

„Wir leben in einem Kriegsgebiet“, meint Ibrahim Foufana. Der 30-Jährige aus Sierra Leone spricht leise. Sein Blick ist auf die klaffende Wunde an der Schulter seines Patienten gerichtet. Während ein Assistent die Blutung stillt, näht Foufana mit einer gebrauchten Nadel, behandelt mit Sterilisierungsflüssigkeit, die Haut von Abubakr aus Guinea-Bissau. Das Mittel zum Sterilisieren ist die Spende eines tunesischen Apothekers, der Foufanas Arbeit – wie insgeheim auch lokale Behörden – stillschweigend schätzt.

Wie fast alle Patienten hier will der 33-jährige Abubakr seinen Nachnamen aus Angst vor Repressionen nicht veröffentlicht sehen. Zusammen mit seiner Frau, seiner dreijährigen Tochter und fünf Verwandten lebt er seit zwei Jahren in einer der Zeltstädte. „Wir besitzen Decken, Kochgeschirr und das, was wir am Leibe tragen“, sagt er. Zurück in die

Heimat wollen sie dennoch nicht. „Auch dort wartet nur Arbeitslosigkeit und Gewalt auf mich.“ Abubakr berichtet, er sei auf der Straße zwischen Sfax und dem Camp attackiert worden: „Die Angreifer haben mit einer Art Machete zugeschlagen, mein Telefon und das Geld geraubt, das ich bei einem Olivenbauer verdient hatte.“ Die Angreifer seien Jugendgangs aus dem Fischerdorf Al-Amra, sagt Abubakr. „Wir nennen sie Clochards.“ Aber auch unter den Migrant:innen gibt es mittlerweile immer mehr Gangs, die Menschen entführen – und, wie in den Stunden vor dem Sturm, Menschen in die Boote drängen.



In seiner Feldklinik im „Kilometer 35“ behandelt Foufana Verletzte und Kranke aus den insgesamt 17 Camps, die über 50 Kilometer verstreut liegen. Sie werden nach ihrer Entfernung von Sfax benannt und sind meist nach Nationen getrennt. Seit zwei Jahren, seit der Vertreibung aus Sfax stehen sie nun hier – und sehen aus wie gerade gebaut. Denn immer wieder rücken Beamte an und zerstören die Zelte. Auch die „Klinik“ ist im Wesentlichen ein unscheinbares, aus Holzlatten und Plastikfolie zusammengebautes Zelt. Im letzten Sommer lebten hier nach Schätzungen lokaler Menschen-

rechtsaktivisten bis zu 30.000 Menschen, Migranten aus Westafrika, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Sudan. Obwohl die Bauern sie nicht anstellen dürfen, arbeiten sie als Tagelöhner oder erhalten Lebensmittelspenden in Fischerdörfern wie Al-Amra.

Wie viele junge Tunesier träumen die Bewohner der Camps von der Überfahrt nach Europa, vom Leben in einer vermeintlich besseren Welt. Einige sitzen bei Sfax seit Jahren fest, andere haben die Überfahrt bereits mehrfach gewagt. Doch die tunesische Küstenwache fängt mittlerweile fast alle der in versteckten Werkstätten gebauten Boote ab. Die Passagiere werden an Land gebracht und entweder an die Grenze zu Algerien oder Libyen deportiert oder freigelassen.

Doch auch wer es in sein Zelt zurückschafft, ist nicht sicher: Männer werden willkürlich auf offener Straße verhaftet und an die Grenze abgeschoben. Auch 15 Jahre nach dem sogenannten Arabischen Frühling, der zunächst einen demokratischen Aufbruch versprach, wurde der von Experten geschriebene Entwurf eines Asylgesetzes nicht vom Parlament verabschiedet. Damit sind alle Migranten illegal im Land. Auch die von dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) ausgehändigten Identitätskarten für Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Sudan haben nur symbolischen Wert.

Die vier Behandlungsräume in Foufanas Klinikzelt sind mit Tüchern voneinander getrennt. Mit Bändern umwickelte Holzstangen und Plastikplanen halten die Konstruktion zusammen, so wie alle Zelte hier. Dicke Wolldecken dienen als Betten für die Patienten. Stabilere Zelte zu bauen, lohne sich nicht, sagen ihre Bewohner. Denn immer wieder stürmt die Polizei die Camps, zündet die Zelte an oder macht sie mit Bulldozern dem Erdboden gleich. „Dieses Krankenhaus haben wir bereits sieben Mal neu aufgebaut“, sagt Ibrahim Foufana und zeigt auf die mit Klebeband umwickelten Bruchstellen in den Holzpfählen, die bei den letzten Räumungen beschädigt worden waren. Ein solches Zelt kostet etwa 70 Euro, die Klinik mit vier Räu-

men geschätzte 200 Euro – finanziert von Spenden der Migranten.

Im Empfangsbereich des Behandlungsraums, der keine fünf Quadratmeter misst, warten wie jeden Morgen über ein Dutzend Menschen. Die Medikamente, mit denen Ibrahim ihre Wunden, chronische Krankheiten oder die zurzeit grassierende Grippe kurieren muss, passen in einen Schuhkarton. Falls das Freiwilligenteam Spenden von den Bewohnern der Camps oder Geld von den Angehörigen der Patienten erhält, wird ein Bote zu einer der Apotheken in den umliegenden Fischerdörfern Al-Amra oder Jebianna geschickt.

Behörden untersagen den Bewohnern, an die Migranten Wohnungen zu vermieten, sie im Taxi mitzunehmen oder sie als Tagelöhner anzustellen. Doch viele Bewohner drücken ein Auge zu und freuen sich über den Wirtschaftsaufschwung, den die mehr als 30.000 Menschen mit sich gebracht haben. Auf den täglichen Wochenmärkten wird an Frauen aus den umliegenden Camps mit Rabatt verkauft oder sogar Lebensmittel gespendet.

In einem der Behandlungszimmer schreit eine schwangere Frau vor Schmerzen. Die Geburtswen haben begonnen. Foufana sucht in dem Schuhkarton nach Schmerzmitteln. Mehr als 100 Kinder kamen hier in den letzten beiden Jahren zur Welt. Lokale Krankenhäuser nehmen Patienten aus Subsahara-Afrika nur dann auf, wenn im Voraus gezahlt wird. Oft werden aber auch diejenigen abgewiesen, deren Angehörige in der Heimat das Geld für die Behandlung aufgetrieben hatten. „Mein Freiwilligenteam und ich ersetzen UN-Organisationen, die Flüchtlingslager im Sudan oder in Jemen organisieren. Hier dürfen sie es offenbar nicht. Aber mangels Geld muss ich viele meiner Patienten ohne passende Behandlung nach Hause schicken“, sagt Foufana.

Die Flüchtlingshilfswerk UNHCR der Vereinten Nationen und die Internationale Organisation für Migration IOM sind wie tunesische NGOs in den Olivenhainen bei Sfax und im algerischen und libyschen Grenzgebiet unerwünscht.

Zwar bietet IOM von Tunis aus wöchentlich Rückflüge in die Heimatländer an. Doch viele Migranten meiden das Programm, weil freiwillige Teilnehmer im letzten Jahr von Offiziellen in IOM-Westen in das wüstenartige Niemandsland nahe dem libyschen Grenzübergang Ras Jadir oder an der algerischen Grenze bei Tebessa ausgesetzt wurden, ohne Wasser und Nahrung. „In den Bergen oberhalb der Stadt liegen die Temperaturen derzeit unter dem Gefrierpunkt“, sagt Ibrahim Foufana, „zwei der Deportierten sind meine Patienten. Sie waren drei Wochen lang zu Fuß von Tebessa nach Sfax gegangen und sind völlig geschwächt.“

Foufana ist gelernter Krankenpfleger, seit der Ebola-Epidemie 2014 bis 2016 in seiner Heimat Sierra-Leone ein weit verbreiteter Beruf. In der Hauptstadt Freetown hatte er mit dem Medizinstudium begonnen und als Arzt gearbeitet. „Als ich vor zwei Jahren den medizinischen Notstand in den Camps sah – es gab jede Woche Tote – habe ich mit Freiwilligen drei provisorische Kliniken aufgebaut.“ Er scrollt durch eine akribisch geführte Tabelle, mit Daten zu den mehr als 2.000 Patienten, die er hier behandelt hat.

Unter den 380 Vermissten auf dem Mittelmeer sind auch fünf Freunde und Freiwillige aus Foufanas Krankenhaus-Team. Wenn er davon erzählt, laufen Tränen über sein Gesicht: Die Krankenschwester Fanta Quraishi war mit ihrem zwei Monate alten Sohn am Dienstagmorgen um zwei Uhr an Bord eines der Boote gestiegen. Sie wollte als Pflegerin in Deutschland arbeiten.

Die junge Frau aus Freetown habe eine enorme Willenskraft gehabt, heißt es in Foufanas Team. Sie habe sie immer wieder davon überzeugt, die zerstörte Klinik aufzubauen, wenn die Bulldozer und Jeeps der Nationalgarde abgezogen waren. Oft brannten dann noch die Überreste der zusammengeschobenen und angezündeten Zelte.

Fanta Quraishi hatte die Überfahrt schon einmal versucht, damals hochschwanger. Zusammen mit den anderen Passagieren wurde sie gerettet und von der tunesischen Nationalgarde an eine libysche Grenzmitz übergeben. Sie brachten sie in ein Gefängnis in der libyschen Stadt Zuwara, das sie erst drei Monate später verlassen konnte, nachdem ihre Verwandten in Freetown 500 Dollar aufgetrieben hatten.

Ein libyscher Schmuggler brachte sie ins Grenzgebiet nach Tebessa, wo kriminelle Gruppen Ge-



Siebenmal haben die Behörden Ibrahim Foufanas Klinik zerstört, siebenmal hat er sie wieder aufgebaut – mit Holz, Plane und Spenden

„Fanta Quraishi konnte wie die anderen auf den Booten diese Hoffnungslosigkeit nicht mehr ertragen. Sie wurde schließlich größer als ihre Angst“

Ibrahim Foufana über die Entscheidung zur gefährlichen Überfahrt



Fanta Quraishi (links) wollte nach Deutschland, um als Krankenpflegerin zu arbeiten

schäfte mit den Migranten machen. „Aber wir schafften es dennoch, sie und eine andere Krankenschwester wieder hierhin zu holen. Nur wegen ihrer Willenskraft hat sie das Kind in all diesen Strapazen nicht verloren“, sagt Foufana, und bittet den nächsten Patienten vor.

Zweimal habe er Fanta Quraishi im letzten Jahr vor einer weiteren Fahrt in den schwimmenden Särgen abhalten können, sagt Foufana. In der Sturmnacht am letzten Montag behandelte er gerade einen verletzten Patienten in einem anderen Camp, als sie sich entschied, auf das Angebot einzugehen, an einem „Konvoi“ teilzunehmen. Fünf andere Krankenschwestern fuhren mit ihr.

Frauen wie Quraishi stehen unter Druck, es in Europa irgendwie zu schaffen: Zuhause warten auf sie alle Schulden, die Vorwürfe der Verwandten, erklärt Foufana die selbstmörderische Entscheidung. „Und hier in Tunesien drohen Deportation oder Gefängnis. Fanta Quraishi konnte wie die anderen auf den Booten diese Hoffnungslosigkeit nicht mehr ertragen. Sie wurde schließlich größer als ihre Angst.“

Auch er habe immer wieder überlegt zu gehen, sagt Foufana. „Aber schauen sie sich die Schlange vor der Klinik an: Ich muss trotz allen Schmerzes hier weitermachen.“

Geld gegen Absperrung

Weniger Geflüchtete um jeden Preis: Die EU bezahlt Tunesien, um Migranten an der Überfahrt zu hindern. Menschenrechtsverletzungen sind dabei zweitrangig

Aus Sfax Mirco Keilberth

Der Zeitpunkt hätte nicht symbolischer gewählt sein können: Als im Sommer 2023 EU-Kommissionsschefin Ursula von der Leyen, die italienische Premierministerin Giorgia Meloni und ihr damaliger niederländischer Amtskollege Mark Rutte in die tunesische Hauptstadt reisten, ging gerade eine Welle der Empörung durch die dortige Zivilgesellschaft. 250 Kilometer südlich von Tunis waren zuvor Tausende Migrant:innen aus der Hafen- und Handelsstadt Sfax gejagt worden. Sie lebten nun sich selbst überlassen in Zeltstädten in den Olivenhainen nördlich der Stadt, direkt am Mittelmeer.

Die Regierungschefs aus der EU waren nach Tunis gereist, um ein Wahlversprechen einzulösen: Die Zahl der neuen Asylbewerber drastisch zu senken. Am 15. Juli 2023 unterzeichnete die EU in Tunis das Abkommen, mit dem die strategische Partnerschaft mit Tunesiens Präsident Kais Saied begann. Das Drama bei Sfax wurde bei den Verhandlungen laut Teilnehmern mit keinem Wort erwähnt. Saied hatte zuvor die Migration als Angriff fremder Mächte auf die arabische Identität Nordafrikas bezeichnet und damit eine Welle von Verhaftungen von Menschen aus Subsahara-Afrika ausgelöst.

Bis dahin hatten viele Migranten als Tagelöhner in Cafés, Restaurants oder bei Bauern gearbeitet. Von dem Geld konnten sie sich meist nach wenigen Monaten einen Platz in einem der Boote leisten, die in Richtung der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ablegten. Als billige Arbeitskräfte hatten sie viele tunesische Betriebe durch die Coronakrise gerettet.

Doch dann begann die Splitterbewegung „Nationale Partei Tunesiens“ in den sozialen Medien, die Migranten aus West- und Zentralafrika als „Kriminelle“ und vermeintliche Überträger von ansteckenden Krankheiten zu brandmarken. Die Propaganda fiel auf fruchtbaren Boden, wohl auch, weil die Zahl der Migranten seit Ende 2022 stark angestiegen war. Die Regierung nutzte die Kampagne, um den allgemeinen Unmut über Wirtschaftsmisere und ausbleibende Reformen stattdessen auf die Durchreisenden zu lenken.

Die „Sicherheitsallianz“ zwischen der EU und Präsident Saied zeigte schnell Ergebnisse: Die tunesische Nationalgarde erhielt Drohnen und Fahrzeuge aus der EU, Berlin spendierte der Küstenwache eine Ausbildungsakademie, Italien neue Patrouillenboote. Von der US-Armee geschenkte, einmotorige Aufklärungsflugzeuge patrouillieren nun rund um die Uhr vor der 1.200 Kilometer langen Küste.

Bis zum EU-Tunesien-Pakt war Migration in Tunesien meist ein

Kavaliersdelikt. Heute werden bei Razzien Außenbordmotoren konfisziert. Fischer, die Migranten unter Deck in internationale Gewässer schmuggeln, müssen mit langen Haftstrafen rechnen. Auf Lampedusa sind in diesem Jahr nur ein Dutzend Boote angekommen, aus Sicht der EU-Kommission ist die Partnerschaft ein voller Erfolg.

Das neue Selbstbewusstsein von Sicherheitsapparat und Justiz bekommt auch die Zivilgesellschaft zu spüren, die seit dem Arabischen Frühling massiv mit EU-Mitteln gefördert wurde. Die populäre TV-Kommentatorin Sonia Dahmani wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie die Migrationsstrategie der Regierung kritisierte und darauf hinwies, dass auch die junge Generation Tunesiens nach Europa emigrieren wolle. Einheimische Journalisten wagen es seither kaum, über das Thema zu berichten. Aktivisten der Menschenrechtsorganisation Terres d’Asile verbrachten mehr als ein Jahr ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft sagt: wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten. Die Aktivisten sagen: wegen ihrer Hilfe für Migranten.

In den Zeltstädten bei Sfax ist unterdessen der Wille ungebrochen, Tunesien in Richtung Europa zu verlassen. Es fehle an Neustartprogrammen für Rückkehrer in die Herkunftsländer, sagen diejenigen, für deren Reise die Angehörigen daheim manchmal das gesamte Hab und Gut verkauft haben. In den Hinterhofwerkstätten des Fischerdorfes Jebianna bauen die Schmuggler weiterhin die acht Meter langen Metallboote, in die sich später bis zu 50 Menschen zwingen. Doch viele in den Camps vermuten, dass die Schmuggler die Küstenwache oft selbst über Abfahrtszeiten und -orte informieren, nachdem sie ihr Geld erhalten haben. Sie würden sich dadurch Straffreiheit erhoffen. Neuerdings kaufen deshalb Vermittler aus Westafrika die Boote und Motoren, verstecken sie in Strandnähe und legen die Abfahrtszeiten selbst fest - so wie bei dem Zyklon „Harry“, nach dem 380 Migranten vermisst werden.

Seit dem Abkommen von 2023 hat Tunesien 164 Millionen Euro von der EU erhalten, dazu 150 Millionen Budgethilfe. Die noch ausstehende Überweisung von 900 Millionen ist offenbar daran geknüpft, wie erfolgreich die Absperrung des Mittelmeers ist. Im Vergleich zum Flüchtlingsabkommen mit der Türkei 2016, das die Route über die Ägäis vor allem für syrische Flüchtlinge schließen sollte, viel zu wenig, kritisieren einige Abgeordnete und TV-Kommentatoren und fordern Nachverhandlungen mit der EU. Die versucht unterdessen, Tunesien mit Wirtschaftsprogrammen zufriedenzustellen.

WOHNZIMMER DER GESELLSCHAFT

Warum Demokratie Heimat braucht.

Mit: Aladin El-Mafaalani, Melika Foroutan, Arno Frank, Ruth Fuentes, Maja Göpel, Stephan Grünewald, Wolf Lotter, Luisa Neubauer, Paulina Unfried, Nora Zabel und Harald Welzer

**FUTURZWEI**
Magazin für Zukunft und Politik

JETZT ABONNIEREN!

Vier Ausgaben für 34 €

tazfutura2wei.de/abo



mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie

Was wäre, wenn wir mutig sind?

das neue Buch von Luisa Neubauer

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Rita Süßmuth
verstarb im
Alter von
88 Jahren
Foto:
Christoph
Reichwein/
dpa

Rita Süßmuth ist tot

Sie war eine starke Stimme für Frauen und eine liberalere CDU: Jetzt ist die frühere Bundestagspräsidentin mit 88 Jahren gestorben

Rita Süßmuth, ehemalige Bundestagspräsidentin und Bundesministerin, ist tot. Die CDU-Politikerin starb im Alter von 88 Jahren, wie Bundestagspräsidentin Julia Klöckner am Sonntag mitteilte. Im Juni 2024 hatte Süßmuth ihre Brustkrebserkrankung öffentlich gemacht. Klöckner würdigte sie als „eine der bedeutendsten Politikerinnen der Bundesrepublik“.

Süßmuth wurde 1937 in Wuppertal geboren. Mit 34 Jahren übernahm sie eine Professur für Erziehungswissenschaften. In den 1970er-Jahren leitete sie einen Lehrstuhl an der Universität Dortmund und arbeitete parallel in Gremien des Familienministeriums. 1981 trat sie der CDU bei. Unter Kanzler Helmut Kohl wurde sie 1985 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. Ein Jahr später übernahm sie zusätzlich das Ressort Frauen und wurde damit Deutschlands erste Bundesfrauenministerin.

Von 1988 bis 1998 war sie als zweite Frau nach Annemarie Renger (SPD) Bundestagspräsidentin und damit auch erste Parlamentspräsidentin im wiedervereinigten Deutschland. In dieser Funktion setzte sie sich beherzt für die Verhüllung des Reichstagsgebäudes durch das Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude im Sommer 1995 ein.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) würdigte Süßmuth als „große Politikerin“ und einen „Leitstern für unser demokratisches Gemeinwesen. Als Bundesministerin und Präsidentin des Deutschen Bundestags sei sie ‚Vorbild und auch Vorkämpferin, nicht zuletzt für die Gleichberechtigung und die politische Wirkkraft von Frauen‘ gewesen, erklärte Merz.

Auch Bundesfrauenministerin Karin Prien (CDU) bezeichnete ihre Amtsvorgängerin als ein großes Vorbild. „Sie hat sich über Jahrzehnte mit starker Stimme für Familien und Frauen eingesetzt, nicht nur als Familien- und Frauenministerin. Sie hat frauen- und gleichstellungspolitische Themen ganz oben auf die Agenda gesetzt, wo sie auch heute noch hingehören.“

Während ihrer politischen Laufbahn kämpfte Süßmuth unter anderem für die Reform des Abtreibungsparagrafen 218 und engagierte sich für Aids-Kranke. Mit dem Grundsatz „Prävention statt Ausgrenzung“ setzte sie sich trotz Widerständen durch.

Auch in der in ihrer Partei sehr umstrittenen Migrationspolitik setzte die Politikerin Schwerpunkte: Bereits Mitte der 1990er Jahre forderte sie als erste prominente CDU-Politikerin ein klares Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland. Von 2000 bis 2001 leitete sie die Zuwanderungskommission der rot-grünen Bundesregierung. Von 2002 bis 2004 übernahm sie den Vorsitz des von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) gebildeten Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Von 2003 bis 2005 arbeitete sie in der Global Commission on International Migration mit, die die UNO eingesetzt hatte.

Auch nach ihrer politischen Karriere übernahm Süßmuth weiterhin zahlreiche öffentliche Ämter. 2003 wurde sie in die neu gegründete Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz („Limbach-Kommission“) berufen. Seit 2005 war sie Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts, dessen Ehrenpräsidentin sie zuletzt war. Über 27 Jahre stand sie zudem dem Deutschen Volkshochschulverband vor, seit 2015 als Ehrenpräsidentin.

Auch als Katholikin engagierte sich Süßmuth. So leitete sie die Kommission „Ehe und Familie“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und amtierte von 1980 bis 1985 als Vizepräsidentin des Familienbundes der Katholiken. *(kna/dpa)*

Wie der Vater, so der Sohn

Ein Sprengstofffund in Sachsen-Anhalt weist Verbindungen zur rechtsextremen „Artgemeinschaft“ auf. Aktuell verhandelt das Bundesverwaltungsgericht über ihr Verbot

Aus Berlin/Leipzig **Andrea Röpke, Nils Lenthe und Jean-Philipp Baeck**

Ob Marcel W. etwas ahnt, ist schwer zu sagen. Ob er weiß, was in jenen Minuten auf dem Hof bei seinem ältesten Sohn und seiner Ex-Frau los ist, lässt sich ihm nicht ansehen. Am vergangenen Mittwochvormittag um kurz nach 10 Uhr sitzt der Anfang 40-jährige im Zuschauerraum des altherwürdigen Sitzungssaals IV des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Verhandelt wird hier über die Verbotsverfügung gegen die völkisch-rassistische „Artgemeinschaft“, die das Bundesinnenministerium 2023 erlassen hat. W. war einer derjenigen, an die die Verbotsverfügung damals adressiert war.

Die Verteidiger der Artgemeinschaft, selbst mit langer Geschichte in der extrem rechten Szene, tragen hier lang und breit ihre Argumente vor: Die Artgemeinschaft sei eine rein heidnische Religionsgemeinschaft, kein völkisch-rassistisches Indoktrinationsnetzwerk. Sie sei nur einem exklusiven Kreis an Leuten vorbehalten gewesen und könne daher gar nicht „kämpferisch-aggressiv“ sein, wie das Innenministerium behauptet.

Zeitgleich zu der Verhandlung in Leipzig gibt es neben dem Anwesen der W.s in Weißenborn im Burgenlandkreis einen lauten Knall. So laut, dass Anwohner*innen von wackelnden Fenstern und Rissen in Kacheln berichten. Grund war eine kontrollierte Sprengung durch Spezialkräfte der Polizei. Die Beamten waren zuvor verumumt und mit Maschinenpistolen angerückt, um auf den Hof der W.s zu stürmen. So berichten es Zeug*innen der *Mitteldeutschen Zeitung*.

Die Staatsanwaltschaft Halle ermittelt laut offiziellen Angaben gegen einen 25 Jahre alten Mann wegen Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz. Sie hatten Hinweise darauf, dass dieser sich über das Internet Chemikalien bestellt haben könnte, mit denen man Sprengstoff mischen kann.

Tatsächlich wurden die Einsatzkräfte fündig. Sie stellten Munition und Waffen sicher, darunter Armbrüste, zudem Festplatten und Laborausrüstung – sowie nach Einschätzung der Ermittler*innen jede Menge „sprengfähiges Material“ – und zwar im zweistelligen Kilobereich.

Die Fachleute hielten das Material für so gefährlich, dass sie es nicht transportierten, sondern vor Ort sprengten. Gegen 10.30 Uhr

Ihre Verteidiger stellen die Artgemeinschaft als rein heidnische Religionsgemeinschaft dar

heulten daher die Sirenen im Ort, 15 Anwohner*innen werden vorsichtshalber evakuiert. Die Freiwillige Feuerwehr rückte zur Unterstützung mit mehreren Fahrzeugen an. Dann folgte der Knall.

Der Sprengstofffund berührt Aspekte, die auch in der Verhandlung in Leipzig eine Rolle spielen – und die von den Anwälten der Rechtsextremisten infrage gestellt werden: etwa die, wie gefährlich die langjährige Indoktrination von Kindern und Jugendlichen in den Familien der vorgeblich religiös-esoterischen Artgemeinschaft ist und wie kämpferisch-aggressiv deren Haltung sich zeigt, die den Verein laut Bundesinnenministerium ausmacht.

Denn bei dem Verdächtigen handelt es sich nach taz-Informationen um einen Sohn von Marcel W., Mitglied der Artgemeinschaft. Auf dem Hof, wo die Durchsuchung stattfand, wohnt dessen Mutter, W.s Ex-Frau Janine. Das Familienleben scheint von den langjährigen Verbindungen in die militante Neonazi- und Holocaustleugner-Szene geprägt zu sein.

Mutter Janine war selbst im November 2018 auf einem Treffen der „Artgemeinschaft“ dabei.

Im selben Jahr besuchte sie mit ihrem Sohn ein völkisches Szenefest in Bischofswerda. 2023 nahm sie am Bundesparteitag der NPD im sächsischen Riesa teil.

Vom Hof in Weißenborn aus betrieb sie den „Kyffhäuser-Faksimile-Verlag“. Der gab unter anderem Bücher des Rechtsextremisten Jürgen Schwab heraus, der am Deutschen Kolleg gemeinsam mit Horst Mahler eine „Reichsbürgerbewegung“ erfand, sowie Werke des Nationalmarxisten Reinhold Oberlercher, ebenso Vordenker der Reichsbürgerbewegung. Ihr neuer Partner ist einer der bekanntesten Neonazis aus Thüringen und war dort ehemaliger Gebietsleiter der „Europäischen Aktion“, einem Netzwerk für Holocaust-Leugner und Rechtsextremisten.

Der 25-jährige Sohn Thore, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz ermittelt, kam auch schon in der Szene rum. 2016 war er mit seiner Mutter auf einem Sommerfest der NPD, 2017 bei einem Treffen des neheidnischen rechten „Orphischen Kreises“. Im Dezember 2022 nahm er in Herboldshausen bei einem Lager des „Sturmvogel“ in einer Uniform des völkisch-bündischen Verbands teil. Der Sturmvogel ging aus der verbotenen Wiking-Jugend hervor und betreibt eine Indoktrination von Jugendlichen und Kindern. Genau das wirft das Bundesinnenministerium auch der noch verbotenen Artgemeinschaft vor.

Vater Marcel W. lebt mittlerweile in einem Nachbardorf. Er war bis 2008 Landesvorsitzender der hessischen NPD und zählte dort Mitte der 2000er Jahre zu den Schlüsselfiguren der gewaltbereiten neonazistischen Szene. Er wurde 2007 wegen Holocaustleugnung zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt, ausschlaggebend waren laut *Frankfurter Rundschau* offenbar auch seine Vorstrafen wegen schwerer Körperverletzung, Beleidigung und Bildung bewaffneter Gruppen.

Der Name von Marcel W. taucht auch mehrfach in den sogenannten NSU-Akten auf, die im Zuge der Aufklärung der Verbrechen des Terrornetzwerks des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) die Rolle des hessischen Verfassungsschutzes untersuchten. So steht dort an mehreren Stellen über W., dass dieser an Schießtrainings im Ausland teilgenommen haben soll, unter anderem im August 2007 in der Schweiz. Bereits 2003 war er demnach Teilnehmer einer Wehrsportübung im Kreis Aschaffenburg.

Und: Marcel W. soll laut einem Akteneintrag bei einem Treffen der Freien Nationalisten Rhein-Main im Juli 2006 danach gefragt haben, wie man Sprengstoff herstellt. Wörtlich heißt es in den NSU-Akten über das Treffen: „Marcel W[...] erkundigt sich, wie man aus Düngemittel Ammoniaknitrat gewinnen könne. Ammoniaknitrat wird zur Herstellung von Sprengstoff benutzt. Eine nähere Erläuterung, warum sich W[...] dafür interessiert oder wofür er diese Auskunft benötigt, gab er nicht.“

Ob der Sohn nun 20 Jahre später auf eine ähnliche Idee kam, ist Gegenstand der Ermittlungen. Die übernimmt das Landeskriminalamt. Auf die Frage, ob es weitere Verdächtige gibt, schweigt die Staatsanwaltschaft Halle „aus ermittlungstechnischen Gründen“. Der Verdächtige sei jedenfalls nicht in Untersuchungshaft, weil keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr bestehe.

Vielleicht rührte sich Vater Marcel W. deshalb am Mittwoch nicht von den Besucherplätzen des Bundesverwaltungsgerichts? Er blieb bis zum Ende des Prozesstages. Nur hin und wieder sah man ihn draußen in den Pausen etwas hektisch telefonieren. Ein Urteil darüber, ob die gefährliche Artgemeinschaft verboten bleibt, verkünden die Richter am 10. Februar.

Mitarbeit: Johannes Grunert, Timo Büchner



Eine ältere Aufnahme des durchsuchten Hofes in Weißenborn
Foto: Issa Media

Von Tobias Schulze

Klemens Griesehop ist seit 1990 bei den Grünen. „Immer an der Basis“, wie er betont. In den dreieinhalb Jahrzehnten seit seinem Eintritt hat die Partei so einige Positionen geräumt – und der Lehrer aus Berlin-Pankow hat es jedes Mal tapfer ertragen. Die Asylrechtsverschärfungen in der Ampelkoalition waren hart für ihn, die Einladung von Daimler-Chef Dieter Zetsche auf einen Parteitag in den zehner Jahren, der Kosovokrieg sowieso. „Damals war ich drauf und dran, hinzuschmeißen“, sagt Griesehop. „Aber der Hans-Christian hat mich überzeugt, zu bleiben.“

Das Grünen-Urgestein Hans-Christian Ströbele ist nun aber schon seit mehr als drei Jahren tot, und mit dem Parteiaustritt könnte es für Griesehop dieses Mal ernst werden. „Wenn sie die Basisdemokratie wirklich streichen, dann wird sich die Frage für mich wieder stellen“, sagt er.

Die Grünen-Spitze plant eine umfassende Reform der Parteisatzung. Eine Kommission unter Leitung der Politischen Geschäftsführerin Pegah Edalatian hat in den vergangenen Monaten Vorschläge erarbeitet, in diesen Tagen beendet das Gremium seine Beratungen. Im Februar sollen die Pläne vom Bundesvorstand abgesegnet und der Partei vorgestellt werden. Im Juni sollen dann die Mitglieder darüber abstimmen.

Die Grünen wollen eine „zeitgemäße“ Satzung. Diskutiert werden Änderungen an den Führungsstrukturen, die seit Jahren Thema sind: Die Geschäftsführungsposition könnte, wie bei anderen Parteien, zur Generalsekretärin aufgewertet werden. Der Parteirat – unterhalb des Vorstands angesiedelt und mit vergleichsweise wenig Macht ausgestattet – könnte gestärkt werden. Ob die Kommission beides tatsächlich empfiehlt, ist noch offen.

Klarer sind die Pläne zur Mitgliederbeteiligung. In einem internen Webinar für die Parteibasis ließ Edalatian Mitte Januar zwei Vorschläge durchblicken. Zum einen seien sich die Kommissionsmitglieder „sehr einig“ darüber, in die Satzung die Möglichkeit aufzunehmen, „Mitgliederräte“ einzuberufen. Sie sollen analog zu Bürgerräten funktionieren, mit denen in den letzten Jahren unter anderem der Bundestag experimentiert hat.

2023 diskutierten dort zufällig ausgewählte Bürgerinnen vier Monate lang zum Thema „Ernährung im Wandel“, ihre Empfehlungen wurden hinterher dem Parlament vorgelegt. Entsprechend könnten künftig Debatten führen und Beschlussvorschläge erarbeiten.

Zum anderen will die Kommission die Hürden für die Einreichung von Anträgen und Änderungsanträgen auf Parteitagen erhöhen. Bisher sind sie, entsprechend der basisdemokratischen Tradition der Grünen, vergleichsweise niedrig: Nicht nur Parteigremien und Gliederungen wie Vorstände, Bundesarbeitsgemeinschaften und Kreisverbände dürfen Anträge einreichen, sondern auch Einzelmitglieder – sie müssen dafür nur 50 Unterstützerunterschriften aus der Partei sammeln. Zum Vergleich: Bei der



Basisdemokratisch bei den Grünen? So 80er
Foto: imago stock&people

Wurzelbehandlung mit Schmerzen

Das Mitgliederwachstum bei den Grünen bringt die Parteisatzung an ihre Grenzen. Die Spitze plant eine Reform für Parteitage. Eifrige Mitglieder befürchten das Ende der Basisdemokratie

CDU müssen sich 500 Mitglieder hinter einen Antrag stellen, bei SPD und Linkspartei sind einfache Mitglieder überhaupt nicht antragsberechtigt.

Das großzügige Antragsrecht wird bei den Grünen ausgiebig genutzt. Für den Sonderparteitag zum Bundestagswahlprogramm vor einem Jahr gingen beispielsweise 1.900 Änderungsanträge ein. Das verursacht viel Arbeit. Jeder Antrag muss die parteieigene Antragskommission durchlaufen. Auf die Autorinnen wird einzeln eingewirkt, damit sie Anträge zurückziehen, sie mit ähn-

„Notfalls ziehen wir vor Gericht. Es geht um den Kern der Grünen“

Klemens Griesehop, Parteimitglied

lichlautenden Anträgen verein oder Kompromissen zustimmen. Die Verhandlungen dazu ziehen sich in Hinterzimmern der Parteitage oft bis tief in die Nacht.

Die hohe Anzahl der Anträge führe mittlerweile zu einer „Überforderung“, heißt es von der Kommission. Im Januar 2025 band die Bearbeitung in der heißen Wahlkampfphase wochenlang Kapazitäten in der Parteizentrale.

Gleichzeitig hätten Delegierte und Mitglieder mittlerweile gar keine Chance mehr, den Überblick über die Parteitagsdebatten zu behalten. Viele von ihnen würden es angesichts der Antragsflut „mittlerweile als intranspa-

rent empfinden, was da entschieden wird“, so Edalatian während des Webinars. Das Quorum für Anträge soll jetzt hoch. Und zwar aus Sicht der Spitze nicht, um die Basisdemokratie zu beschneiden, sondern um sie zu retten.

Die Parteispitze argumentiert mit der gestiegenen Mitgliederzahl: Bei 180.000 Mitgliedern müssten andere Regeln gelten als früher. Wie viele Unterschriften ein Antrag zukünftig genau benötigen soll, ist noch nicht bekannt. Denkbar ist eine Regelung wie in Nordrhein-Westfalen: Dort braucht es ein Promille der Mitglieder – auf Bundesebene wären das derzeit 180.

„Dann ist die Basisdemokratie erster Klasse beerdigt“, sagt der Berliner Basis-Grüne Griesehop. „Wie soll ein normales Mitglied so viele Unterstützer finden? Das geht doch gar nicht.“ Griesehop ist Teil der „Unabhängigen Grünen Linken“, einer kleinen Gruppe, die personell keinerlei Einfluss in der Partei hat, aber umso eifriger von der Möglichkeit der Parteitagsanträge Gebrauch macht.

Inhaltlich sind manche davon unter Grünen zwar anschlussfähig. Griesehop nimmt für seine Gruppe in Anspruch, sie habe in den letzten Jahren bei Parteitagsverhandlungen zum Lieferkettengesetz, zu Glyphosat oder zum Klimageld Formulierungen durchgesetzt.

Gleichzeitig ist vieles an der Basisgruppe aber ziemlich retro: Hans-Christian Ströbele sei zu Lebzeiten regelmäßig als Gast bei ihren Treffen aufgetaucht, sagt Griesehop. Entsprechend sehe man sich heute „ein Stück weit als Vertreter von Ströbi und Petra Kelly“. Auf Parteitagen treten

die Mitglieder oft in einheitlichen Motto-Shirts auf, 2024 zum Beispiel mit einer Friedenstaube und dem Schriftzug „Diplomatie jetzt!“. Für den letzten Parteitag stellte Griesehop einen Antrag gegen „Kriegstüchtigkeit“, „Militarisierung“ und „Zwangsdienst bei der Bundeswehr“.

Und zuletzt verteidigte die Gruppe in einem offenen Brief den umstrittenen Beschluss des EU-Parlaments zum Freihandelsabkommen Mercosur – während Grüne mit Einfluss ihn mittlerweile durch die Bank als Fehler bezeichnen, selbst diejenigen, die im EU-Parlament für ihn gestimmt haben.

Man kann also sagen, dass Griesehop und seine Mitstreiterinnen ein Faible für aussichtslose Kämpfe haben. Doch mit dem Kampf um die Satzung könnte jetzt sogar ihre Leidenschaft ein Ende haben. Allerdings ist noch nicht gesagt, dass sie den Streit wirklich verlieren.

Schon 2022 wollte der damalige Bundesvorstand die Hürden für Parteitagsanträge stark erhöhen. 20 Unterstützerinnen reichten bis dahin aus. Der Vorstand wollte 1 Promille, wie in Nordrhein-Westfalen. Nach Widerständen aus der Partei gab er sich mit einem Kompromiss zufrieden: Damals wurde die Hürde auf die heute gültigen 50 Unterschriften erhöht.

Mehr hätte die Spitze wohl nicht durchbekommen: Zur Abstimmung stand die Änderung damals auf einem Parteitag. Für Satzungsänderungen braucht es dort eine Zweidrittelmehrheit bei mindestens 50 Prozent Beteiligung. So gern eine Mehrheit der Grünen auch mit der Zeit geht – diese Hürden sind nicht ohne.

Ob sie auch für eine Satzungsänderung per Mitgliederbefragung gelten, ist umstritten. Die Satzung ist an der Stelle nicht eindeutig formuliert. Die Parteispitze vertritt die Auffassung, dass bei einer Urabstimmung auch eine einfache Mehrheit reicht – selbst dann, wenn nur ein kleiner Teil der Mitglieder abstimmt. Damit ließe sich eine Satzungsänderung leichter durchsetzen als auf einem Parteitag. Griesehop sieht es anders und droht schon jetzt: „Notfalls ziehen wir vor Gericht. Es geht schließlich um den Kern der Grünen.“

Auch diese Debatte ist nicht neu. 2002 wollte der Vorstand die strikte Trennung von Amt und Mandat lockern und Parteivorsitzenden erlauben, im Bundestag zu sitzen. Ein Parteitag lehnte den Antrag ab,

weil die nötige Zweidrittelmehrheit fehlte. Wenige Monate später folgte eine Urabstimmung zur gleichen Frage.

Schon damals erklärte die Parteiführung, eine einfache Mehrheit genüge. Die Gegnerinnen drohten mit Klagen. Doch das Ergebnis machte den Streit überflüssig: Mehr als die Hälfte der Mitglieder stimmte ab, und 66,89 Prozent befürworteten die Satzungsänderung.

Im taz-Interview musste daraufhin sogar einer der hartnäckigsten Verfechter der alten Regelung die Niederlage eingestehen. „Ich gehe davon aus, dass es nicht mehr zu einer juristischen Auseinandersetzung kommen wird. Das wäre das Letzte, was wir jetzt noch gebrauchen können“, sagte am Tag nach der Auszählung: Hans-Christian Ströbele.

taz podcasts

Bundestalk
der Politik-Podcast der taz

Fernverbindung
Der Auslands-Podcast der taz

reingehen
Die Geschichten der Woche

Mauerecho
Der Einheits-Podcast der taz Panter Stiftung

Klima Update
Der Nachrichtenpodcast von Klimareporter und dem taz-Klimahub

Freie Rede
Stimmen aus den internationalen Workshops der taz Panter Stiftung

Jetzt Reinhören!
taz.de/podcasts

Anzeige

bundes talk

taz

fernverbindung

taz

teufel gehen

klima update

taz

MAUERECHO

FREE MIX

Grüne geben Wolf zum Abschuss frei

In Baden-Württemberg soll nach 180 Jahren ein Wolf wieder legal getötet werden. Das Tier ist Thema im Landtagswahlkampf

Von **Benno Stieber**

Der Wahlkampf im Südwesten könnte bald sein erstes Opfer fordern. Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) hat den „Hornisgrinde-Wolf“ per Ausnahmegenehmigung zum Abschuss freigegeben. Der Wolf, offiziell GW2672 genannt, wäre der erste seiner Art, der in Baden-Württemberg seit 180 Jahren legal erlegt wird.

Der Einzelgänger vom Nordschwarzwald - die Hornisgrinde ist der höchste Berg dort - war immer wieder Menschen in der beliebten Wander- und Wintersportgegend nahegekommen. Walker greift mit ihrer Entscheidung in eine Wahlkampfdebatte ein. Denn Grünen-Spitzenkandidat Cem Özdemir hatte unter dem Druck seines Herausforderers Manuel Hagel im Landtagswahlkampf mehrfach versprochen, der Forderung von Bauern und Jägern nachzukommen und den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Landwirtschaftsminister Peter Hauk von der CDU und auch die FDP sehen darin den einzigen Weg, Wölfe, die etwa Nutztiere reißen, legal zu töten. Walker hatte bisher betont, dass dafür erst das Bundesjagdrecht geändert werden müsse.

Mit der Sondergenehmigung zeigt sie nun, dass der Abschuss gefährlicher Wölfe auch ohne diese Änderung möglich ist. Doch der Zeitpunkt ist heikel: Die Ministerin erließ die Genehmigung einen Tag vor einer Landtagsdebatte über einen FDP-Gesetzentwurf zum Jagdrecht. Zudem gilt die Erlaubnis nur bis zum 10. März, kurz nach der Landtagswahl. FDP-Chef Hans-Ulrich Rülke kommentiert: „Der Wolf GW2672 wird als Opferlamm für Özdemirs Wahlkampf in die Geschichte eingehen.“

Den Verdacht, der Abschuss diene allein dem Wahlkampf, äußert ausgerechnet der Jagdverband, der die Entscheidung eigentlich begrüßt. Der Zeitpunkt sei „sehr überraschend“, heißt es. Schließlich sei das auffällige Verhalten des Wolfs bereits seit Mai 2024 bekannt.

Das Timing hängt jedoch mit der Paarungszeit zusammen, wie der Grünen-Wolfsexperte Markus Rösler erklärt. Der einsame Wolf von der Hornisgrinde sei „ja auch nur ein armes Schwein“, sagt ein Hundebesitzer, der ihm begegnet ist, im SWR. Auf der Suche nach einer Partnerin nähert sich der Wolf Hund und Mensch – eine fast ausichtslose Suche, da im Schwarzwald bisher nur vier Wölfe leben.

Dieses Verhalten macht ihn aus Expertensicht zum Problemwolf. Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz unterstützt den Abschuss, um brenzlige Situationen zu vermeiden. Handyvideos zeigen, wie der Wolf Spaziergänger mit Hund über längere Zeit verfolgt. Ein lebendiger Fang sei bisher nicht gelungen, erklärt das Ministerium. Deshalb gibt Walker ihn nun zum Abschuss frei – und entschärft damit ein heikles Wahlkampfthema für den Grünen-Spitzenkandidaten.

Fast überall Warnstreik im ÖPNV

Fahrgäste müssen sich am Montag auf erhebliche Einschränkungen im öffentlichen Nahverkehr einstellen. Die Gewerkschaft Verdi hat im Zuge der aktuellen Tarifrunde in fast allen Bundesländern zu Warnstreiks bei kommunalen Verkehrsunternehmen aufgerufen. Damit will sie ihren Druck auf die Arbeitgeber erhöhen. „Die Beschäftigten im ÖPNV stehen unter hoher Belastung durch extrem ungünstige Arbeitszeiten, Schichtarbeit und ständigen Zeitdruck“, sagte Verdi-Vizechefin Christine Behle. „Wir brauchen hier dringend Verbesserungen, um die hohe Fluktuation zu stoppen und wieder verlässliche Fachkräfte für den öffentlichen Nahverkehr zu finden.“ Laut Behle haben die Arbeitgeber in den bisherigen Verhandlungen fast jede Verbesserung verweigert und wollen Belastungen sogar noch erhöhen, etwa durch längere Schichten. Niedersachsen ist nach Angaben von Verdi von den Warnstreiks zunächst nicht betroffen. Hier gilt noch die Friedenspflicht. (pab)

Zahl des Tages

4.805 Anträge

Aus Ärger über verloren gegangene Pakete wenden sich immer mehr Bundesbürger an eine Aufsichtsbehörde, damit diese schlichtend eingreift. Laut Bundesnetzagentur gingen im vergangenen Jahr **4.805 Anträge auf Schlichtung im Bereich Postdienste** ein – ein Viertel mehr als 2024. Nur ein Teil davon wurde als zulässig gewertet. In drei Vierteln der Fälle geht es um Beanstandungen bei der Paketzustellung, beim Rest um Päckchen, Einschreiben, Briefe und anderes. Meistens wird über verloren gegangene Sendungen gestritten. Häufig verlaufen die Verfahren im Sande. Um welche Firmen es bei den Schlichtungen geht, darf die Netzagentur nicht veröffentlichen.

Veto aus eigenem Lager

Ein republikanischer Senator will Donald Trumps Kandidaten für die Spitze der US-Notenbank Fed blockieren. Gegenwind droht auch von den Demokraten

US-Präsident Donald Trump hat sich zuversichtlich gezeigt, dass sein Kandidat für die Spitze der US-Notenbank, Kevin Warsh, vom Senat bestätigt wird. Warsh sei „hochqualifiziert“ und könne auch Stimmen von einigen Demokraten erhalten, sagte Trump am Samstag vor Journalisten. „Er sollte ohne Schwierigkeiten bestätigt werden.“ Trump hatte das frühere Fed-Direktoriumsmitglied Warsh am Freitag als Nachfolger für den amtierenden Notenbankchef Jerome Powell nominiert, dessen Amtszeit im Mai endet.

Doch die Nominierung stößt auf unerwarteten Widerstand in Trumps eigener Partei. Der republikanische Senator Thom Tillis kündigte am Samstag an, die Bestätigung Warshs im Senat zu blockieren. Er werde gegen jeden Kandidaten für die Fed-Spitze

stimmen, solange eine Untersuchung des Justizministeriums gegen Powell nicht „vollständig und transparent abgeschlossen“ sei, schrieb Tillis in den sozialen Medien. Trump reagierte verärgert und bezeichnete Tillis als „Blockierer“.

Die Blockade hat Gewicht: Da die Republikaner im zuständigen Bankenausschuss des Senats nur über eine Mehrheit von 13 zu 11 Stimmen verfügen, kann ein einziger Abweichler das gesamte Verfahren stoppen. Tillis sagte, sein Vorgehen beweise, wie die Gewaltenteilung funktioniere. Ein einzelner Senator könne verhindern, dass der „mächtigste Mann des Planeten“ die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Fed untergrabe.

Zusätzlich zu dem parteiinternen Streit droht Warsh Gegenwind von den Demokraten.

Die Senatorin Elizabeth Warren erklärte, die Nominierung sei der jüngste Versuch Trumps, die Fed unter seine Kontrolle zu bringen.

Der Konflikt fällt in eine Phase großer Spannungen zwischen der Regierung und der Zentralbank. Trump hatte zuletzt versucht, Fed-Gouverneurin Lisa Cook zu entlassen, was derzeit vor dem Obersten Gerichtshof verhandelt wird. Hintergrund des Widerstands von Tillis ist eine Untersuchung gegen Powell wegen Kostenüberschreitungen bei einem Renovierungsprojekt. Powell weist die Vorwürfe als „Vorwand“ zurück, um politischen Druck auf die Zinspolitik auszuüben. Trump hat die Fed wiederholt zu Zinssenkungen gedrängt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Er erhofft sich dies auch von Warsh. (rtr)

Bei den Bauernprotesten 2023/24 wurden viele Autobahnen und Straßen blockiert
Foto: Michael Bihlmayer/ imago



Nur wenige Bauern müssen zahlen

Ermittler identifizieren lediglich ein Fünftel der Treckerfahrer bei zwei nicht angemeldeten Autobahnblockaden in Niedersachsen. Die meisten kommen ungeschoren davon

Von **Jost Maurin**

Wie inkonsequent die Behörden mitunter gegen Gesetzesverstöße bei den Bauernprotesten 2023/24 vorgegangen sind, zeigt die Bilanz von zwei Autobahnblockaden in Niedersachsen: Gut 80 Prozent der rund 140 Ermittlungsverfahren zu den Demonstrationen auf der A 2 am 18. Dezember 2023 und 8. Januar 2024 mit insgesamt etwa 140 Beschuldigten sind ohne Sanktion eingestellt worden. Das geht aus Zahlen hervor, die die zuständige Staatsanwaltschaft Bückeburg nun der taz mitgeteilt hat.

Die Ermittler hätten nicht nachweisen können, wer die Traktoren auf die Autobahn gefahren hatte, „da weder ausreichende Videoaufnahmen noch Personalienfeststellungen vorliegen“, sagte ein Sprecher der Behörde. Die Qualität der von der Polizei aufgenommenen Bilder vom Tatort sei zu schlecht gewesen, um die Fahrer zu identifizieren. Deren Personalien haben die Einsatzkräfte offenbar nicht notiert.

Obwohl beide Demonstrationen entgegen dem niedersächsischen Versammlungsgesetz

nicht bei den Behörden angemeldet waren, ist laut Polizeidirektion Hannover kein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet worden. Begründung: Vor Ort habe sich niemand als Versammlungsleiter zu erkennen gegeben. Die *Schaumburger Zeitung* aber nannte ausdrücklich den Landwirt und Influencer Christian Beißner als Organisator der Blockade im Dezember 2023. Der taz antwortete Beißner jetzt auf die Frage, ob er die Demo organisiert habe: „Ich hab das. Ich war da schon federführend.“

Ausgerechnet gegen den bekanntesten Teilnehmer der Aktion am 8. Januar 2024, den rechtspopulistischen Youtuber, Politiker und damaligen Sprecher des Bauernvereins Landwirtschaft verbindet Deutschland) Anthony Lee, ermittelte die Staatsanwaltschaft erst, nachdem die taz im Juni 2025 explizit danach gefragt hatte. Dabei war Lees Teilnahme an der Aktion bundesweit bekannt geworden, weil er auf der Autobahn in einem Videointerview der niederländischen Influencerin Eva Vlaardingerbroek die abstruse Behauptung aufgestellt hatte, Politiker wollten

Landwirten ihr Land zugunsten von Flüchtlingen wegnehmen. Das Verfahren gegen ihn läuft den Angaben zufolge immer noch – mehr als zwei Jahre später. Bitten der taz um Stellungnahme ließ Lee bis Redaktionschluss unbeantwortet.

Das Vorgehen der Behörden erscheint besonders zurückhaltend angesichts der teils sogar gewalttätigen Reaktion der Polizei auf Blockaden städtischer Straßen durch die Klimaschutzgruppe „Letzte Generation“. Zudem waren die Aktionen der Landwirte riskant: Die Autobahnblockade mit Traktoren und Transportern am 8. Januar 2024 etwa habe im Dunkeln und an einem „kurvigen und hügeligen“ Abschnitt der A 2 bei den Anschlussstellen Bad Eilsen und Rehren stattgefunden, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft.

So „entstand eine besondere Gefahr für die nachfolgenden Verkehrsteilnehmer“. Wenige Tage später kam es tatsächlich zu einem tödlichen Unfall wegen eines Bauernprotests auf einer Autobahn: Am 10. Januar 2024 starb ein Lkw-Fahrer, nachdem er auf der A 66 in der Nähe von Fulda mit seinem Laster auf das Ende

des durch die Aktion verursachten Staus aufgefahren war.

Die Demonstration am 8. Januar in Niedersachsen behinderte viele Unbeteiligte. In Richtung Berlin habe es im morgendlichen Berufsverkehr einen Rückstau von 18 Kilometern, in der Gegenrichtung von 16 Kilometern gegeben, so die Staatsanwaltschaft. Dort hätten „jeweils mehrere tausend Fahrzeuge unbeteiligter Bürger“ festgesteckt.

Erst nach viereinhalb Stunden sei der Verkehr wieder geflossen. Die Teilnehmer hätten auf der Autobahn eine „nicht genehmigte Versammlung gegen die seinerzeitige Agrarpolitik der Bundesregierung“ abgehalten. Während Klimaaktivisten Autos blockierten, weil der Straßenverkehr einer der größten Verursacher von Treibhausgasen ist, blieb der Zusammenhang zwischen Agrarpolitik und Autobahnen unklar.

„Soweit die Fahrereigenschaft nachgewiesen werden konnte und die Beschuldigten sich einsichtig gezeigt haben, sind die Verfahren gegen Geldauflage von 300,- Euro eingestellt worden.“ Das treffe nur auf 8 Verfahren zu. „In ca. 19 Fällen ist der Erlass eines Strafbefehls wegen gemeinschaftlicher Nötigung beantragt worden“, ergänzte der Staatsanwalt. Das Amtsgericht Bückeburg beendete 17 dieser Verfahren einer Justizsprecherin zufolge gegen eine Geldauflage in Höhe von im Schnitt 370 Euro. Das Verfahren gegen Christian Beißner ist ihm selbst zufolge und laut Staatsanwaltschaft ebenfalls gegen eine nicht bezifferte Geldauflage eingestellt worden.

Lee bezeichnete solche Konsequenzen in einem Video von Mai 2025 als „Unverschämtheit“, die Beschuldigten hätten doch nur dafür demonstriert, „damit du in Deutschland noch Lebensmittel produzieren darfst“. In Wirklichkeit ging es bei den damaligen Bauernprotesten vor allem um den Erhalt der Subvention für Traktordiesel, gegen Umweltvorschriften und die Ampelkoalition. „Und es ist nichts passiert“, ergänzte Beißner.

Lee sprach von „unserer Demo“. „Da werden wir klagen bis zum Sankt Nimmerleinstag“, kündigte er an. Dafür riefen Lee und Beißner auch zu Spenden auf, Mitte Juli 2025 hatten sie nach eigenen Angaben bereits 60.000 Euro zusammen. Das Geld sei aber bisher nicht komplett ausgegeben worden, sagte Beißner nun der taz. „Es laufen ja auch noch viele Verfahren“, behauptete er.

Auf dieser Seite
finden Sie jeden Montag
Geschichten rund
um die Klimakrise



Windpark-
betreiber
Abo Energy
(ehemals Abo
Wind) arbeitet
an einem
Sanierungs-
konzept
Foto: Horst
Galuschka/
imago

Großer Windpark-Projektierer stürzt tief in die roten Zahlen

Zahlreiche Kleinanleger haben der Firma durch den Erwerb von Anleihen viel Geld anvertraut. Nun sind die Kurse eingebrochen – aus mehreren Gründen

Von **Bernward Janzing**

Die Firma Abo Energy, einer der größten Windpark-Projektierer in Deutschland, steckt in finanziellen Schwierigkeiten. Betroffen davon sind auch zahlreiche Privatanleger, denn das Unternehmen hatte in den Jahren 2021 und 2024 zwei Anleihen herausgegeben, die sich mit einer Mindestanlage von 1.000 Euro auch an Kleininvestoren richteten.

Mit der ersten Anleihe mit neun Jahren Laufzeit, die fast ausschließlich durch die sozial-ökologische GLS Bank vertrieben wurde, sammelte die Firma gut 42 Millionen Euro ein. Das Papier ist mit 3,5 Prozent verzinst – was in der damaligen Niedrigzinsphase sehr ordentlich war – und wird nicht an der Börse gehandelt. Die zweite Anleihe war 80 Millionen Euro schwer, ist börsennotiert und mit einem jährlichen Zins von sogar 7,75 Prozent ausgestattet.

Doch dann kamen die Hiobsbotschaften. Im vergangenen November gab die Firma eine erste Gewinnwarnung heraus, die für das Geschäftsjahr 2025 einen Verlust in Höhe von 95 Millionen Euro prognostizierte. Mitte Januar teilte das Unternehmen dann mit, die Geschäftsführung gehe nunmehr sogar von einem Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von 170 Millionen Euro aus.

Eine wesentliche Ursache liege in dem „aktuell besonders herausfordernden nationalen und internationalen Marktumfeld“, erklärte

die Firma. Ein Faktor seien die überzeichneten Windanland-Auktionen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die zu deutlich reduzierten Einspeisevergütungen führten. Zugleich habe man wegen gesunkener Erwartungen an das Zuschlagsniveau der Einspeisevergütungen künftiger Projekte Neubewertungen und damit erhebliche Sonderabschreibungen vornehmen müssen.

Damit weist das 1996 gegründete Wiesbadener Unternehmen den ersten Jahresverlust in seiner Geschichte aus. Die Firma zählt mit 1.400 Mitarbeitern zu den größten Projektentwicklern in der Branche der erneuerbaren Energien in Deutschland. Die Abo Energy GmbH & Co. KGaA, die bis Juli 2024 noch als Abo Wind AG firmierte, hat nach eigenen Angaben Projekte mit einer installierten Erzeugungsleistung von 3,1 Gigawatt realisiert. Überwiegend geht es dabei um Windparks, aber auch um Photovoltaik, Batteriespeicher und Umspannwerke. Auch in zahlreichen Ländern im europäischen Ausland und in Übersee ist Abo Energy aktiv.

Die jüngsten Zahlen der Firma lösten einen Schock am Kapitalmarkt aus. Nach der ersten Gewinnwarnung im November halbierte sich die Notierung der börsennotierten Anleihe, nach den neuesten Zahlen steht sie sogar nur noch bei rund 16 Prozent ihres Nennwerts. Auch die Unternehmensaktie hat in den vergangenen drei Monaten mehr als 80 Prozent ihres Werts verloren.

Nun muss ein Sanierungskonzept her. Wie die Firma kürzlich per Ad-hoc-Mitteilung verkündete, hat sie mit den Gläubigern wesentlicher Finanzierungen bereits eine Stillhaltevereinbarung geschlossen. Das heißt, dass die Banken ihre Finanzierungen

Eine Ursache: das „aktuell besonders herausfordernde nationale und internationale Marktumfeld“, erklärte Abo Energy

nicht außerordentlich kündigung werden, so lange über ein Sanierungskonzept verhandelt wird. Eine renommierte Beratungsgesellschaft sei bereits beauftragt, ein Sanierungsgutachten zu erstellen, heißt es; ein erster Entwurf soll in der ersten Februarhälfte vorliegen.

In Kürze sollen auch die Gläubiger der 2024er Unternehmensanleihe entscheiden, ob sie der Stillhaltevereinbarung beitreten und einer Änderung der Anleihebedingungen zustimmen; eine Infoveranstaltung dazu ist für den 5. Februar terminiert, eine Abstimmung der Gläubiger für den 10. bis 12. Februar. Die Anleger der Anleihe von 2021 sind nicht betroffen, weil deren Anlagebedingungen etwas anders sind.

Der bekannte Informationsdienst für grüne Kapitalanlagen, Ecoreporter, rät

Investoren derzeit, die Aktie und die Anleihe weder zu kaufen noch zu verkaufen, sondern abzuwarten, wie sich Abo Energy in den nächsten Monaten entwickelt. Ecoreporter-Chefredakteur Jörg Weber verweist auch auf die Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK), die den betroffenen Anleihehabern rät, ihre Interessen zu bündeln.

Die SdK erklärte bereits, sie stehe in Kontakt mit einer Wirtschaftskanzlei und plane, von Abo Energy die Einberufung einer Anleihegläubigerversammlung zu verlangen, um dort von der Geschäftsführung einen Bericht zur aktuellen Situation zu erhalten.

Anschließend solle ein gemeinsamer Vertreter der Anleiheinhaber gewählt werden, da dieser gegenüber der Gesellschaft erhebliche Informationsrechte habe. Die Firmenkonstruktion ist nämlich nicht ganz leicht durchschaubar, wie die Wirtschaftswoche jüngst konstatierte: „Für Anleger ist Abo Energy in wesentlichen Punkten eine Blackbox.“

Allen Turbulenzen zum Trotz betont die Gesellschaft, sie verfüge „über ein signifikantes und werthaltiges Projektportfolio“. Die Geschäftsführung gehe „auf Grundlage der bisherigen Verhandlungen mit den Fremdkapitalgebern davon aus, das Sanierungskonzept erfolgreich umsetzen zu können“. Gerade erst gab Abo Energy den Verkauf von drei Solarprojekten in Frankreich mit einer installierten Gesamtleistung von 85 Megawatt bekannt.

Erderhitzung lässt Wetter in Spanien verrückt spielen

Kälte, Schnee und Starkregen in Spanien rufen Klimawandelleugner auf den Plan. Dabei sind sie eine Folge der global steigenden Temperaturen

Aus Madrid **Reiner Wandler**

Harry, Ingrid, Joseph, Kristin – alle in Spanien kennen diese Namen. Es sind die Sturmtiefs der vergangenen zwei Wochen: Kaum war eines über die Iberische Halbinsel hinweggeglitten, kam das nächste. Frost, Überschwemmungen, Wind mit über 130 Stundenkilometern, Schnee im ganzen Land brachten diese Tiefdruckgebiete vom Atlantik. Für die politische Rechte sind sie Anlass, einmal mehr den Klimawandel infrage zu stellen. Dabei ist die aktuelle Lage ein Beleg dafür, dass das Klima längst aus den Fugen geraten ist.

Schuld an den starken Schneefällen, die mehrmals das halbe Land lahmgelegt haben, ist der allgemeine Temperaturanstieg – der Luft, aber auch der Meere. Warme Luft kann mehr Feuchtigkeit aufnehmen. Die kalten Tiefdruckgebiete schließen warme, feuchte Schichten ein oder stoßen mit ihnen zusammen. Stundenlang schneit oder regnet es stark. In kurzer Zeit fallen Niederschläge, wie sie sonst in Monaten zu verzeichnen sind. Die Folgen: durch Schnee gesperrte Straßen oder, schlimmer noch, dort, wo es regnet, Überschwemmungen.

Im Nordwesten Spaniens stehen Häuser unter Wasser, im nordostspanischen Katalonien fuhr ein Nahverkehrszug auf einen Felsbrocken, der durch die starken Regenfälle auf die Gleise gefallen war, ein anderer raste in eine abgerutschte Stützmauer. Der Lokführer kam dabei ums Leben. Vor allem im Osten des Landes schauen die Menschen besorgt in den Himmel, wenn immer öfter Starkregen angekündigt wird. Denn dort, in der Region Valencia, kamen im Oktober 2024 bei Überschwemmungen 229 ums Leben. Schuld war eine Dana, so nennen die Spanier isolierte Tiefdruckgebiete mit Starkregen. Ein ähnliches Phänomen wie das, was jetzt zum starken Schneefall führte.

Die Wetterexpertin des spanischen öffentlichen Fernsehens TVE, Mónica López versucht Abend für Abend zu erklären, was passiert. Hitzewellen und Trockenheit im Sommer sowie Starkregen und starker Schneefall wie dieser Tage seien „die beiden Seiten der gleichen Münze“, erklärt sie. Mit dem Klimawandel werde es „das Jahr über genauso viel regnen wie bisher auch, aber anders“, sagt López. Die Trockenperioden im Sommer würden länger und heißer. Wenn es denn regnet, seien es meist Starkregen oder, bei Kälte, starke Schneefälle.

Den Beweis dafür, dass es wegen des Klimawandels insgesamt dennoch zu warm ist, liefern die Phasen zwischen den Sturmtiefs: 10 bis 20 Zentimeter Schnee in mittleren Lagen verschwinden in wenigen Stunden durch die wärmeren Winde – bis zum nächsten Tief, das erneut Schnee bringt. Medien bezeichnen das, was gerade in Spanien geschieht, als „Kältewelle“, doch eigentlich ist es keine Kältewelle. Die kalten Episoden sind zwar häufig, aber jeweils viel zu kurz, um als Kältewelle zu gelten. Als Kältewelle gilt, wenn ein Zehntel aller Wetterstationen im Land Tiefsttemperaturen messen, die fünf Prozent unter dem Durchschnitt der historischen Aufzeichnungen im Januar und Februar liegen. Die Aufzeichnungen des spanischen Wetterdienstes zeigen: Die Kältewellen sind in den letzten 50 Jahren um 1,2 Tage pro Jahrzehnt kürzer geworden. In den letzten zwei Jahren gab es keine Kältewelle. Dieses Jahr sieht es auch nicht danach aus.

Anzeige



Die Welt verstehen.
Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter





taz  **shop**

Holz knechtpfanne. „Holzknecht“, so nennt man in Österreich einen Waldarbeiter. Diese Pfanne aus Emaille ist zwar klein, aber genauso robust: Sie eignet sich zum scharfen Anbraten, zum langsamen Garen und, weil sie so hübsch ist, auch zum Servieren. Höhe: 3,9 cm , Ø 19 cm. In Rot. **€ 34,00**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

Neue russische Angriffe auf die Ukraine

Friedensgespräche auf Mittwoch verschoben. Russische Drohnen treffen Geburtsklinik

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die nächste Gesprächsrunde mit Russland in Abu Dhabi über eine Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine für den kommenden Mittwoch angekündigt. „Die Termine für die nächsten trilateralen Treffen stehen fest – 4. und 5. Februar in Abu Dhabi“, teilte er mit. Es habe einen entsprechenden Bericht seines Verhandlungsteams erhalten.

Trilaterale Gespräche – also zwischen ukrainischen und russischen Vertretern sowie US-Unterhändlern – hatte es vergangenes Wochenende bereits in Abu Dhabi gegeben. Danach war zunächst dieser Sonntag als Termin für eine Fortsetzung genannt worden.

„Die Ukraine ist bereit für eine substanzielle Diskussion, und wir sind an einem Ergebnis interessiert, das uns einem echten und würdigen Ende des Krieges näher bringt“, teilte Selenskyj jetzt mit.

Eine russische Stellungnahme liegt zunächst nicht vor. Unklar blieb auch, ob die russische Pausierung der Angriffe auf die Energieinfrastruktur nun ebenfalls über Sonntag hinaus fortgesetzt werden könnte oder nicht. Russland hatte einer Bitte von US-Präsident Donald Trump zugestimmt, auf neue Angriffe gegen Energieanlagen vorübergehend zu verzichten, auch um eine gute Grundlage für die Verhandlungen in Abu Dhabi zu schaffen.

Neue Meldungen über russische Angriffe auf ukrainische Energieanlagen gab es am Sonntag zunächst nicht. Doch bei zwei russischen Drohnenangriffen in der Stadt Saporischschja wurden nach Behördenangaben am Sonntag mindestens sechs Menschen verletzt. Ein Angriff auf eine Geburtsklinik traf zwei Schwangere, die sich dort gerade zur Untersuchung aufhielten, berichteten ukrainische Medien. In der Stadt Dnipro wurden nach Behördenangaben in der Nacht zu Sonntag zwei Menschen getötet. (dpa, rtr, taz)

Streit um ICE-Einsätze vor Gericht

In den USA scheitert Minnesota vorerst mit Klage gegen Abschiebe-Razzien, aber Fünffjähriger kommt frei

Der US-Bundesstaat Minnesota ist mit einem Eilantrag gegen die rabiaten Abschiebe-Razzien der Einwanderungsbehörde ICE vorerst vor Gericht gescheitert. Eine Bundesrichterin lehnte es am Samstag ab, den ICE-Einsatz per einstweiliger Verfügung zu stoppen. Justizministerin Pam Bondi wertete dies als Bestätigung für die Abschiebepolitik der Regierung.

In einem anderen Fall verfügte ein Bundesrichter jedoch, dass ein fünfjähriger Junge und sein aus Ecuador stammender Vater freizulassen sind. Der fünfjährige Liam Conejo Ramos und sein Vater Adrian Conejo Arias waren während eines ICE-Einsatzes in Minnesota festgenommen worden. Der Fall der beiden Asylbewerber sorgte für weitverbreitete Empörung. Grund der Festnahme des Jungen und seines Vaters sei die „schlecht durchdachte und inkompetent umgesetzte Verfolgung täglicher Abschiebungsquoten der US-Bundesregierung“, befand Bundesrichter Fred Biery. Diese solle offenbar auch dann umgesetzt werden, „wenn dies die Traumatisierung von Kindern erfordert“. Der Richter ordnete an, dass beide bis Dienstag freigelassen werden müssen.

Zu dem Antrag der Regierung von Minnesota, die ICE-Razzien generell stoppen zu lassen, erklärte hingegen Bundesrichterin Katherine Menendez: „Letztendlich kommt das Gericht zu dem Schluss, dass die Abwägung der Schäden nicht eindeutig für eine einstweilige Verfügung spricht.“ Laut Menendez’ handelt es sich aber noch nicht um ihre finale Entscheidung. Minnesota hatte argumentiert, dass die Einsätze der Bundesbehörden seine Souveränität als Bundesstaat verletzen. Der Bürgermeister von Minneapolis, Jacob Frey, zeigte sich von der Gerichtsentscheidung enttäuscht: „Diese Entscheidung verändert nicht, was die Menschen hier durchgemacht haben – Angst, Unruhe und Schaden, verursacht durch das Vorgehen der Bundesbehörden, die von Anfang an nie nach Minneapolis gehört haben.“ (afp)

Lebensgefährliche Arbeitsbedingungen, jetzt noch mit Starkregen: Im Tagebau der Coltan-Mine Rubaya im Osten der DR Kongo, Mai 2025
Foto: Zheng Yangzi/imago



Hunderte Tote bei Erdrutsch in Coltanmine

Eine Schlammlawine nach schweren Regenfällen fordert über 200 Tote in Kongos größter Coltanmine Rubaya. Sie liegt mitten in Ostkongos M23-Rebellengebiet

Aus Kampala **Simone Schindwein**

Die Regenzeit im Osten der Demokratischen Republik Kongo hat mit voller Wucht eingesetzt. Seit Tagen schüttet es in Strömen. In den abschüssigen Masisi-Bergen westlich der Millionenstadt Goma fließen gigantische Wassermassen die Hänge herunter und weichen den Boden auf.

Dies hat am vergangenen Mittwoch und Donnerstag in der Bergbau-Region Rubaya, rund 80 Kilometer nordwestlich von Goma, zu mehreren Erdrutschen geführt, bei welchen Teile der Mine verschüttet wurden. „Die Leute vor Ort schätzen, dass mehr als 200 Menschen ihr Leben verloren haben, mehr als 20 Verletzte wurden geborgen und befinden sich in medizinischer Behandlung“, sagt Kamber Lumumba, Sprecher des Rebellengouverneurs der Provinz Nord-Kivu.

Die Masisi-Berge liegen mitten in dem von den Rebellen der M23 (Bewegung des 23. März) kontrollierten Gebiet. Das lukrative Minengebiet von Rubaya nahmen die von Ruanda unterstützten Rebellen im April 2023 ein. Die Provinzhauptstadt Goma selbst fiel im Januar 2025 in Rebellenhand.

Seitdem kontrolliert die M23 die Exportwege der Mineralien aus Rubaya ins Nachbarland Ruanda, von wo aus sie auf den Weltmarkt gelangen, vor allem nach Asien. Der lukrative Mineralienabbau und -handel mitten im kriegsgeschüttelten Ostkongo ist seit Jahrzehnten international umstritten.

Der von der M23 eingesetzte Provinzgouverneur Erasto Bahati hat am Freitag gemeinsam mit seinem Sprecher Lumumba das Katastrophengebiet in Rubaya besucht. „Er hat den Familien der Opfer sein Beileid ausgesprochen und wir haben die drei Gesundheitsstationen in Rubaya besucht, in welchen die Verwundeten versorgt wurden“, berichtet Lumumba der taz am Telefon. „Der Gouverneur hat entschieden, die Verletzten nach Goma ins Zentralkrankenhaus transportieren zu lassen.“

Unter den Verletzten sind zahlreiche Frauen und Kinder. Lumumba schätzt, dass unter den

Schlammmassen zahlreiche weitere verschüttet liegen. Daraus sollen nun Konsequenzen gezogen werden: „Der Gouverneur hat Anweisung gegeben, dass Kinder und Frauen nicht mehr in den Minen arbeiten dürfen“, so Lumumba. „Sie gehören nicht dorthin, sondern in die Schule.“

Oft verdienen sich Kinder in dieser dichtbesiedelten Bergregion ihre Schulgebühren mit dem Graben in den engen Stollen von Rubaya. Frauen durchsieben in den Bächen im Tal das Wasser nach ausgewaschenen Coltansteinchen.

Rubaya ist die größte Coltan-Mine der Demokratischen Republik Kongo. Jährlich werden dort rund 1.000 Tonnen der Mischung aus Tantal- und Nioberz gefördert, die in der DR Kongo als Coltan („Colombit-Tantalit“) bezeichnet wird – knapp die Hälfte der Gesamtproduktion des Landes. Tantal, ein enorm hitzebeständiges Mineral, wird für Akkubatterien besonders in Handys und Computer benötigt. Rund 15 Prozent des weltweit derzeit verfügbaren Tantals stammen aus Rubaya.

Das einstige malerische kleine Bergdorf am Osso-Fluss unter den mineralienreichen Hügeln wuchs im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zur geschäftigen Großstadt. Das gewaltige Minengebiet Rubaya besteht aus mehreren Hügeln, an deren teils sehr steilen Hängen junge Männer sich ungeschützt mit Hacken und Spaten durch die Erde graben.

Nur in einem kleinen Teil der Stollen von Rubaya wurde bislang industriell gefördert. Die Bergbaukonzession Bibatama, in der Rubaya liegt, gehörte einst der Gesellschaft SMB (Société Minière de Bisunzu) mit Sitz in Goma. Deren Chef, der ehemalige Senator Édouard Mwangachuchu, wurde kurz vor der Eroberung des Gebiets durch die M23 im April 2023 von Kongos Regierung verhaftet und angeklagt – unter anderem wegen Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Gruppe, er ist Tutsi ebenso wie die M23-Militärführung. Im Oktober 2023 wurde Mwangachuchu zum Tode verurteilt. Sein Prozess befindet sich in einem Berufungsverfahren vor



dem Militärgericht in Kongos Hauptstadt Kinshasa.

Die Mwangachuchu-Familie stand schon immer der M23 nahe, er selbst war einst politischer Führer des CNDP (Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes), die Vorgängerorganisation der M23. Um nicht der Zusammenarbeit mit den Rebellen bezichtigt zu werden, zog die SMB nach der Eroberung Rubayas durch die M23 alle Arbeiter ab. Seitdem stehen die Maschinen in Rubaya still. Nur der Tagebau per Hand geht weiter.

Ein Großteil des Coltans aus Rubaya wurde schon immer in mühsamer Handarbeit gefördert, die meisten davon sind Hutu. Die Hügel in Rubaya waren einst Ackerland der Hutu-Bauern. Als diese erfuhren, was dort unter ihren Äckern an kostbaren Rohstoffen schlummert, strömten junge Männer aus allen Ecken Nord-Kivus nach Rubaya. Sie formierten Milizen, um das lukrative Geschäft zu schützen, und gründeten eine eigene Kooperative, die dem Tutsi-geführten Kozessionseigner SMB das Förderrecht in Rubaya streitig machte und über andere Geschäftspartner Coltan exportierte. Deren Chef wurde später Präsident des Provinzparlaments von Nord-Kivu.

Als Exportfirmen, die das Coltanerz zur Verarbeitung nach Asien verschifften, wurden damals zwei Firmen genannt, die bereits schon früher illegal Coltanerz aus dem Kongo exportiert hatten: East Rise und Star Dragon, beide mit Sitz in Hongkong. Sie sollen beide über ihren lokalen Geschäftspartner illegale Aktivitäten wie Kinderarbeit in Rubaya gefördert haben.

All dies endete mit der Übernahme Rubayas durch die M23 im April 2023. Kongos Regierung entzog der SMB im Juli 2023 die industriellen Förderrechte in Rubaya und übergab diese an einen neuen Investor: Primera Mining – ein Joint Venture zwischen Kongos Regierung und der gleichnamigen Firma aus den Vereinigten Arabischen Emirate. Diese hatten Kongos maroder Armee im vergangenen Jahr Militärfahrzeuge, Waffen und Hubschrauber in Milliardenhöhe spendiert, um die M23 zu bekämpfen. Im Gegenzug erhielt Primera Konzessionen im Wert von fast zwei Milliarden Dollar für Coltan und Gold, darunter in Rubaya.

Vor Ort in Rubaya ist Primera noch nicht aktiv. Denn dort haben weiter die M23-Rebellen das Sagen. Unter ihrer Kontrolle geht nun seit fast drei Jahren die Förderung mit Spitzhacke und Schaufel im großen Stil weiter. Weit über 3.000 Menschen sind dort in den Stollen tätig, verdienen sich dort mehrere US-Dollar pro Tag und damit oftmals mehr, als die übrige Landbevölkerung zur Verfügung hat. Darauf erhebt die M23 Steuern, auch auf die Nutzung der Straßen gen Goma.

Seitdem die M23 im April 2023 Rubaya erobert hat, gilt alles Coltan von dort auf dem Weltmarkt als illegal. Als die US-Regierung im August 2025 wegen illegaler Förderung von Coltan in Rubaya Sanktionen verhängte, war auch die Hutu-Miliz PARECO (Koalition widerständiger kongolesischer Patrioten) betroffen, die vor der Übernahme durch die M23 die Förderung kontrolliert und von den Bergwerksleuten Steuern eintriebenen hatte. Sie gehört nun zu den „patriotischen“ Wazalendo-Milizen, die zusammen mit Kongos Armee die M23 wieder zurückdrängen wollen.

Gegen die M23 wurden in Hinsicht auf Rubaya bislang noch keine Sanktionen verhängt. Laut UN-Experten wird das Coltan aus dem M23-Gebiet über die Grenze nach Ruanda gebracht, dort mit dem in Ruanda geförderten Coltan vermengt und dann als ruandische Produktion auf den Weltmarkt exportiert.

Kongos Regierung nannte das Grubenunglück von Rubaya in einer Erklärung am Sonntag eine „direkte Konsequenz“ der „wilden und illegalen“ Ausbeutung der Mine durch Ruanda und die Rebellen und erklärte, die Förderung dort sei eigentlich verboten. Nach eigenen Angaben hat die M23 die Bezahlung der Bergleute verbessert, und die Rebellen wollen weiter Coltan fördern.

Gouverneurssprecher Lumumba bestätigt der taz: „Unsere Kämpfer sichern das Minengebiet in Rubaya und die Arbeit in den Stollen, die nicht von den Erdrutschen betroffen sind, geht weiter.“ Allerdings habe Gouverneur Bahati der lokalen Bevölkerung bei seinem Besuch am Freitag versprochen, dass er sich in Zukunft wieder für eine industrielle Förderung einsetzen werde.

Immerhin, so Lumumba, sei die bislang marode Feldstraße von Rubaya die Berge hinunter bis nach Goma unter M23-Herrschaft geteert worden. Jetzt könne man die Strecke in weniger als vier Stunden zurücklegen. „Dies hat auch bei der Überführung der Verletzten ins Hospital nach Goma geholfen.“

Von **Sven Hansen**

Fünf Jahre nach dem Staatsstreich in Myanmar hat die von Ex-Militärs geführte Solidaritäts- und Entwicklungspartei der Union (USDP) die dortige Wahlfarce wie erwartet klar gewonnen. Laut dem am Freitag veröffentlichten offiziellen Ergebnis gewann die USDP im Unterhaus 232 der 263 Sitze, im Oberhaus 109 von 157. Die Beteiligung bei der Wahl, die zwischen 28. Dezember und 25. Januar in drei Phasen stattfand, betrug angeblich 54,1 Prozent, rund 20 Prozentpunkte weniger als bei der letzten freien Wahl 2020.

Diese hatte das Militär wegen des schlechten Abschneidens der USDP für gefälscht erklärt, was der Vorwand für den Putsch am 1. Februar 2021 war. Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) der gestürzten Regierungschefin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, Siegerin 2020, wurde inzwischen von der Junta aufgelöst. Jetzt am 5. Putschjahrestag inszenierte das Regime an Yangons Flughafen einen großen Empfang voll nationalistischer Symbolik für die vom Internationalen Gerichtshof aus Den Haag zurückgekehrte Regierungsdelegation. Die hatte dort das Militär gegen den Vorwurf des Völkermords bei der Vertreibung der Rohingya 2017 verteidigt.

Der Widerstand bekommt anders als die Militärjunta keine ausländische Unterstützung

Mit den Scheinwahlen versuchte die Junta eine Rückkehr zu einer Normalität zu simulieren, die schon vor dem Putsch problematisch war. Denn außer an gewählte Abgeordneten gehen laut Verfassung ohnehin 25 Prozent der Parlamentssitze an aktive Militärs. Diese ernennt der Armeechef. Jetzt sind die allermeisten Abgeordneten Offiziere mit und ohne Uniform.

Chinas Regierung hatte schon direkt nach dem letzten Wahltag zur „ordentlichen Wahl“ gratuliert. Im Gegensatz dazu erklärte die Außenministerin der Philippinen, die derzeit das südostasiatische Asean-Bündnis führt, dass dieses die Wahlen nicht anerkenne. Wahl-

beobachter waren nur aus autoritär regierten Staaten wie Russland, Belarus, China, Kambodscha und Nicaragua gekommen.

Laut UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk tötete die Armee in den Wochen der Wahl bei 408 Luftangriffen 170 Zivilisten. Ohnehin konnte aus Sicherheitsgründen offiziell nur in 261 von 330 Wahlbezirken gewählt werden. Es reichte dem Regime, wenn es pro Bezirk ein Wahllokal in einem Militärposten gab. Wer die Wahl kritisierte, musste mit hohen Strafen rechnen. Das führte laut Türk zu 404 Verurteilungen. „Das Militär versucht, seine Herrschaft durch Gewalt zu festigen, nachdem es die Menschen zur Wahlurne gezwungen hat“, sagte Türk.

Das neue Parlament soll im März erstmals zusammentreten, im April die Regierung gebildet werden. Unklar ist, ob Putschführer und Juntachef Min Aung Hlaing Präsident wird. Behält der 69-Jährige die Kontrolle über das Militär oder teilt er die Macht mit einem anderen General? Laut dem Exilportal *Irrawaddy* könnte auch USDP-Chef Khin Yi Präsident werden. Er ist ein Vertrauter von Min Aung Hlaing, der so die Kontrolle über das Militär behalten könnte.

Mit der Wahlfarce hat die Junta die politische Initiative ergriffen und von Myanmars desolater Lage abgelenkt. Laut UN-Nothilfeorganisation Ocha sind 3,6 Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht, Hunderttausende ins Ausland geflohen. 16,2 Millionen der 55 Millionen Einwohner benötigen humanitäre Hilfe. Schätzungen zufolge starben im Bürgerkrieg bisher 92.000 Menschen. Die Exil-Menschenrechtsorganisation AAPB, deren Zahlen auch die UNO nutzt, zählte bis Ende Januar 30.357 politische Gefangene. Davon sind noch 22.767 in Haft. 7.738 Menschen wurden aus politischen Gründen getötet.

Die Wirtschaft liegt am Boden, die Inflation hat sich verzehnfacht, ausländische Investitionen gingen um drei Viertel zurück. Aufgrund kollabierender Staatlichkeit wurde Myanmar zum weltgrößten Opiumproduzenten und zu einem Zentrum internationaler Cyberkriminalität. Das Institut für Strategie und Politik Myanmars (SPS-Myanmar) sieht das Land „im Griff einer Polykrise mit dem Risiko eines Failed State“.



Junge Birmesen protestieren am 5. Jahrestag des Militärputsches gegen Juntachef Min Aung Hlaing in New Taipei City in Taiwan
Foto: Chian Ying-ying

Myanmar ist auf dem Weg zum Failed State

Fünf Jahre nach dem Putsch gibt es im Krieg zwischen Militärjunta und bewaffnetem Widerstand ein Patt. Die Militärpartei gewinnt die Scheinwahlen

Der Widerstand ist breit, aber bisher kaum koordiniert. Seit der Unabhängigkeit 1948 gab es immer wieder bewaffnete Konflikte mit ethnischen Gruppen. Sie kämpfen für Autonomie und gegen den Machtanspruch des von Birmanen dominierten Militärs. Nach dem Putsch 2021 bildeten ethnische Rebellenarmeen junge Aktivisten militärisch aus, deren friedlicher Protest zuvor zusammengeschossen worden war. Doch die Gegenregierung im Untergrund blieb schwach und es gelang bisher nicht, eine effektive Führung über die bis zu 2000 bewaffneten Widerstandsgruppen zu etablieren. Die ethnischen Rebellenarmeen unterstehen keinem gemeinsamen Kommando.

Von Oktober 2023 bis Mitte 2024 konnte der bewaffnete Widerstand dennoch immer mehr Regionen und Städte der Kontrolle des Militärs entreißen. Doch seitdem hat sich der Wind gedreht, das Militär kontrolliert wieder rund die Hälfte des Landes. Im Frühjahr 2024 hatte die Armee mit der Zwangsrekrutierung junger Männer begonnen und konnte sich so um 90.000 Soldaten verstärken, auch wenn diese schlecht ausgebildet sind. Zudem bekam das Militär mehr Waffen aus China, das der Junta eher die Sicherung seiner wirtschaftlichen und strategischen Interessen zutraut als den Rebellen.

Die Junta profitierte auch von russischen Militärberatern und von der Lieferung von Flugbenzin durch Irans Schattenflotte, wie kürzlich

eine Reuters-Recherche ergab. 2017 hatte Teheran noch gegen die Vertreibung muslimischer Rohingya durch Myanmars Militär protestiert, doch haben sich die beiden Pariahregime spätestens ab 2024 arrangiert. So konnte Myanmars Luftwaffe ihre Angriffe verdoppeln. Ziele sind dabei auch Krankenhäuser, Schulen und Tempel.

Der Widerstand erhält hingegen keine Unterstützung aus dem Ausland mit Ausnahme der Diaspora, die auch zu diesem Jahrestag wieder in vielen Staaten vor Myanmars Vertretungen demonstrierte. Laut dem Militäranalysten und Sicherheitsberater Anthony Davis herrscht zwischen Armee und Widerstand ein Patt.

Davis hält zwar ein Dezember geschlossenes Bünd-

nis von 19 Widerstandsgruppen zur „Allianz der Frühlingsrevolution“ für vielversprechend. Die Zeit könnte aber für das Militär arbeiten, wenn diesem gelingt, einen Keil zwischen die zunehmend erschöpfte Landbevölkerung und die Rebellen zu treiben, die vor Ort auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen sind. Dem bewaffneten Widerstand drohe zudem eine schleichende Marginalisierung durch das Risiko der Kooptierung einzelner Gruppen sowie der Entstehung von Warlords.

Der in Thailand lebende Myanmar-Experte Bertil Lintner schreibt: „Die unvermeidliche Realität ist, dass solange nichts wirklich Unerwartetes passiert, das Militär für absehbare Zeit an der Macht bleiben wird.“

„Ich will keine Rache, sondern Gerechtigkeit“

Israels Polizei ist zunehmend politisiert, die Mordrate unter der palästinensisch-arabischen Bevölkerung steigt. Das könnte auch im Wahlkampf Thema werden

Aus Tel Aviv **Felix Wellisch**

Minuten vor dem Beginn der Demonstration in Tel Aviv traf es am Samstag ein weiteres Opfer: In der wenige Kilometer entfernten Stadt Lod (arabisch: Al-Lyd) erschoss am helllichten Tag ein maskierter Mann einen 25-Jährigen auf offener Straße. Der Getötete Omer Taysir al-Schamali ist das 23. Opfer einer Welle an Morden unter Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft – allein seit Jahresbeginn. Beobachter machen dafür systematische Vernachlässigung durch die Polizei unter dem rechtsextremen Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir verantwortlich.

„Ich bin nicht hier, um zu weinen, sondern um zu schreien“, rief am Abend dann Hitam Abu Fani, Mutter des im vergangenen Jahr erschossenen Fares Abu Fani, auf dem Habima-Platz. „Ich will keine Rache, sondern Gerechtigkeit und Schutz.“ 40.000 Teilnehmer aus dem ganzen Land waren gekommen, vor allem aus der palästinensisch-arabischen Minderheit, die rund ein Fünftel

der israelischen Bevölkerung ausmacht – aber auch jüdisch-israelische Regierungskritiker.

Viele Teilnehmer trugen schwarze Fahnen, die zum Symbol einer wachsenden Bewegung gegen die Morde in der palästinensischen Bevölkerung Israels geworden sind. Eine Gruppe Teilnehmer hielt Fotos von getöteten Angehörigen hoch. Andere forderten in Sprechchören auf Arabisch und Hebräisch den Rücktritt von Ben-Gvir und verlangten, arabische Bürger Israels ebenso zu schützen wie jüdische.

Die Polizei praktiziert in vielen arabischen Ortschaften eine „tödliche Zurückhaltung“, sagte Jamal Zahalka, der Vorsitzende des Dachverbands der arabischen Minderheit in Israel, der zu dem Protest aufgerufen hatte. Seit dem Amtsantritt der in Teilen rechtsextremen Regierung unter Premier Benjamin Netanjahu vor drei Jahren sind die Mordraten in den arabisch-palästinensischen Gemeinden sprunghaft angestiegen – von rund 100 auf 250 Fälle pro Jahr.

Ben-Gvir hat zahlreiche erfahrene Polizeikommandeure aus dem Dienst gedrängt und durch loyale Kandidaten ersetzt, die seiner nationalreligiösen Ideologie nahestehen. In vielen arabischen Ortschaften breiten sich organisierte Kriminalität und Schutzgelderpressung aus. Zahalka forderte, die Polizei müsse gegen kriminelle Gruppen vorgehen, Waffen konfiszieren und die Mordfälle aufklären.

Die Proteste hatten vergangene Woche Fahrt aufgenommen, nachdem Ladenbesitzer im Ort Sachnin in Nordisrael nach Drohungen von kriminellen Banden in einen Streik getreten waren. Die Bewegung könne ein „Wendepunkt“ sein, der jüdische und palästinensische Israelis zusammenbringe, sagte der palästinensisch-israelische Politiker Ayman Odeh der *Times of Israel*. Laut Umfragen kommt im Vorfeld der israelischen Parlamentswahlen in diesem Jahr bisher weder die rechtsextreme Regierungskoalition von Benjamin Netanjahu noch die Opposition auf eine Mehrheit. Arabische Parteien könnten

vor diesem Hintergrund eine Schlüsselrolle spielen.

Der Wahlkampf hat auch für die israelische Regierung längst begonnen. Sie setzt darauf, die Erzählung der Ereignisse seit dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 zu ihren Gunsten zu drehen. So ward der Geisel-Koordinator der israelischen Regierung, Gal Hirsch, den Angehörigen der Ex-Geiseln am Wochenende vor: Sie hätten mit ihren Protesten für ein Abkommen und einen Gefangenenaustausch in den vergangenen zweieinhalb Jahren Hamas-Propaganda „verstärkt“.

Die ehemalige Hamas-Geisel Or Levy wies diese Vorwürfe in einem offenen Brief am Sonntag empört zurück. Und beschuldigte Hirsch und die Regierung, die Entführten im Stich gelassen zu haben. „Eure Wahlkampagne ist das Einzige, was euch wichtig ist“, schrieb er.

Eine Rolle im Wahlkampf dürfte auch spielen, wie es im Gazastreifen weitergeht. Der Friedensplan des US-Präsidenten Donald Trump sieht einen schrittweisen Abzug der israelischen Armee

und eine Entwaffnung der Hamas vor. Die radikalislamische Gruppe lehnt eine Demilitarisierung bisher jedoch ab.

Die israelische Armee macht ihrerseits keine Anzeichen, sich von der sogenannten gelben Linie zurückzuziehen, hinter der sie weiter mehr als 50 Prozent des Gazastreifens besetzt hält. Seit Beginn der Waffenruhe haben israelische Soldaten mehr als 500 Palästinenser in Gaza getötet. Bei einer der schwersten Angriffsserien starben laut palästinensischen Angaben am Samstag mehr als 30 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder. Das Militär erklärte, man habe zuvor mehrere bewaffnete Palästinenser gesichtet.

Ein kleiner Fortschritt im Sinne des Trump-Plans könnte indes die Wiedereröffnung des Grenzübergangs Rafah sein. Er verbindet den Küstenstreifen mit Ägypten. Am Sonntag sollen Tests durchgeführt werden, am Montag soll dann – nachdem Israels Führung dies länger hinausgezögert hatte – der Personenverkehr in beide Richtungen beginnen.



debatte

Ernüchternde Bilanz

Sechs Jahre Synodaler Weg tun der Macht der Bischöfe keinen Abbruch. Mitreden ist erlaubt, Mitentscheiden nicht

Der Synodale Weg sollte aus der Missbrauchskrise Konsequenzen ziehen. Doch bei Kontrolle, Rechenschaft und Machtteilung stößt der Reformprozess an seine Grenzen. Die Mitglieder der Versammlung beraten über das Monitoring der Reformen – wer setzt sie um und wer nicht. Sich in den eigenen Bistümern kontrollieren zu lassen, stößt indes auf breiten Unwillen. Das wird zum Ende der sechsten Synodalversammlung, des Reformprozesses der katholischen Kirche, sehr deutlich.

Doch was hat der Reformprozess gebracht, wenn keine Rechenschaft bei den Mächtigen eingefordert werden kann. Seit 2019 beraten rund 230 Delegierte in der Synodalversammlung. Ausgelöst wurde der Prozess nicht aus Erneuerungseifer, sondern durch

Gemessen an der Beseitigung der systemischen Ursachen von Missbrauch bleibt die Bilanz des Synodalen Weges ernüchternd

sexualisierte Gewalt und jahrzehntelange Vertuschung. Die von der Deutschen Bischofskonferenz beauftragte Studie zeigte, was Missbrauch in der Kirche begünstigt: schiefe Machtverhältnisse, hierarchische Abschottung, Intransparenz, Klerikalismus sowie der Umgang mit Zölibat und Sexualmoral. Das war der Ausgangspunkt.

Am Ende der fünften Synodalversammlung, lagen Texte vor, die kleine Veränderungen ermöglichen. Frauen können in einigen Bistümern die Taufe spenden, und das kirchliche Arbeitsrecht hat sich verbessert. Kleine Kompromissvorschläge, die vielen nicht weit genug gehen, aber vor Ort zumindest manche Dinge möglich machen. Nun kam die Versammlung noch einmal zusammen, um zu prüfen, ob die Beschlüsse umgesetzt wurden.

Grundlage dieser Überprüfung ist ein Monitoring der einzelnen Bistümer. Doch es bleibt anonym. Nicht sichtbar wird, welches Bistum Beschlüsse umsetzt und welches sie liegen lässt. Damit fehlt etwas Zentrales: Rechenschaft. Ohne Namen lassen sich weder Fortschritte benennen noch Blockaden adressieren. Verantwortung zu übernehmen hieße, sich prüfen zu lassen – durch die eigenen Gläubigen. Es hieße, voneinander zu lernen und Macht zu teilen.

Genau daran entzündet sich unter den Klerikern Widerstand. Niemand möchte von Macht reden, Sie nennen sich lieber Diener Gottes. Während der Debatte über Quoten – über die Frage, wie Frauen und junge Menschen im künftigen Folgegremium vertreten sein sollen – wird gescherzt. „Dann bin ich für eine Quote von über Siebzigjährigen, die keine Bischöfe sind.“ Gelächter. „Und die nächste Quote dann für Pfälzer.“

Fünf Männer sitzen nebeneinander: Priester, Professor, Weihbischof, Bischof, Priester. Schwarz gekleidet, weißer Kragen. Sie lachen. Die Frauen und jungen Menschen in den umliegenden Reihen nicht. Am Ende wird eine Quote beschlossen.

Doch von einer Haltungsänderung bei Männern in kirchlichen Machtpositionen ist wenig zu spüren. Wenn über Diskriminierung gelacht wird, ist nicht viel angekommen. Ohne Quote bleibt die Macht bei den Mächtigen. .

Mehr Freude brauche es in der Kirche, sagt ein Bischof. Wie soll Freude entstehen in Strukturen, die Menschen systematisch ausschließen? Wie soll Vertrauen wachsen, wenn Betroffene von sexualisierter Gewalt hören, man habe nun „auch genug über Missbrauch gesprochen“? Johannes Norpoth ist Mitglied des Betroffenenbeirats der Deutschen Bischofskonferenz. Er spricht über den Grund dieses Prozesses, fragt, ob die Bereitschaft bestünde, mutig zu sein. Mutig genug, die eigenen Strukturen infrage zu stellen. Er benennt, was sich verändert hat: Dass heute offen über Macht, Gewaltenteilung, Geschlechtergerechtigkeit, Sexuallehre und klerikale Lebensformen gesprochen wird, ist keine Selbstverständlichkeit.

Diese Offenheit ist der größte Ertrag des Synodalen Weges. Zugleich weist Norpoth den Vorwurf zurück, der Synodale Weg instrumentalisieren den Missbrauch für kirchenpolitische Agenden. Wer den Prozess als Missbrauch des Missbrauchs bezeichne, versuche damit, die Auseinandersetzung mit systemischen Ursachen zu diskreditieren und relativiere sowohl die Ergebnisse der Missbrauchsstudien als auch die Erfahrungen der Betroffenen.

Gemessen an der Beseitigung der systemischen Ursachen von Missbrauch bleibt die Bilanz des Synodalen Weges ernüchternd. Ja, der Synodale Weg hat Ehrlichkeit ermöglicht. Ja, er hat Themen öffentlich gemacht, die lange ausgeblendet waren. Nein, die Machtverhältnisse haben sich nicht verschoben. Beschlüsse bleiben unverbindlich. Beteiligung endet dort, wo Entscheidung beginnt.

Das ist kein Versehen, sondern Teil der Konstruktion. Synodalität ist möglich als Beratung, nicht als Mitentscheidung. Die Macht bleibt bei den Bischöfen. Damit bleibt auch das zentrale Versprechen unerfüllt, aus der Missbrauchskrise strukturelle Konsequenzen zu ziehen. Wie begrenzt der Spielraum ist, zeigt sich auch im Umgang mit Rom. Die Beschlüsse der Synodalversammlung wurden per Brief 2023 an den Papst geschickt, denn für die Umsetzung einiger Beschlüsse bräuchte es seine Zustimmung.

Eine Antwort steht aus. Seit drei Jahren. Bei der Versammlung schlug eine Teilnehmerin vor, das Schweigen aus Rom doch einfach als Zustimmung zu werten. Das ginge schließlich auch bei jeder Strompreiserhöhung. Ob dieses Schweigen des Papstes nun Respektlosigkeit, ein Politikum oder eben tatsächlich stille Zustimmung ist, bleibt erst mal offen. Entscheidend ist die Konsequenz: Ein Reformprozess, der aus einer Gewaltgeschichte heraus entstanden ist, bleibt ohne Rückmeldung der Instanz, die über verbindliche Veränderungen entscheidet.

Mit der Synodalkonferenz soll der Reformprozess weitergehen. Voraussetzung ist allerdings, dass Rom zustimmt. Dort sollen Lai*innen und Bischöfe gemeinsam beraten. Das ist ein Fortschritt. Doch die entscheidende Frage ist: Bleibt es beim Gespräch, oder entsteht echte Mitentscheidung und Rechenschaftspflicht?



Daniela Ordowski ist Journalistin, Politologin und Mitglied der Synodalversammlung.

Foto: privat

Bernhard Clasen über den Waffenstillstand in der Ukraine

Moratorium statt Beschuss

Gerade einmal drei Tage hat er gehalten, der Mikro-Waffenstillstand. Er war nicht vereinbart, er war lediglich einer Laune des russischen Präsidenten zu verdanken. Der hatte einen Brief seines amerikanischen Kollegen erhalten, in dem dieser darum bat, doch mal vom Beschuss der Energieversorgung für eine Woche abzulassen. Über seinen Sprecher hatte Putin dann wissen lassen, dass er diesem Wunsch entspreche, aber nur bis zum 1. Februar, also nicht einmal eine halbe Woche lang.

Nicht zum ersten Mal hatte Russland die ukrainische Infrastruktur mal ein paar Tage nicht beschossen. Diesmal aber wird dies als Geste des guten Willens verkauft. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Ein Grund könnte sein, dass beide Seiten verstehen, dass sie von einem Moratorium mehr haben als von einem gegenseitigen Beschuss der Energieinfrastruktur. Vielleicht waren die 30 Grad minus, die in dieser Woche in ukrainischen und russischen Städten erwartet werden, ein Beweggrund. Schließlich ist es nicht nur die Be-

völkerung der Ukraine, die unter den russischen Angriffen auf das Energiesystem leidet.

Auch die Ukraine zerstört Heizkraftwerke, Umspannwerke und andere Energieanlagen in Russland. Der oppositionelle russische Youtube Kanal Khodorkovsky live berichtet von einem Kollaps des Energiesystems im russischen Belgorod, hervorgerufen durch ukrainische Angriffe. Dieser kurzzeitige Stopp des Beschusses von Anlagen der Energieversorgung ist ein kleiner Tappelschritt in Richtung Deeskalation.

Solche Schritte werden jetzt gebraucht. Dieses kurzzeitige Moratorium auf den Beschuss von Energieanlagen war oder ist nicht der einzige Mikrowaffenstillstand in diesem Krieg gegen die Ukraine. Immer wieder schweigen die Waffen, wenn Reparaturarbeiten am AKW Saporischja notwendig sind oder wenn Gefangene ausgetauscht werden. Bleibt zu hoffen, dass das aktuelle Moratorium auf den Beschuss von Energieanlagen über den 1. Februar hinaus fortgesetzt wird. Es rettet Leben.

Ulrike Herrmann über den nominierten Fed-Chef

Keine Angst vor Warsh

Es war ein klares Zeichen: Die Börsenkurse tendierten nur leicht ins Minus, als am Freitag bekannt wurde, dass US-Präsident Donald Trump den Juristen Kevin Warsh zum nächsten Chef der Notenbank Fed kürren will. Die Investoren scheinen also nicht zu fürchten, dass Warsh großen Schaden in der amerikanischen Zinspolitik anrichten wird. Die Börsen bleiben gelassen, weil die Leitzinsen nicht allein vom Fed-Chef beschlossen werden, sondern von einem zwölfköpfigen Gremium. Warsh wäre also kein allmächtiger Zinszar, falls er vom US-Senat bestätigt wird.

Zudem ist Warsh kein Unbekannter. Er hat schon einmal, von 2006 bis 2011, dem Fed-Direktorium angehört. In dieser Zeit hat er alle Entscheidungen mitgetragen, die während der Finanzkrise nötig waren – und nicht weiter gestört. Trotzdem ist es zunächst erstaunlich, dass die Börsen so ruhig bleiben, denn Warsh ist ein gnadenloser Opportunist. Um Fed-Chef zu werden, propagiert Warsh, was Trump gern hören will: Die Leitzinsen müssten drastisch sinken, um die Wirt-

schaft anzukurbeln. Warsh ging sogar so weit, einen „Regimewechsel“ bei der Fed zu fordern.

Trump verlässt sich gern auf persönliche Loyalitäten, und auch da passt Warsh ins Bild. Er ist der Schwiegersohn von Milliardär Lauder, mit dem Trump seit Jahrzehnten befreundet ist – und der als erster die Idee hatte, dass Trump doch Grönland annektieren könnte. Trotz dieser engen Bindungen vertrauen die Börsianer darauf, dass sich Warsh der Macht des Faktischen beugen wird. Ein Vorbild gibt es schon: den jetzigen Fed-Chef Jerome Powell. Auch er startete als Trump-Wunschkandidat, um bald die Weisungen aus dem Weißen Haus zu ignorieren.

Diesen Weg dürfte auch Warsh nehmen, denn Trumps Forderungen sind absurd. Die Fed kann die Leitzinsen nicht auf ein Prozent senken, wenn die Inflation bei 2,7 Prozent liegt. Der Realzins wäre dann negativ und jeder Kredit faktisch umsonst. Die Nachfrage würde explodieren – und die Preise auch. Diese Zusammenhänge sind schlicht – und nur für Trump zu hoch.

Jürgen Gottschlich über eine autonome Kurdenregion

Hoffnung für Kurden in Syrien

Für die Kurden in Syrien scheint es auf den ersten Blick eine völlige Niederlage zu sein. Aus Angst, von den Truppen und Milizen der Übergangsregierung völlig überrannt zu werden, haben sie einer neuen Vereinbarung mit Damaskus zugestimmt, mit der sie ihre autonome Region Rojava endgültig aufgeben und sich zu einer vollständigen Integration in den Zentralstaat verpflichten. Eine regionale Selbstverwaltung, wie sie sich die Kurden im Nordirak schon vor Jahren erkämpft haben, ist damit passé. Dennoch sprechen kurdische PolitikerInnen von einem Erfolg. Das bezieht sich nicht nur darauf, dass das Töten der letzten Wochen beendet werden konnte, es gibt auch Elemente in der Vereinbarung, die für die Zukunft der Kurden in Syrien hoffen lassen.

Da ist zuerst einmal die Gleichberechtigung mit der arabischen Bevölkerung, die unter der Assad-Diktatur immer verweigert wurde. Dazu gehört die Gleichberechtigung ihrer Sprache und Kultur und dass Elemente einer kommunalen Selbstverwaltung erhalten bleiben. Das alles wird sich in den kommenden Monaten und vielleicht sogar Jahren noch einspielen müssen, es wird viele Rück-

schläge und Konflikte geben, aber der große Krieg scheint beendet zu sein. Noch ist das Misstrauen auf beiden Seiten aber groß. Damit es tatsächlich friedlich bleibt und die Vereinbarungen umgesetzt werden, wünschen die Kurden sich, dass die USA und Frankreich, die das Abkommen mitverhandelt haben, als Garantiemächte mit an Bord bleiben. Das ist nicht ausgeschlossen, da auch die USA und Europa ein Interesse daran haben, dass sich Syrien zu einem einigermaßen stabilen Staat entwickelt. Das Ende von Rojava wird auch für die Kurden in der Türkei große Auswirkungen haben. Die PKK hatte zwar schon vor einem Jahr die Waffen gestreckt, aber der politische Prozess, in dem der zukünftige Status und die kulturellen Rechte der Kurden ausgehandelt wird, ist noch in vollem Gange.

Eine vom Parlament eingesetzte Kommission, in der alle wichtigen politischen Parteien einschließlich der kurdischen DEM vertreten sind, wird im Februar ihre Empfehlungen vorlegen. Dann wird sich zeigen, was die Kurden im „Friedensprozess“ erreichen können. Der jetzt in Syrien ausgehandelte Vertrag könnte da eine Orientierung bieten.



talkshow

Deutscher Humor zündet nicht

Schlechter Witz: Der deutsche Komiker Maxi Schafroth versucht am 28.1. 2026 in der Stadt Nuuk eine amerikanische Flagge zu hissen Foto: Ina Fassbender/afp

Der deutsche Extra-3-Satiriker Maximilian Schafroth wollte in Grönland eine US-Flagge hissen. Nicht witzig, fanden die Grönländer. Zu Recht

Aus Nuuk **Leon Holly**

Wenn ich als Deutscher ins Ausland reise, kommt es öfter vor, dass ich mich dort für meine Landsleute schäme. Auf meiner aktuellen Grönlandreise aber hat der Landsleutescham eine neue Stufe erreicht.

In der Hauptstadt Nuuk, wo ich derzeit weile, hat der Extra-3-Comedian Maximilian Schafroth am Mittwochnachmittag versucht, auf einem zentralen Platz eine US-Flagge an einem Fahnenmast hochzuziehen, bis er von Passanten daran gehindert wurde. Schafroth musste ein Bußgeld zahlen. Unter Grönländern sorgen Videos von dem gescheiterten Flaggenaufzug für Empörung in den sozialen Medien.

Ein *foreshadowing* dieser Heimscham habe ich noch vor dem Vorfall am frühen Mittwochnachmittag erlebt. Ich war gerade mit einigen Leuten im Stadtzentrum unterwegs, und eine Grönländerin aus Nuuk wollte gerade ansetzen, um uns etwas zu erzählen. In dem Moment gingen Schafroth und

sein NDR-Kamerateam auf eine Gruppe Kinder und junger Jugendlicher zu, um sie in lautem US-akzentuierten Englisch zu fragen, ob sie die USA nicht auch toll fänden. Wer das denn sei, fragte die Frau im Weitergehen. „Ich kenne den Mann nicht“, entgegnete ich wahrheitsgemäß (durchaus beschämt), „aber offenbar ist das ein deutscher Comedian, der einen Ami mimt.“

Die Menschen in Grönland finden also gerade raus, was viele Deutsche schon länger wussten: dass deutsche Satire nicht lustig ist. Und dass einige ihrer Vertreter wohl auch kein Gespür für den richtigen Witz zur richtigen Zeit am richtigen Ort haben. „Wenn du unsere Werte nicht respektierst, wieso bist du dann in Nuuk?!“, schrieb der Influencer Orla Joelsen in einem Post auf X, der über eine Million mal gesehen wurde. Schafroth hat sich mittlerweile bei den Grönländern entschuldigt. Er habe eingesehen, dass der Gag nicht funktioniert hat.

Das hätte ihm in der Tat auch vorher einfallen können. Ich selbst bin seit ein paar Tagen als Reporter in Nuuk unter-

wegs und wusste schon im Vorhinein, wie gestresst und verunsichert die Bevölkerung seit den Invasionsdrohungen aus Washington ist. Als in Nuuk am Samstagabend großflächig der Strom ausfiel, dachten viele im ersten Moment, die USA bombardierten jetzt doch das Land. Erst etwas später erfuhren sie, dass nur ein Sturmschaden nahe dem Wasserkraftwerk für den Blackout verantwortlich war.

Zudem schwärmen seit Wochen und Monaten Journalisten nach Grönland. Viele Bewohner, besonders in der 20.000-Einwohner-Hauptstadt, fühlen sich dadurch geradezu belagert – zumal ihnen oft immer wieder die gleichen Fragen gestellt werden. Um mit Menschen ins Gespräch zu kommen, muss man erst mal Vertrauen aufbauen. Gespräche mit Politikern oder Experten sind schwer zu bekommen angesichts der Aufmerksamkeit aus der ganzen Welt.

Die Bürgermeisterin der Gemeinde Sermersooq, die Nuuk einschließt, veröffentlichte am Donnerstag ein Statement auf Englisch, das sich an internati-

onale Journalisten richtet. „Sie müssen sich bewusst machen, welchen immensen Schaden Sie den Menschen hier beiläufig zufügen“, schrieb Avaaraq Olsen mit Blick auf die Satireaktion. Sie wies ferner darauf hin, dass man Kinder nicht ohne das Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten filmt, was eigentlich auch in Deutschland zu den absoluten Basics journalistischer Praxis gehört.

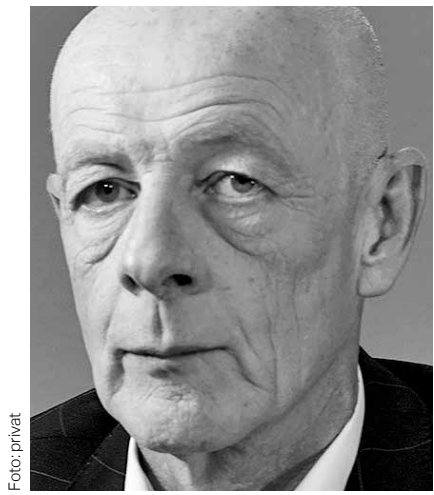
Trotz allem soll hier nicht der Eindruck entstehen, dass die Grönländer nur passive Opfer sind. Im Gegenteil haben sie in der Krise eine beeindruckende Renitenz und Widerstandskraft an den Tag gelegt, wobei eine ihrer Waffen gerade der Humor ist. In einem viralen Clip des dänischen Senders DR P3 nehmen sie dabei nicht nur Trump aufs Korn, sondern gleichzeitig auch sich selbst, und ihr schwieriges Verhältnis mit Dänemark nicht so ernst.

Selbst „der Ami in Grönland“ kann unter den aktuellen Umständen funktionieren, wenn man es denn richtig macht. So war der kanadische Comedian Mark Critch vor Kurzem in

Nuuk unterwegs, verkleidet als Donald Trump. Dieser Trump trifft auf seiner Reise verschiedene Menschen, die er von einem Deal überzeugen will – mit wenig Erfolg, versteht sich. Hier geht der Witz ganz klar auf Kosten des *bullys*. Zudem wussten Critchs Gesprächspartner vorab genau, worauf sie sich einließen.

Nachdem der Grönlandgag von Extra 3 also nicht gezogen hat, muss jetzt vielleicht ein anderer Dreh her. Vom Flughafen der Hauptstadt Nuuk kommt man recht fix in die USA, etwa nach New York. Von dort ist es auch nicht mehr so weit nach Minneapolis. Wie wäre es, wenn ein Comedian sich mal daran versuchen würde, dort vor dem Hauptquartier der Abschiebebehörde ICE die Grönlandflagge zu hissen. Obwohl, vielleicht lassen wir die Arktisinsel und ihre Bewohner mal aus dem Spiel und nehmen lieber die Pride- oder die Black-Lives-Matter-Flagge.

Das hätte sicherlich einen gewissen Unterhaltungswert. Es wäre allerdings nicht ganz so ungefährlich wie ein Witz auf Kosten der Grönländer.



wie geht es uns, herr küppersbusch?

Ein boomeriger Verriss von Nicki Minaj, Gestapo-Vergleiche in Minneapolis und Trumps Big Beautiful Armada auf dem Weg zu Iran

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht letzte Woche?

Friedrich Küppersbusch: Russland behauptet eine Waffenruhe in der Ukraine.

taz: Und was wird besser in dieser?

Küppersbusch: Waffenruhe findet statt.

taz: Hören Sie Hip-Hop? Wie fanden sie den Auftritt von Nicki Minaj und Trump?

Küppersbusch: Ihr seid ja lieb. Jetzt muss ich Boomer den ollen Springsteen hochleben lassen und die vergleichsweise junge Frau Minaj dissen. Geht aber nicht anders. Sie parfümierte mit ein paar anhimelnden Sätzen Trump bei einem Event rings um seine „Accounts“: Kinder bekommen zur Geburt ein kleines Aktiendepot. Das heißt völlig überraschend „Trump Account“. Zur Finanzierung wurden mit seinem „Big Beautiful Bill“ Gesundheitsprogramm, Sozialleistungen und staatliche Hungerhilfe gestrichen. Also ungefähr alles, wovon Minaj als fünfjährige illegale Einwanderin aus Trinidad hätte profitieren können. Sie sei vor der Armut geflohen, schrieb sie 2018 – damals gegen Trump. Das deutet an, warum für manche Trumpismus kein Bruch ist: Amerikas Kampf gegen Armut besteht daraus, reich zu werden.

taz: Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche erwartet für

dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent – und für das kommende Jahr sogar 1,3 Prozent. Stimmt Sie das optimistisch?

Küppersbusch: Wenn das gut bezahlt wird – gern. That's fucking Marktwirtschaft. Also – Reiche könnte das nämlich brauchen. Sie nörgelt am Erfolg ihrer eigenen Regierung herum, dass einem ganz schlimm FDP ums Herz wird: Alles Krise, und deshalb brauche es spätere Rente, weniger Teilzeit, weniger Sozialkram. Jetzt wird wieder in die Hände gespußt, etwa in die von Arbeitslosen und Bettlern. Kanzler Merz' Selbsthypnose, den signalhaften Aufschwung einfach auf Kreditraten zu kaufen, scheitert am Dusterdenk seiner eigenen Ministerin: Wenn die Wirtschaft läuft, liegt's an der Wirtschaft. Wenn nicht, sind die anderen schuld. Finde den Fehler. Gegen Aufpreis, klar.

taz: Die Lehrer:innen streiken für bessere Bezahlung, kommende Woche schließen sich vielerorts Beschäftigte im Nahverkehr an. Wie finden Sie es, dass wieder mehr gestreikt wird?

Küppersbusch: Logisch. Von 2020 bis 2024 sanken die Löhne und Gehälter real: Corona, Energiepreise, Inflation. Das kippte 2025, doch noch heute ist die Kaufkraft niedriger als 2019. Sorry für die vielen Zahlen, aber irgendjemand muss ja zahlen. Zurzeit tun es die Beschäftigten.



Foto: Jose Luis Magana/AP/Pha

taz: Die Streikenden solidarisieren sich nicht mit den Menschen im Iran, in Gaza, in der Ukraine oder bei den Anti-ICE-Protesten in den USA. Sollten sie dies Ihrer Meinung nach tun?

Küppersbusch: Wollen wir uns den Schuss „Generalstreik“ nicht warmhalten für den Tag, an dem die AfD Regierungsmacht bekommt?

taz: Der Bürgermeister von Minneapolis möchte, dass sich ICE-Mitarbeiter aus der Stadt entfernen. Wie sehen Sie das?

Küppersbusch: Treudeutsch. In den USA grassieren inzwischen Vergleiche zwischen ICE und der Gestapo. Mit der Binnenpointe, dass die Eltern des Grundgesetzes in Art. 30 GG die „staatlichen Befugnisse und Aufgaben (...) Sache der Länder“ sein ließen. Als Lehre aus dem reichsweiten Terror der „geheimen Staatspolizei“. Das streut das Risiko – schafft es jedoch nicht aus der Welt. In manchen Länderpolizeien gab's Nazi-Chatgruppen, üble Übergriffe passieren. Der Bundesländer liefern via „Palantir“ Daten in das marode US-System. Aber: Bei uns müssten die Länder eine Bundespolizei anfordern. Also andersherum als in den USA. Das kann uns einladen, gegenüber dem wuchernden Wachstum der „Bundespolizei“ wachsam zu bleiben. Mit 55.000 Mitarbeitenden ist sie inzwischen eine der größten „Sicherheitsbehörden“ in Deutsch-

land – nur halt in der Verfassung gar nicht vorgesehen. Klar, der Vergleich hinkt, aber deshalb sollte man ihm nicht in den Rücken schießen. Sollte man nie.

taz: Mittlerweile hören wir, dass das Regime im Iran für circa 30.000 Tote verantwortlich sein soll. Wie, glauben Sie, wird es im Iran weitergehen?

Küppersbusch: Der amerikanische Menschenrechtsaktivist Donald Trump raunt von einem weiteren „Deal“, bei dem es um das iranische Atomprogramm, ballistische Raketen und die „Proxys“ gehen soll, also vom Iran unterstützte Terrorgruppen in der Region. Auch gemäßigte US-Quellen billigen dem Präsidenten zu, mit militärischen Drohungen 800 geplante Hinrichtungen verhindert zu haben. Ansonsten wird gerätselt, was Trumps „massive armada“ um Iran bewegen könnte – für die Menschen im Land, für einen „regime change“. Womöglich rätseln die Amerikaner auch.

taz: Und was macht der RWE?

Küppersbusch: „Hasse Katte, krise noch zwei“ – zum Vereinsgeburtsfest gestern konnten Karteninhaber maximal noch zwei Fans gratis mit ins Stadion nehmen. Glückwunsch!

Fragen: Raweel Nasir

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und hört parteiloses RadioEins.

specht der woche

„Die Leute arbeiten bis tief in die Nacht am Flughafen“

Christian Specht, Jahrgang 1969, ist politisch engagiert und setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung in den Medien ein. Seit 2017 ist er der erste Mensch mit Beeinträchtigung im Vorstand der Lebenshilfe Berlin. Wenn er möchte, zeichnet er uns den „Specht der Woche“.

In dem Bild sieht man ein Flugzeug und ein Auto. Das Auto macht mit Flüssigkeit das Eis von den Tragflächen des Flugzeugs runter. Ich habe das in einer ARD-Doku gesehen und finde das spannend. Im Win-

ter kann es sein, dass die Flugzeuge nicht fliegen können, wegen dem Eis – und dann muss das Auto kommen.

Ich wusste nicht, dass es dieses Auto gibt. Die Leute arbeiten bis tief in die Nacht am Flughafen, das ist ganz schön lang. Ich bin noch nie geflogen und möchte das auch nicht, weil ich Angst davor habe. Ich stelle es mir nicht angenehm vor, wenn man abhebt und es oben wackelt.

In Berlin liegt gerade auch viel Eis auf den Straßen und es ist sehr glatt. Wenn ich zur taz gehe, muss ich sehr vorsichtig sein.



Illustration: Christian Specht



Philip Rhensius
Was macht mich

Der Blick hält alles auf Abstand

Mit der S-Bahn fahren und auf das Panorama Berlins schauen: Kurzurlaub für 4 €. Es gibt Tage, an denen ich das brauche, den Blick auf diese Stadt, die ich liebe und hasse. Der Blick hält alles auf Abstand. Die Probleme mei-

nes kleinen Lebens verschwinden hinter den großen Fassaden. Wie in den Filmen von Robert Altman, wo alles gleichzeitig stattfindet, ohne sich je zu berühren: Hauptsachen, Dialoge, Nebensachen.

Die S-Bahn hält am Ostkreuz. Die riesigen Gebäude stehen leer. Davor leben Obdachlose. Sie lungern herum ohne Plot, wie ein kühles Arrangement von Zeichen. Eine Stadt wie ein Körper ohne Organe. Je voller sie ist, desto leerer wird sie. So viel Platz für sliche Büros mit weißem Licht, so wenig für, keine Ahnung, öffentliche Wege direkt am Wasser. Vielleicht irritiert mich diese Leere, weil ich Nähe suche und zugleich vor ihr zurückschreke. Ich steige aus und lasse mich von der Rolltreppe nach unten leiten. Mein Körper kennt diese Bewegung: Überblick

gewinnen, da ist die Welt, da bin ich, nicht auffallen. Distanz als erlernte Haltung. Eingeebnet, wenn mich jemand um Geld bittet und ich nur sagen kann: Entschuldigung, leider nicht. Ich spüre das am ganzen Körper. Das private Nein als Rädchen einer Maschinerie der Zuständigkeitsverweigerung. Diese Kälte ist eine hierzulande gut gepflegte Tradition: Ordnung ist wichtiger als Nähe. Ihre Einhaltung wird besonders belohnt.

Letztens war ich in dieser neuen Bar. Es war früher Abend. Attraktive Queere in erlesenen Vintage-Stücken mustern mich. Cute Raubtiere mit kontrollierten Instinkten. Es macht mich zuerst nervös, dann entspannt es mich. Es ist nicht dieser Blick, mit dem ich die Stadt auf Abstand halte. Es ist ein Blick, der Nähe erlaubt. Er er-

löst mich vom Zwang, irgendwas darstellen zu müssen. Hier bin ich dieser Typ in der Ecke. Kommt auf das Sein nicht klar. Trinkt nicht mal Bier an der Bar. Vermisst Zärtlichkeit ohne Konditionen. Liebt Pathos für seine falschen Versprechen, kuschelt jedoch meisterlich. Diese Nähe kostet nichts.

Kürzlich habe ich die Dichterin Stella Nyanzi in Bern getroffen. Ich hatte sie zum Norient Festival eingeladen. Wir sitzen an einem großen Tisch beim Essen. Es ist eine flirrende Energie im Raum – eine lange Poetry Nacht steht uns bevor. Ich sitze neben Stella. Sie entschuldigt sich dafür, so langsam zu essen, wo wir doch gleich schon losmüssen. Sie lacht. Und erzählt. Von der Anreise per Zug aus Berlin, wo sie lebt. Und von achtzehn Monaten im Hochsicherheitsgefängnis in Uganda. We-

gen eines Gedichts gegen den Präsidenten. Wir sprechen krass beiläufig darüber. Es ist wie mein Blick auf das Panorama. Das Beiläufige hält auch irgendwie auf Distanz. Sprache schafft Nähe, ohne sich zu berühren.

Die Bar, die leeren Gebäude und Nyanzi. Drei Situationen nach demselben Muster. In der Bar kostet Nähe nichts. Vor den leeren Gebäuden findet sie nicht statt. Bei Stella hatten Worte Folgen. Die Dichter*in CA Conrad sagte mal: Immer, wenn man etwas nicht sagt, was man eigentlich sagen möchte, stirbt ein Teil in dir. Vielleicht spreche ich deshalb so gerne mit ChatGPT: Da stirbt nichts, wenn etwas nicht gesagt wird. Und die toten Wörter leben weiter – als Common Sense.



Die Regisseurin Agnès Varda bei der Premiere ihres Films „Le Bonheur“ (Das Glück) am 23. Februar 1965 in Paris Foto: Roger Violet/ullstein bild

Auf ihren Mut bildete sie sich nichts ein

Die Filmkritikerin Carrie Rickey porträtiert in ihrer Biografie „Agnès Varda“ die Independent-Filmmacherin als innovative Künstlerin und Feministin

Von Marielle Kreienborg

Die französische Filmmacherin Agnès Varda lebte, wie ihre geliebten Katzen, mehrere Künstlerinnenleben in einem: Sie war Fotografin, Wegbereiterin der *Nouvelle Vague*, Dokumentarfilmerin mit Haut und Haar und Installationskünstlerin. In der Biografie „Agnès Varda. Filmmacherin. Künstlerin. Feministin“ spürt die amerikanische Filmkritikerin Carrie Rickey dem experimentierfreudigen Werdegang Vardas nach: Wer war diese *bricoleuse* im Sinne des französischen Ethnologen Claude Lévi-Strauss, die herumtütelte, improvisierte, wiederverwertete und stets neue Formen für ihre Kunst gefunden hat?

Auf rund dreihundert Seiten sucht diese Varda-Biografie, zugleich die erste auf Deutsch erschienene, nach Antworten. Einem breiteren und jüngeren Publikum, schreibt Rickey in ihrer Einleitung, sei die Regisseurin von „Mittwoch zwischen 5 und 7“ und „Das Glück“ vor allem in den letzten Jahren ihres insgesamt 65-jährigen Filmschaffensprozesses bekannt geworden.

Die Wiederentdeckungen ihrer Dokumentarfilme wie „Die Sammler und die Sammlerin“ im Rahmen von „Masterclasses“ und „TED-Talks“ hätten dazu ebenso beigetragen wie Vardas letzte Zusammenarbeit mit dem rund fünfundsünfzig Jahre jüngeren französischen Fotokünstler JR in „Augenblicke – Gesichter einer Reise“.

Auf Varda, schreibt Rickey, hätten sich am Ende ihres Lebens alle einigen können: Feministinnen hätten ihre komplexen Frauenfiguren geschätzt (Mona in „Vogelfrei“) und für die Generation ihrer Tochter sei Varda „die skurrile Oma mit ihren Dokumentarfilmen“ und dem eigenwilligen, zweifarbigen Pagenschnitt gewesen.

Doch die Vielgestaltigkeit des Werkes der vielleicht ersten wahrhaftigen Independent-Filmmacherin – insge-

samt 44 Lang- und Kurzfilme – würden selbst Varda-Fans häufig verkennen. Ebenso wie Vardas künstlerische Anfänge als gerade mal zwanzigjährige Theaterfotografin an Jean Vilars berühmtem Pariser „Théâtre National Populaire“.

Dabei hätte gerade jener Blick der dem Zufall vertrauenden Porträtfotografin ihre anschließenden filmischen Arbeiten so einzigartig gemacht, wie Rickey in ihrer dreigeteilten Biografie chronologisch wie anekdotisch einsichtsvoll aufzeigt. Jeder Teil widmet sich einer der drei Künstlerinnen-Karrieren der Agnès Varda: Fotografin, Filmmacherin und schließlich Installationskünstlerin.

Das Buch begleitet die 1928 im Brüsseler Stadtteil Ixelles geborene Arlette Varda mit ihrer Familie zunächst in die französische Hafenstadt Sète, wo sie vor den Folgen des Zweiten Weltkriegs Zuflucht suchten, und von dort weiter nach Paris, wo aus Arlette, unterstützt von einer künstlerischen Wahlfamilie, allmählich die sich selbst ermächtigende Agnès erwächst.

Zum Zeitpunkt ihres ersten Films „La Pointe Courte“ war Varda 26 Jahre alt und hatte, wie Rickey zitiert, „in ihrem Leben keine zehn Filme gesehen“. Dennoch war sie François Truffauts Regiedebüt „Sie küsst und sie schlügen ihn“ und dem damit gemeinhin assoziierten Beginn der „Nouvelle Vague“ fünf Jahre voraus.

Wie Rickey anschaulich verdeutlicht, lag das im Wesentlichen an Vardas neugierigem, undogmatischen Zugang zum Filmen. Denn während sich die Jungs der französischen Filmzeitschrift *Cahiers du cinéma*, zu denen neben Truffaut und Godard auch Rohmer, Chabrol und Rivette zählten, noch hauptsächlich in theoretischen Überlegungen ergingen, verfolgte Varda eine Einfach-mal-machen-Haltung: Sie gründete mit „Ciné Tamaris“ ihre eigene Produktionsgesellschaft und schaffte es, Alain Resnais für die Montage des Films zu gewinnen – ge-

gen ein kostenfreies Mittagessen. Nur fünf Jahre später würde er als Regisseur von „Hiroshima, mon amour“ weltweit Erfolg einheimen.

Es sind Anekdoten wie diese, durch die Rickeys Buch zu einem spannenden, umspannenden Einblick in die französische, aber auch in die feministische, aus der finanziellen Not eine experimentelle Tugend machende Independent-Filmgeschichte wird. Denn Vardas erster Spielfilm sei nachfolgend immer wieder als „Film von Resnais“ bezeichnet worden, konstatiert Rickey, und Varda als „Großmutter der *Nouvelle Vague*“, obwohl sie mit Anfang dreißig kaum älter war als die populärsten Vertreter der Bewegung.

Mal um Mal gelang ihr der schwierige Spagat, Menschen – oft am Rand der Gesellschaft – nahezukommen

Rickey entfaltet, wie Varda, auch nach Publikumserfolgen wie „Vogelfrei“ und „Mittwochs von 5 bis 7“ ihre gesamte Filmkarriere über immer wieder nach Finanzierungen für ihre Filme suchen musste. Dieser langwierige, oft schwierige Prozess war mit ein Grund dafür, dass Varda sich vermehrt Dokumentarfilmen zuwandte – jedoch stets mit einem ganz eigenen Blickwinkel und Tonfall.

Ob in Auftragswerken für die französische Tourismusbranche wie „Oh Zeiten, oh Schlösser“ über die Schlösser im Loiretal oder eigenen, mit kleinem Budget realisierbaren Ideen rund um ihre Wohnorte Paris („L'opéra

Mouffe“) und später auch Los Angeles („Mauerbilder“) – Varda brach mit dem traditionell rein sachlich und nüchtern inszenierten Dokumentarfilmgenre.

Gemäß ihrer Idee der *cinécriture* – eines filmischen Schreibens kraft einer neuen Bildsprache – entwickelte sie bewusst subjektive Autorinnen-Dokus, die durch originelle Bildkompositionen und persönliche, oft ironische Kommentare ihre Handschrift trugen. So beginnt „Oh Zeiten, oh Schlösser“ mit einer Filmsequenz der Hände der Schlossgärtner, und „Die Sammler und die Sammlerin“ setzt Vardas eigene Vergänglichkeit mittels Filmaufnahmen ihrer faltigen altersfleckigen Hände zu ausgemusterten und nun verwelkenden Kartoffelherzen in Bezug.

Ihr wohl schönster Dokumentarfilm, „Daguerreotypen – Leute aus meiner Straße“ erzählt von den Läden lokaler Kleinhändler-Ehepaare in ihrer Straße, der Rue Daguerre in Montparnasse. Dabei stand Varda, wie Rickey in ihren Schilderungen der filmischen Entstehungsgeschichten herausstellt, immer auf der Seite der Menschen, die sie filmte: Sie wolle eine Freundin der Menschen, die sie filme, sein, erklärte Varda ihren Standpunkt in einem Interview über das Drehen von Dokumentationen einmal, keine Spionin.

Mal um Mal gelang ihr der schwierige Spagat, Menschen – oft in Außen-seiterrollen, am Rand der Gesellschaft – nahezukommen, ohne die eigene privilegierte Sprecherinnenposition auszuklammern. Wohl auch deshalb hat Varda nie mit dem Drehen von Dokumentarfilmen aufgehört, sobald sie mit ihren Spielfilmen Erfolge erzielte – anders als etwa Alain Resnais, aber auch Vardas eigener Ehemann Jacques Demy.

Für Varda waren Dokumentationen „Lehrstücke in Sachen Genügsamkeit“. Eine Genügsamkeit, die sie in allen Fragen des Lebens an den Tag legte und die ihr ermöglicht hat, sechs Jahr-

zehnte lang auch in Zeiten fehlender finanzieller Unterstützung schöpferisch tätig zu bleiben. Um etwa ihren Dokumentarfilm „Die Sammler und die Sammlerin“ zu verwirklichen, griff sie zu der damals neu aufgekommenen kompakten Digitalkamera P200. Dadurch konnte sie persönlicher und allein filmen, statt auf kostspielige Kameraausrüstungen mit Ton- und Technikteams angewiesen zu sein.

Und mit fünfundsiebzig, mit einer Augenkrankheit und in einem Alter, in dem wochenlanges Drehen immer beschwerlicher wurde, erfand sie sich als Installationskünstlerin im Kartoffelkostüm auf der Biennale von Venedig im Jahr 2003 mit „Patatutopia“ selbstironisch noch einmal neu.

Ihrer Liebe zu Dokumentationen, die Menschen und Communities in all ihrer liebenswürdigen Verschrobenheit zeigen, blieb Varda jedoch bis zuletzt treu. Noch mit 89 Jahren reiste sie mit JR in einem einzigartigen Fotomobil durch französische Dörfer, um die ganz normalen Menschen ihres Landes – einen Postboten, einen Fabrikarbeiter, eine Ziegenkäseherstellerin, einen Glöckner, eine Kellnerin und die letzte Bewohnerin eines Straßenzugs im ehemaligen Bergbaugebiet Bruay-la-Buissière – mitsamt ihrer Geschichten kennenzulernen und sie in lebensgroßen Porträts, die für gewöhnlich Stars und Schönheiten vorbehalten bleiben, auf Häuserfassaden, Zügen oder Schiffscontainern zu verewigen.

Dieses Bemühen, gewöhnliche „Menschen größer zu machen“, zeichnete Agnès Varda aus: als Fotografin, Filmmacherin, Installationskünstlerin, Mutter, Freundin, Ehefrau, Aktivistin, Chefin oder Vorbild für nachfolgende Filmmacherinnen wie Chantal Akerman oder Agnieszka Holland.

Carrie Rickey: „Agnès Varda. Filmmacherin, Künstlerin, Feministin“. Aus dem Englischen von Bert Rebhandl. Henschel Verlag, Leipzig 2025. 312 Seiten, 28 Euro



Agnès Varda und der Streetart-Künstler JR in dem Film „Visages Villages“ („Augenblicke: Gesichter einer Reise“) aus dem Jahr 2017 Foto: Capitol Pictures/imagio

szene
Echt jetze?

Kreuzberg 36, irgendwann Ende der 1990er. Ich stehe vorm „Search & Destroy“ am Heinrichplatz, der jetzt Rio-Reiser-Platz heißt, und rauche eine Zigarette. Prince Denmark, die Blauen. Nicht wirklich Pause, aber es ist nichts los, und so stehe ich auf den Stufen vor dem Laden und vertreibe mir die Zeit rauchend und warte auf Kundschaft. Heute ist wieder einer dieser Tage, an denen bisher kaum etwas verkauft wurde, aber man weiß ja nie.

Es ist Sommer, hier und da flanieren ein paar Leute über den Platz. An der Ampel steht der 129er-Doppeldeckerbus und wartet auf Grün.

Am Achteck-Imbiss ist – wie eigentlich immer – eine wirklich lange Schlange. Die Leute stehen nach Sandwiches an. Ich überlege, ob ich jetzt auch Hunger habe. Aber dann müsste ich kurz den Laden zumachen, und, wenn aber genau dann jemand etwas kaufen will? Hm, ich entscheide mich erst einmal gegen das aufkommende Hungergefühl und verzögere stattdessen meine Zigarette noch ein bisschen.

Kurz darauf kommen zwei, ich würde sagen, recht speziell sommerlich gekleidete Damen um die Ecke in meine Richtung. Beide in kurzen, laut-bunten Kleidern. Schminke, auffällig viel. Aufgebrezelt, so um die Ende Vierzig. Sie unterhalten sich, während sie an mir vorbeigehen. Sagt die eine so zur anderen: „Ick hab da so’n neuet Shampoo entdeckt, is super und auch voll jesund für die Haare!“. Die andere so: „Echt jetze?“ „Ja voll – auch so mit ethische Öle!“.

Meine Zigarette ist bald aufgeraucht. Ich grinse nun breit vor mich hin, schaue den Zweien etwas verwirrt-belustigt hinterher und beschließe, mir jetzt vielleicht doch ein Mozzarella-Sandwich vom Achteck zu holen.

Christian Rothenhagen

Damit dieser Mensch nicht allein ist mit den Teufeln

Wo Lyrik zum Pflegefall gerät: Martina Hefters Gedichtband „Es könnte auch schön werden“ erscheint in neuer Schriftgröße

Von Konstantin Ames

Die Aussprache im Berliner Abgeordnetenhaus Mitte Januar zum absichtlich herbeigeführten Stromausfall führte immer wieder zum ikonischen Bild einer beinahe Hundertjährigen, die in einer Turnhalle einquartiert wurde, Subtext: So gehen politisch Verantwortliche mit alten und schwachen Menschen um! Inmitten dieses Diskurses um soziale Kälte gegenüber Pflegebedürftigen erscheint „Es könnte auch schön werden“, ein Lyrikband der Leipziger Schriftstellerin Martina Hefter, der sich selbst zugute hält, „Sprechtexte“ zu präsentieren.

Mit dem Titelzusatz könnte ein Missverständnis aufkommen: Hefters „Sprechtexte“ atmen nicht die Tradition der Phonetischen Poesie von Franz Mon bis Michael Lentz, eher findet man Anknüpfungen ans Black Mountain College um Charles Olson, wo Verslängen schon mit individuellen Dispositionen wie der jeweiligen Atemleistung in Verbindung gebracht wurden. Wer es braucht. Lyrik zielt indes immer auf die Ausführung (Lesung/Performance) ab, egal ob sie hochtönend oder an Alltagssprache ausgerichtet ist; Ausnahme: visuelle Poesie.

Ein Alleinstellungsmerkmal wäre dann noch Hefters körperliches Agieren während des Gedichtsprechens. Aber auch das ist nicht neu; es wird seit den 2000er Jahren auf allerlei Off-Bühnen dargeboten. Stellvertretend für dieses Multiversum sei der Sieger Dichter und Museumstänzer Crauss genannt.

Formal bietet „Es könnte auch schön werden“ eine vitale Bricolage; inhaltlich eine virtuoso

komponierte Rhapsodie, wie es sie in der Gegenwartslyrik nicht leicht zweimal gibt. Schon die private Dämonologie Hefters mitsamt ihrer „Skizze zu den Teufeln“ gehört wohl für einige schon zum Hausschatz deutscher Gedichte: „Der vierte Teufel gilt als Repräsentant für/Musik und Tanz. Er hält in der linken Hand/ eine lange dürre Peitsche, mit Katzensgold (...) weckt (...) die zu früh zu Bett Gegangenen, indem er rasend schnell die/ Peitsche durch eine Falte seitlich am Körper/ rat-schen lässt, was ein sizzelndes Witschen/ erzeugt“.

Wie wenig formale Innovation letztlich noch zur Bewertung von Literatur benötigt wird, demonstriert die Konjunktur autofiktionaler Literatur, als deren Protagonistin Martina Hefter zuletzt mit dem Deutschen Buchpreis bedacht wurde. Das vorliegende Werk,

Manisch wechselnde Tonlage wie rhetorische Registerfülle Martina Hefters sind und bleiben beeindruckend

in Erstausgabe bereits 2018 erschienen, ist das Präludium zu diesem Erfolgslauf, nur eben in einem weniger marktgängigen Segment als der Prosa. Es hilft wenig zu monieren, das Setzen von Realitätseffekten – Markennamen, Lokalkolorit etc. – wie auch das Inszenieren von Mündlichkeit seien lediglich Wiedergänger der Alltagslyrik



Existenzielle Wucht: die Dichterin Martina Hefter
Foto: Maximilian Gödecke

der Siebziger, der neuen Subjektivität der Achtziger, des Social Beat der Neunziger. Man ginge sonst diesem exemplarischen Stilspiel arg humorlos auf den Leim, dem das ernsthafte Ansinnen nie aus dem Blick gerät: „Ich, Martina Hefter, werd den Teufel tun und meiner/ Schwer-mutter hier Sätze in den Mund legen, die sie nie/ sagen würde, also ich meine, poetische Sätze (...) die zusammenfassen, wie das sein könnte, wenn man da/ immer so liegt und davon abhängig ist, ob eine andere/ Person die Gnade hat, nach einem Pfleger zu rufen/ Mir dämmerts langsam, dass ihr das alles/ lebensnah miterleben sollt“.

Das quälende Selbstbeobachten dieses Schreibens findet seine bündige Summe in einem Epigramm mit dem Titel „Essay“: „Und das ist auch schon wieder in einer Haltung formuliert,/ die zu meinem Fächer aus Haltungen gehört“. Die versifizierte Moralschrift über den Zwi-st einer Schwiegertochter, die Carearbeit übernehmen muss („auf seine Weise ungerecht/ wenn ich das alles allein stemmen muss“) und ihrer dementen Schwiegermutter, die zur „Schwer-mutter“ stilisiert wird, mahnt daran, dass Poesie noch etwas ganz anderes sein kann als operationalisierte Naturschau.

Manisch wechselnde Tonlage wie rhetorische Registerfülle Martina Hefters sind und bleiben beeindruckend. Auch wenn es von Nora Bossong bis Slatan Roschal eine vergleichbar dringliche Anliegenlyrik gibt, einem Mix aus Privatissimi mit Gesellschaftskritik, bleibt Hefter unerreicht drastisch-empathisch: „wer bezahlt mir das eigentlich alles/ ich meine das ernst es ist nicht zynisch gemeint/ ich tu hier Dienst an der Gesellschaft/ einen alten Menschen besuch ich dreimal die Woche/ damit dieser Mensch nicht allein ist/ mit den Teufeln“.

Eine Neuauflage dieses Lyrikbands, bereits vor acht Jahren im renommierten Berliner Label Kookbooks nahezu baugleich publiziert, wäre unproblematisch, müsste man die vorliegende Ausgabe nicht als Verschlechterung ansehen: Die Schriftgröße zerstückelt das Schriftbild, zerstört metrische Zusammenhänge, hemmt den Lesefluss. Das kunstvoll zerfledderte titelgebende Langgedicht wirkt in der Wiederauflage von Klett-Cotta aufs Niveau einer Partitur degradiert. Versäumt wurde die Gelegenheit, einzelne Videosequenzen der tänzerisch-rezitatorischen Darbietung, auf die Nebentexte in teils drolliger Strenge und teils grüblerisch

verweisen, ins Buch zu verlinken. Die Wiederauflage erman-gelt der Sinnigkeit.

Auch eine philologische Einordnung, anstelle „eines von mehreren möglichen Nachworten“ (der Autorin), hätte die Zugänglichkeit sicher noch einmal deutlich erleichtert: Es ist schließlich ein Grundanliegen des Werks, Menschen auf die existenzielle Wucht eines familiären Pflegefalls vorzubereiten.

In der vorliegenden Edition gerät „Es könnte auch schön werden“ nolens volens zu einem traurigen Lehrstück über die ins Groteske gekippte Reputierlichkeit innerhalb einer bald völlig irrelevanten Königsdisziplin. Wenn angesehene Publikumsverlage im Segment Lyrik nur noch auf prominente Namen in zigster Wiederauflage setzen und zusehends auf die Vermittlung frischer poetischer Konzepte verzichten, wird poetische Sprachkunst verkümmern zu einem Déjà-vu des wirklich allerneusten Sprechlooks; Lyrik wird darüber selbst zum Pflegefall.

Martina Hefter: „Es könnte auch schön werden. Gedichte/ Sprechtexte“. Klett-Cotta, Stuttgart 2026, 122 Seiten, 22 Euro

Anzeige

TAZ THE RICH

Wenn sich immer mehr Macht in den Händen von Superreichen konzentriert, braucht es diejenigen, die ihnen auf die Finger schauen. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

10x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

taz.de/abo



Es läuft nicht mehr zwischen Paul und Claudia. Fabian Hinrichs spielt sie beide
Foto: Apollonia Theresa Bitzan

Irgendwas fehlt

Sein neues Solo hat Fabian Hinrichs mit seiner Frau Anne Hinrichs konzipiert. Es schließt an die Stücke an, die Hinrichs mit Pollesch auf die Bühne gebracht hat

Von **Beate Scheder**

Einmal spricht Fabian Hinrichs ihn direkt an. Von Relativitätstheorie war in seinem atemlosen Vortrag da gerade die Rede. Ganz egal, was Einstein gesagt habe, konstatiert Hinrichs, *er* werde nicht wiederkommen. Wer mit diesem Er gemeint ist, ist auf einem der Plakate zu sehen, mit denen eine Häuserwand des Bühnenbilds tapeziert ist: der Regisseur René Pollesch. Er ist stummer Zeuge dessen, was auf der Bühne vor sich geht. Und irgendwie verweist auch alles dort auf ihn.

Der Schauspieler Fabian Hinrichs sagt seinen Satz in der Rolle des „Paul“ in dem Stück „Irgendetwas ist passiert“, mehr noch aber als er selbst. Keine zwei Jahre ist es her, am 11. Februar 2024 feierte Hinrichs am selben Ort, auf der Großen Bühne der Berliner Volksbühne, mit Pollesch zusammen Premiere. „Ja nichts ist ok“ sollte die letzte einer ganzen Reihe furios gefeierter Pollesch-Hinrichs-Produktionen werden. Zwei Wochen später starb der Berliner Regisseur, Dramatiker, Intendant unerwartet.

Jetzt steht Hinrichs da wieder, allein vor dem Publikum, muss es nun ohne Pollesch hinkriegen. Andere Unterstützung hat er sich geholt, wieder eine Person, die ihm auch persönlich nahesteht. Geschrieben, konzipiert und inszeniert hat er sein neues Solo zusam-

men mit seiner Frau, der Psychotherapeutin Anne Hinrichs.

Auf den ersten Blick könnte man „Irgendetwas ist passiert“ dennoch für einen Pollesch-Abend halten. Ein Titel wie ausgeborgt aus dem Gefasel, das man so von sich gibt. Ein neurotischer Großstädter in der Hauptrolle, der mit sich selbst, seinem Umfeld und seinen Ansprüchen hadert und all das in Worte packt, in denen man sich finden kann, die das ganze Drama des modernen Menschen, wie er so vor sich hin vegetiert, konsumiert, sein Weltbild konstruiert und seine Scheuklappen vor all dem ausklappt, was ihm sein schönes Leben verderben könnte, aber immer auf die Spitze treiben. Vor allem der unnachahmliche Fabian-Hinrichs-Sound bewirkt, dass man gar nicht anders kann, als an die Vorgängerstücke zu denken, an „Kill your darlings“ etwa, an „Glauben an die Möglichkeit der völligen Erneuerung der Welt“ im Friedrichstadtpalast, an „Geht es dir gut?“ oder alle anderen.

Sogar das grandiose Bühnenbild von Nina von Mechow scheint an Pollesch anzuschließen. Bei „Ja nichts ist okay“ stand noch ein Bungalow auf der Drehbühne, Nina von Mechow hat für das neue Stück ein schlichtes Giebelhaus mit Garage darauf gestellt, das man bei Bedarf aus den Angeln heben kann.

„Irgendetwas ist passiert“ erzählt die Geschichte von „Paul“ und „Claudia“. Hinrichs spielt beide Parts, springt hin und her, lässt seinen Paul o-beinig herumstaksen, seine Claudia gestenreich diskutieren. Er meistert das mit Bravour, wie immer, beim Schlussapplaus bekommt er Standing Ovations.

Paul und Claudia haben sich am 28. März 2011 kennengelernt, so erfährt man es im Laufe des Stücks, in einer Hinterhauswohnung in Berlin-Wedding, wo sie sich, Rücken an Rücken sitzend, zufällig berührten und wie vom Blitz getroffen fühlten. So blau wie das Meer bei Cuxhaven kamen Paul damals Claudias Augen vor.

Graue Beziehungsvorzeit, rosarote Anfangsphase. In der Zwischenzeit sind sie zusammengezogen. Sie kochen gemeinsam oder schmieren sich Käsebrote, gehen joggen, massieren sich vorm Fernseher. An guten Tagen zumindest, aber die sind rar geworden. Es läuft nicht mehr.

Die Grundstimmung ist aggressiv, die beiden giften sich an, Claudia verlangt ein eigenes Zimmer, Paul droht mit Suizid. Sie kriegen sich wegen Banalitäten in die Haare, streiten über Hausschlüssel, Küchenmöbel, Salatzutaten, ringen miteinander, aber auch mit der Welt. Oder die Welt mit ihnen?

Denn diese Welt mit ihren Schreckensmeldungen platzt von Anfang an in die Idylle. Als sie sich kennenlernten, eigneten sich gerade die Störfälle von Fukushima. Die aufregenden Länder, in denen sie einmal Urlaub machten, sind mittlerweile Krisenherde.

Pollesch war ein Meister darin, die Abgründe unseres Daseins in hinter sinnige Pointen zu verpacken. Bei „Irgendetwas ist passiert“ kommt die Kritik an der Wohlstandsgesellschaft nicht durch die Hintertür, sie ist direkt vor dem Haus platziert, in Form eines Werbedisplays, auf dem Clips von Luxusmarken laufen: Make-up, T-Shirts, Sonnenbrillen, Uhren, Turnschuhe.

Und die Moralkeule schwingt unerbittlich. Kurz nachdem Paul und Claudia darüber zanken, wer wie viel Burrata haben soll, hört man Maschinengewehrsalven aus dem Off. Später werden Bilder der Zerstörung von internationalen Kriegsschauplätzen über die Szenerie projiziert. Sie überschatten alles, bis Claudia fragend unterbricht: „Haben wir noch Paprika, Paul?“

Nicht nur irgendetwas, sondern ziemlich viel ist passiert. Irgendetwas fehlt dabei aber, ein bisschen Leichtfüßigkeit in der Art und Weise, wie der Spiegel vorgehalten wird. Jemand fehlt. Nicht irgendwer.

Nicht der Erste, nicht der Letzte

Knallharte Bestandsanalyse: Noam Brusilovsky geht am Deutschen Theater mit Humor dem Phänomen des eingebildeten Jüdischseins nach

Von **Katja Kollmann**

„Ob mit Gas oder mit liebender Umarmung – die Kartoffeln wollen dich im Endeffekt nur erstickten.“ Moritz Kienemann knallt dem Publikum im engen Zeitintervall schwer verdauliche Sentenzen aufs Tablett. In einem furiosen Solo spielt er einen Ich-Erzähler, der sich als jüdisch verortet und aus dieser Perspektive der deutschen Mehrheitsgesellschaft die Leviten liest. Und sich gleichzeitig mit jedem Satz, der seine eigene Familiengeschichte betrifft, immer mehr demaskiert bis zum Grande Finale, als herauskommt, dass seine jüdische Identität reine Behauptung war.

Noam Brusilovsky baut in seinem Text direkte Verweise auf den Fall des Journalisten Fabian Wolff ein, der für sich beanspruchte, aus dezidiert jüdischer Perspektive zu berichten und so unter anderem beim *Spiegel* und bei *Zeit online* reüssierte. Bis Recherchen ans Licht brachten, dass er seinen jüdischen Background einfach erfunden hatte. Wolff ist nicht der erste, nicht der einzige und wird wahrscheinlich auch nicht der letzte sein, der sich über diese Schiene einen Wettbewerbsvorteil verschaffen will. Längst gibt es dafür in der Psychologie eine Schublade: das Wilkomirski-Syndrom, benannt nach einem der ersten aufgedeckten Fälle. Und den Terminus Fake Jews.

Brusilovsky nennt seinen Abend in der Box des Deutschen Theaters Berlin genau so. Er unterfüttert seinen eigenen Text mit eingespielten Audio-Interviews, die dieses Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Und Bezug nehmen auf konkrete Personen wie die Bloggerin Marie Sophie Hingst, die sich 2019 das Leben nahm, nachdem bekannt wurde, dass sie ihre Opfer-Biografie gefälscht hatte.

Diese Einspieler sind informative Ruheinseln in einem rasanten Spiel, in dem Moritz Kienemann neben dem Fake Jew auch noch dessen Freund Daniel verkörpert, der sich als nicht-jüdischer Schauspieler auf das „Rollenfach Jude“ eingeschossen hat. Brusilovskys Text ist gnadenlos in alle Richtungen. Als Regisseur lässt er Kienemann die Box mit süffisanter Ironie und Lust an der Situationskomik fluten. Kienemann schmeißt sich in die kabarettartigen Szenen, wechselt wie ein Gummiball zwischen Ich-Figur und Daniel und stürzt sich mit seinen Tiranen gerne auf das Publikum.

Es ist die Messerspitze Humor in Text, Regie und Spiel, die diesen Abend schweben lässt trotz knallharter Bestandsanalyse. Punktgenau runtergebrochen in ein Bild von einem Besuch auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee. Wie Kienemanns Daniel sich dort an Brandts Kniefall versucht, ist zum Schießen und entlarvt gleichzeitig eine ganze „Gedenkkultur“.

Die bissige Gesellschaftsanalyse in Bezug auf das deutsch-jüdische Verhältnis haftet sich unabhängig von der Dekonstruktion der Fake-Identität fest. Kienemanns Fake Jew liegt am Schluss im Retrosessel, als hätte er sich das Leben genommen. Der Plattenspieler in der Ecke rotiert und leise ertönt „Mütterlein“ von Georg Kreisler: „Es war dein stiller Brauch, was benötigt wird zu stehlen – was nicht benötigt wird, auch.“

Und die kurze Szene kommt wieder vors innere Auge, in der Kienemanns Ich-Erzähler die eigene Mutter so weit manipuliert, dass sie jüdische Vorfahren imaginiert. Obwohl Kienemann diesem ungleichen Dialog mit zwei Standmikrofonen Geschwindigkeit gibt, ist genug Zeit da, um die Verlorenheit der Ich-Figur und seine Suche nach Identität zu erahnen. Der Marginalisierte kann sich durch die Zugehörigkeit zum Judentum aufwerten – nach innen und nach außen. Und er ist fassungslos, als ihm das genommen wird: „Alle schreiben über mich auf Twitter. Ich sei ein Hochstapler. Sie nennen mich Kostümjude. Fake Jew. Dann verstehe ich auf einmal – ich bin ein fucking Goj. Ich werde kein Wort mehr schreiben können.“

Im Programmheft beschreibt Noam Brusilovsky, dass er sich als Israeli während seines Studiums an der HfS Ernst Busch fühlte wie ein „Affe in der Hochburg des Regietheaters, der ständig daran scheitert, seine Kommilitonen zu imitieren.“ Dass er in guter Gesellschaft ist, fand er bald heraus: Maximilian Goldmann, der sich in Max Reinhardt umbenannte, lässt grüßen und Alexander Granach auch. Anpassungsprozesse interessieren ihn nach beiden Seiten. Oskar Panizzas Grotteske „Der operierte Jud“ aus dem Jahr 1893 hat er schon inszeniert. Salomo Friedlaenders satirische Replik „Der operierte Goj“ aus dem Jahr 1922 wäre ein weiterer Anknüpfungspunkt.

unterm strich

Postumer Grammy für Musiker Fela Kuti

Dass ein Musiker einen Musikstil begründet, sollte genügen, um ihm einen Platz in der Musikgeschichte zu sichern. Wenn er darüber hinaus Musiker in aller Welt beeinflusste, ist das ein weiterer Grund, ihn gebührend zu würdigen. Auf den nigerianischen Musiker Fela Kuti trifft beides zu. Fela Kuti entwickelte in den frühen siebziger Jahren aus Highlife, Jazz und Funk den Afrobeat. Dessen filigran polyphoner Groove wird mit teils markanten Akzenten elektrisiert.

Gemeinsam mit seiner Band Nigeria 70, die er später in panafrikanischer Mission in Afrika 70 umbenannte, schuf er ein immenses Werk von über 50 Alben, darunter Afrobeat-Klassiker wie „Afrodisiac“ (1973), „Gentleman“ (1973) und „Zombie (1976)“.

Für sein Schaffen und seinen bleibenden Einfluss erhielt Kuti postum am Sonnabend in Los Angeles den Grammy für sein Lebenswerk, bei einer Zeremonie am Vorabend der eigentlichen Grammy-Gala. Fela Kuti ist damit der erste afrikanische Musiker, dem diese Auszeichnung verliehen wurde.

Zu den frühen internationalen Fans Kutis gehörte der britische Musiker und Produzent Brian Eno. Als dieser in den siebziger Jahren zum ersten Mal die Platte „Afrodisiac“ hörte, stand für ihn fest, dass dies „die Zukunft der Musik“ sei. Was sich bald darauf im Sound von Enos eigener Musik oder von ihm produzierter Bands wie den Talking Heads niederschlug.

Der von Fela Kuti geschaffene Afrobeat bildet auch die Vorlage für die heute in Nigeria dominierenden Afrobeats, die afrikanische Rhythmen mit elektronischem Pop kombinieren. „Aber wir möchten auch denen, die diese Anerkennung aussprechen, eine Botschaft senden: Bitte (...) warten Sie nicht, bis die Menschen gestorben sind.“

Tim Caspar Boehme



press-schlag

Träumen Bundesligaspieler von warmen Hallen?

Der 20. Spieltag der Fußball-Bundesliga der Männer begann eher schleppend. Kein Wunder bei der Kälte. Oder plagen gar düstere Gedanken die Spieler?

Neben Nervosität herrschte an diesem Spieltag vor allem Wetter. Das ist wenig überraschend, denn der Winter besteht im Kern aus Unseligkeit. Dass dazu auch Kälte, Schnee und Eis gehören, hatte man allerdings in den letzten Jahren weitgehend vergessen. Und so ist zu vermuten, dass auch die Bundesligaspieler die Bilder von hilflos auf Bürgersteigen dahinschlitternden Menschen sowie überlasteten Notaufnahmen in den Nachrichten gesehen hatten und entsprechend beschlossen, auf gar keinen Fall zu denjenigen gehören zu wollen, für die der Tag mit geschienten, vergipsten oder womöglich gar zusammengeknallten Knochen enden würde.

Das war an sich keine schlechte Idee, blöderweise kam an diesem Samstag mutmaßlich auch noch der Vorsatz dazu, keinen vielleicht am Ende den Abstieg oder das Verpassen der internationalen Wettbewerbe bewirkenden Fehler zu machen – was 14 Spieltage vor Saisonende ein wenig irrational anmutet, andererseits hatte sich in den ersten Januar-Wochen schon eindrücklich gezeigt, dass dieses 2026 das Zeug dazu hat, das Jahr zu werden, in dem wirklich jeder Irrsinnsgedanke umgesetzt werden könnte. Sicherheitshalber nur ein bisschen den Ball hin und her zu schieben und sich dabei düsteren Gedanken über die Zukunft der Menschheit oder des

eigenen Vereins hinzugeben, schien der passende Spieltagsplan zu sein. Und so passierte 25 Minuten lang in den Stadien von Frankfurt, Leipzig, Bremen, Hoffenheim und Augsburg exakt gar nichts, bis der Leverkusener Arthur schließlich das sehr hübsch anzusehende erste Tor schoss. Andererseits: Natürlich weiß niemand ganz genau, was Bundesligaspieler denken, vielleicht war allen auch einfach bloß kalt gewesen, oder sie hatten schlecht geschlafen. Man kennt das ja, Wetter macht unangenehme Dinge mit Menschen und sie außerdem nervös. Vielleicht hatten die Kicker aber auch bloß, während sie misstrauisch den Rasen betrachteten, davon ge-

träumt, sich eine andere Sportart ausgesucht zu haben. Natürlich eine, die zumindest im Winter in wohltemperierten Hallen ausgeübt wird, begleitet von Ovationen nicht tiefgefrorener Fans. Oooops, gab es ja schon mal, der letzte DFB-Hallenpokal ist allerdings nun auch schon wieder 25 Jahre und 17 Tage her. Gewonnen hat damals übrigens keiner der großen Favoriten, sondern (im Finale gegen Werder) die SpVgg Unterhaching, die mittlerweile in der Regionalliga Bayern spielt. Beziehungsweise nicht spielt, denn in der 4. bayerischen Liga geht der Spielbetrieb erst am 20. Februar wieder los. Elke Wittich

Das Ende der Geduld

Werder Bremen entlässt nach dem zehnten sieglosen Spiel und dem Absturz auf Platz 15 Trainer Steffen. Die Probleme beim Traditionsclub stecken tiefer



Sein letztes Spiel als Werder Bremen-Trainer: Horst Steffen am Samstag beim Spiel gegen Borussia Mönchengladbach Foto: IMAGO / Sven Simon

Aus Bremen **Ralf Lorenzen**

Wer etwas von den Sprachcodes im Profifußball versteht, konnte gestern Abend davon ausgehen, dass Horst Steffen das Sonntags-Training nicht mehr leiten wird. Auf dessen Zukunft angesprochen, sagte Werders Sport-Vorstand Clemens Fritz unmittelbar nach dem Abpfiff des Spiels gegen Borussia Mönchengladbach: „Es ist wichtig, dass wir das erst mal sacken lassen, in uns gehen und intern auch sprechen.“ Die Anzahl der Trainer, die nach solchen Aussagen im Amt bleiben, ist kaum messbar. Schon vor dem Spiel war klar gewesen, dass das Spiel für Steffen Endspielcharakter haben würde. Leichte Zweifel an der

Entscheidung der Werder-Führung hatte nur noch der Kunstschuss des kurz zuvor eingewechselte Keke Topp zum 1:1 in der 94. Minute aufgenommen lassen. „Es war eine schwere Entscheidung, aber wir haben nicht mehr die Überzeugung, dass Horst den Turnaround nach dieser langen Serie ohne Sieg gemeinsam mit der Mannschaft schaffen wird“, sagte Sport-Geschäftsführer Clemens Fritz nun am Sonntagmittag. Das Spiel gegen Mönchengladbach zeigte ein ähnliches Bild wie viele vorherige: eine bemühte Mannschaft, die viel initiiert, der aber aufgrund technischer Mängel wenig gelingt. Das sah im vermeintlich goldenen Herbst, in dem sich Werder

durch einige knappe Siege bis auf Platz acht vorspielte, nicht viel anders aus, aber damals zog Werder die engen Spiele durch Einzelaktionen mehrfach auf seine Seite. Der Abschied von Steffen wird vielen im Verein und in der Stadt weh tun. Es war bewundernswert, wie freundlich und ausgeglichen er all die Unbilden wegmoderierte, mit denen er seit Amtsantritt zu kämpfen hatte – schwere Verletzungen von Leistungsträgern, späte Neuzugänge, ein Sammelsurium aus Leispieler vom internationalen Markt – bis hin zum vermeintlichen Heilsbringer Victor Boniface, dessen Werder-Zeit als Posse endete und eine bittere Wahrheit offenbarte: Topscorer Marvin Ducksch ist verkauft

worden, ohne annähernd gleichwertigen Ersatz parat zu haben. Steffen versuchte viel, stellte von Vierer-auf Dreierkette zurück, setzte mal auf Kombinationen, mal auf lange Bälle, wechselte oft die Offensivformation. Und er erreichte zumindest eines der gesetzten Ziele: Es sei „sehr gut gelungen, den Kader zu verjüngen“ und mit Spielern wie Karim Coulibaly, Mio Backhaus und Patrice Covic neue Werte zu schaffen, sagte Aufsichtsratschef Hubertus-Hess Grunewald noch am Freitag in der Deichstube. Das reichte den Fans schon länger nicht mehr. „Die Geduld ist nicht grenzenlos“, prangte am Samstag auf einem Transparent in der Ostkurve, wo sonst eher politische State-

ments dominieren. „Das Schöngerede muss jetzt enden.“ Und eine Online-Petition fordert eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit einem Ziel: „Bewertung der Amtsführung von C. Fritz“. Diese Aktionen sind als Versuch zu werten, etwas Bewegung in die trügerische Ruhe zu bringen, die nicht nur Horst Steffen ausstrahlte, sondern längst in die DNA des ganzen Clubs eingegangen ist. Das ruhige Arbeiten hat dem Rest der Republik über Jahrzehnte Bewunderung abgenötigt, wird aber zum Selbstzweck, wenn sie nicht der Qualität der Entscheidungen dient. Das scheint Ex-Trainer Ole Werner gespürt zu haben, als er im letzten Frühjahr seinen Vertrag nicht verlängerte. Werder hat seit über einem Jahrzehnt für verantwortliche Positionen wie Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Sportvorstand, Sportdirektor und Trainer niemanden mehr verpflichtet, der vorher schon einmal in der gleichen Position in der ersten Liga gearbeitet hat. Das sind oder waren alles gute Leute und nicht wenige von ihnen profitieren heute noch von ihrer Lehrzeit bei Werder. Es ist auch eine große Stärke, den eigenen Leuten zu vertrauen und sie zu fördern. Aber fehlende Impulse von außen – und zwar auf der höchstmöglichen professionellen Ebene – höhlen auf Dauer jede Organisation aus. „Einen neuen Impuls, neue Energie, neue Ansprache“ erhofft sich Clemens Fritz jetzt vom neuen Trainer. Das ist der branchenübliche Code, wenn man noch nichts Genaues sagen will. Erstmals sollen die Co-Trainer Raphael Duarte und Christian Groß das Training leiten, nicht ausgeschlossen, dass sie beim nächsten Spiel in Freiburg auf der Bank sitzen. Man kann nur hoffen, dass die Werder-Verantwortlichen genauer wissen, was und wen sie jetzt im Abstiegskampf wollen. Ohne einen klaren Plan in der Tasche wäre die Steffen-Entlassung purer Aktionismus – und der ist genauso gefährlich wie trügerische Ruhe.



Bayern-Star Harry Kane sichtlich unzufrieden mit Schiedsrichter Harm Osmer im Spiel gegen den HSV Foto: IMAGO / Jan Huebner

das detail

Überforderung, die

Es läuft irgendwie gerade nicht ganz so locker-flockig bei den Bayern, wie man es dort gerne hätte. Nach der ersten Saisonniederlage gegen den FC Augsburg vergangenes Wochenende folgte nun „nur“ ein 2:2 gegen Fast-Schlusslicht HSV. Für den amtierenden deutschen Meister gleicht das natürlich fast schon einer weiteren Niederlage. Mickrige vier Punkte gab es für diese insgesamt in den letzten drei Rückrundenspiele. Der Grund? Überforderung vielleicht? Von dieser sprach jedenfalls nach dem Spiel in Hamburg ein gefrusteter Bayern-Sportvorstand Max Eberl. Aber nicht seine Mannschaft, sondern der Schiedsrichter sei etwas überfordert gewe-

sen aus seiner Sicht, erklärte er. Es gab bestimmt die ein oder andere Situation, die Schiedsrichter Harm Osmer hätte pfeifen beziehungsweise härter bestrafen können. Auch gegen die Bayern übrigens: Für Harry Kanes harten Tritt gegen HSV-Keeper Daniel Heuer Fernandes in der dritten Spielminute zum Beispiel hätte es durchaus Gelb geben müssen. Die gab es dafür dann doch. Viel später, zum Ende des Spiels, wegen wiederholtem Meckern. Selbstverständlich sei der überforderte Schiri keine Entschuldigung oder Erklärung für die Leistung des FCB, ruderte Eberl dann direkt wieder zurück. Denn: „Wir hätten mehr Tore machen und besser verteidigen kön-

nen.“ Auf diese kompetente wie kluge Analyse folgte dann seine Erklärung, warum momentan bei den Bayern etwas die Luft raus sei: „Wir haben einen sehr, sehr harten Monat hinter uns, in dem wir jetzt sieben Spiele in 20 Tagen absolviert haben.“ Klingt da etwa doch ein kleines bisschen Überforderung durch? Bis zum Bundesligaspiel kommenden Sonntag gegen die zurzeit sehr starken Hoffenheimer auf Ligaplatz drei stehen jedenfalls keine Pflichtspiele für den FC Bayern München mehr an. Zeit also, so Eberl, „die Akkus auch mal wieder ein Stück weit aufzuladen.“ Hoffen wir, dass dann alle etwas weniger überfordert sind. Ruth Lang Fuentes



Sie kann auch feiern: Sandra Abstreiter
Foto: dpa

Rückhalt mit Erfahrung

Sandra Abstreiter spielt für die DEB-Frauen bei Olympia. Erst vor wenigen Tagen kam die 27-jährige Torhüterin aus Kanada eingeflogen

Von **Nina Probst**

Als Deutschland am Freitagabend einen finalen Olympia-Test gegen Japan spielte, war eine der Top-Spielerinnen nicht auf dem Eis dabei: Torhüterin Sandra Abstreiter. Die 27-Jährige war erst wenige Stunden zuvor in Deutschland gelandet – von Kanada nach Peiting und am nächsten Tag direkt weiter nach Mailand. Dort soll sie den DEB-Frauen bei deren ersten Olympia-Auftritt seit 2014 den Rücken freihalten.

Für die in Freising geborene Abstreiter sind es die ersten Winterspiele. Sie spielte beim ESC Planegg in der Bundesliga, bevor sie sich vor rund zehn Jahren für eine Karriere in Kanada entschied. Nach insgesamt sechs Jahren am College tat sich eine besondere Chance auf: Die Professional Women's Hockey League (PWHL) wurde gegründet, sechs Mannschaften aus den USA und Kanada fanden sich zur ersten wirklich professionellen Frauenliga in Nordamerika zusammen. Mit bezahlten Profiverträgen, professionellen und einheitlichen Rahmenbedingungen, starker Medienpräsenz und einer hohen sportlichen Qualität. Dort fand Abstreiter ihren Platz – ebenso wie Stürmerin Laura Kluge und Verteidigerin Katarina Jobst-Smith.

Abstreiter erinnert sich gut an das erste Spiel mit Ottawa 2023: „Schon beim Warm-up waren so unglaublich viele Leute da, das war ein krasses Gefühl.“ Die Eishockeyfans in Kanada hatten auf eine solche Liga gewartet. Mittlerweile spielt Abstreiter in Montreal, es ist ihre insgesamt dritte PWHL-Saison. Das strahlt auch nach Deutschland: „Ich glaube, gerade für die U18- und U16-Spielerinnen ist es wichtig zu zeigen: Es ist möglich, als Frau auf diesem Niveau Eishockey

zu spielen.“ Daher versucht Abstreiter so viele Nachrichten wie möglich in den Sozialen Netzwerken zu beantworten und die jüngeren Mädchen zu motivieren, ihren Weg im Eishockey zu gehen.

Denn wer den Blick nur auf Deutschland richtet, sieht dort womöglich nicht die ganz große Perspektive. Fünf Teams spielen in der Bundesliga, darunter eine Mannschaft aus Budapest. Für andere Vereine reicht es momentan strukturell und finanziell nicht für die erste Liga. Und auch die verbliebenen vier deutschen Mannschaften sind weit von echter Professionalität entfernt. Gehälter gibt es im Grunde keine, eigene Kabinen waren lange kein Standard, die Strukturen der Männer können oft nicht genutzt werden, da die Frauenteams nicht an die Profimannschaften angebunden sind. Das findet auch Abstreiter schade: „Wir haben so viele gute Eishockeystädte und dort sind auch die Frauenmannschaften, aber man muss sie mehr integrieren.“

Auch in der PWHL ist noch nicht alles perfekt – die Herausforderungen liegen aber auf einem ganz anderen Niveau. So trainiert Abstreiters beispielsweise an einem anderen Ort als dem, wo die Heimspiele stattfinden. Geflogen wird mit Linienflugzeugen statt mit Charterflügen, und der Spielplan ist noch nicht optimal, manchmal hat Abstreiter zwei Spieletage direkt hintereinander. „Das sind Kleinigkeiten, aber natürlich ist es das Ziel, das irgendwann noch professio-

neller hinzubekommen“, sagt die DEB-Torhüterin. In den kommenden Jahren sollen sowohl die Kader vergrößert als auch die Liga mit mehr Teams aufgestockt werden.

Die Professionalität der nordamerikanischen Liga könnte in Zukunft auch nach Deutschland abstrahlen und dort die Bestrebungen des DEB, den Fraueneishockey zu stärken, noch weiter vorantreiben. Vor allem, was die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit angeht, sieht Abstreiter hier große Chancen. „Ich glaube, die PWHL bringt der Nationalmannschaft zusätzliche Aufmerksamkeit, da Fraueneishockey insgesamt bekannter wird.“ Dass die DEB-Frauen immer mehr Zuschauer locken, zeigte sich auch beim letzten Olympia-Test der DEB-Frauen in Peiting. Insgesamt 2.308 Zuschauer – darunter viele junge Mädchen – waren im Stadion. Beim Deutschland Cup im November waren es sogar mehr als 3.000 gewesen.

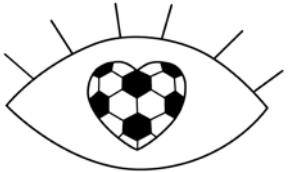
Mit ihren Erfahrungen aus der PWHL – der neuen mentalen Stärke, der besseren Physis – will Abstreiter der deutschen Mannschaft helfen, sich bei Olympia möglichst gut zu präsentieren. Denn auch das wird helfen, dem Fraueneishockey in Deutschland einen notwendigen Push zu geben. „Um Fraueneishockey weiterzubringen, mussten wir uns qualifizieren. Und jetzt hoffe ich eben, dass wir viele mit unserem Auftritt überzeugen können“, sagt Abstreiter.

Beim Test gegen Japan war das noch nicht ganz gelungen. Deutschland verlor knapp mit 2:3 nach Overtime – die Zuschauer verabschiedeten das Team um Abstreiter dennoch mit lautem Jubel Richtung Mailand. Am Donnerstag, 5. Februar, startet das Team dort in Gruppe B gegen Schweden (12.10 Uhr, live bei ZDF) ins Olympische Turnier.

leibesübung*innen

Wille und Wucht reichen nicht

Bei den Australian Open im Tennis besiegt Elena Rybakina die Nummer 1 der Welt. Dabei sah es lange nach einem Sieg von Aryna Sabalenka aus



Diesmal nicht. Kurz sah es so aus, als ob sich Geschichte wieder einmal wiederholen könnte. Denn Aryna Sabalenka, amtierende Nummer 1 im Frauentennis, und Elena Rybakina, Herausforderin, standen sich am selben Ort schon einmal im Finale der Australian Open, des ersten Grand Slam des Jahres, gegenüber: Im Januar 2023 war das. Rybakina gewann damals den ersten Satz 6:4, Sabalenka konterte im zweiten mit 6:3 und gewann schließlich das Spiel im dritten Satz mit 6:4. Sogar der Schiedsrichter war damals derselbe.

Auch an diesem Samstag, den 31. Januar 2026, holte sich Rybakina mit einer Mischung aus Druck und Raffinesse den ersten Satz mit dem exakt gleichen Ergebnis: 6:4. Um schließlich im zweiten Satz etwas nachzulassen – während ihr Gegenüber zu alter Stärke, zu der ihr typischen Mischung aus Wucht und Wille zurückfand. Kleiner Unterschied zu 2023: Sabalenka holte den Satz mit 6:4, ließ also ein unwesentliches Spiel mehr zu als damals.

Und auch der dritte Satz schien das Versprechen der Wiederholung zu halten. 3:0 führte Sabalenka, schien überlegen, Rybakina zu verhalten. Da rief Rybakinas Trainer ihr zu, dass sie mit mehr Energie spielen sollte. Mehr Energie! Und plötzlich kippte das Spiel.

Rybakina, mit einer schnurgeraden Rückhand gesegnet, zog wieder an, holte das Rebreak, breakte erneut, schwächelte auch beim eigenen Aufschlag nicht, sondern beendete das

Spiel mit einem halben und einem ganzen Ass zum 6:4. Endstand: 6:4, 4:6, 6:4; der Fluch war gebrochen, die Kasachin holte ihren zweiten Grand Slam nach Wimbledon 2022.

Sabalenka schien geknickt: Sie stand hier zum vierten Mal hintereinander im Finale und verlor es zum zweiten Mal in Folge. Letztes Jahr hieß die überraschende Triumphatorin Madison Keys, dieses Jahr war es in einem rein postsowjetischen Finale Elena Rybakina.

Osteuropa ist traditionell stark im Damentennis, nicht erst seit dem Untergang des Warschauer Pakts. Sabalenka ist 1998 in Minsk geboren und blieb ihrer Heimat auch bislang treu; kleine Anfeindungen von Seiten ukrainischer Spielerinnen ließ sie meist von sich abperlen. Rybakina ist

Mehr Energie! Und plötzlich kippte das Spiel

in Moskau geboren, 1999, sie ist also ein Jahr jünger. Sie wurde in Deutschland entdeckt und startet schon seit einiger Zeit für den kasachischen Verband, dessen Führungsriege es sich nicht nehmen ließ, mit ihr im Stadion von Melbourne zu feiern.

Im Turnierverlauf blieb auch Iga Swiatek aus Polen auf der Strecke. Sie muss sehen, dass sie neben Sabalenka jetzt noch eine andere große Konkurrentin im Feld hat. Deutsche spielen dieses Mal keine Rolle.

René Hamann

taz

thema

Sonderausgabe

Anzeigenschluss:
Montag, 2. Februar
Erscheinungstermin:
Samstag, 7. März

HER CHOICE

Bildet Banden!

Eine ganze Ausgabe für die Solidarität.

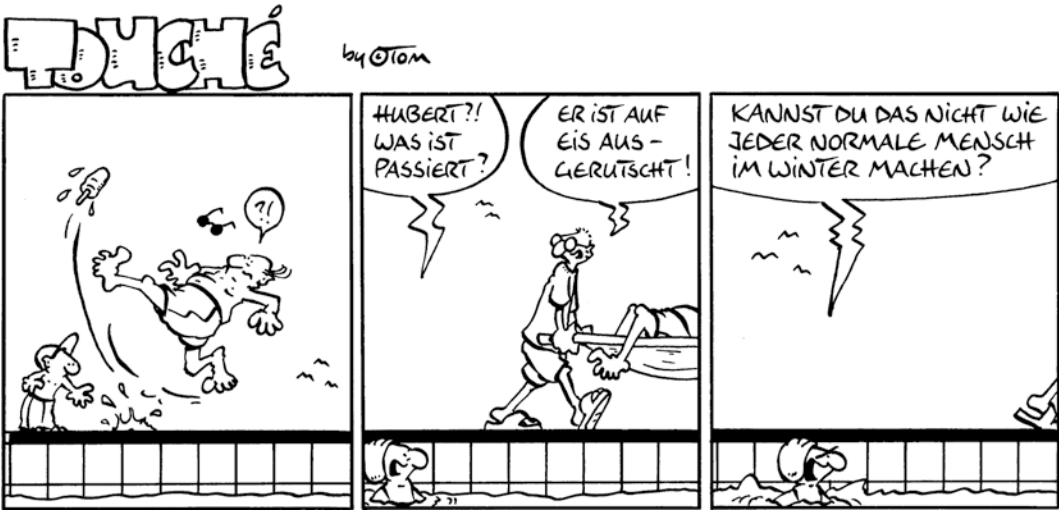
Die frauen*taz widmet sich einer der besten aller zwischenmenschlichen Regungen – der Solidarität. Dafür suchen wir in der wochentaz am 7. März an Orten, wo sie am wenigsten zu vermuten ist und machen sie dort sichtbar, wo sie längst gelebt wird. Für diese besondere Ausgabe bieten wir Festformate zu solidarischen Preisen an.

Nutzen Sie diese Möglichkeit für Ihre Werbung in der frauen*taz. Anzeigen- und Druckvorlagenschluss ist Montag, 2. Februar 12 Uhr.

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
taz Anzeigenabteilung | Kerstin Noll
T (0 30) 2 59 02-126 | kerstin@taz.de
Anna Rassloff
T (0 30) 2 59 02-255 | a.rassloff@taz.de

gurke des tages

„Schwergewichtsboxer verliert Haarteil während des Kampfes“, titelten die Kirmesboxer von dpa in der allerletzten Runde. Schwergewichtsboxer Jarrell Miller hatte zuvor bei einem „Profi-Kampf in New York“ etliche Kopftreffer einstecken müssen, „bei einem löste sich das Haarteil teilweise von Millers Kopf“. In der Rundenpause schleuderte er das **Toupet ins Publikum**, den Kampf gewann Miller jedoch. Kein Wunder, er hatte sicher **einen extrem verheerenden Undercut** platziert.



das wetter

Ungünstige Diagnose

Zwar war im Verkehrsfunk vor zwei herrenlos driftenden Packeisfeldern in Bahnhofsnähe gewarnt worden, doch hätte Norma niemals damit gerechnet, dass die tonnenschweren Herumtreiber bei ihr aufkreuzen würden. Immerhin wohnte sie im vierten Stock. „Horst-Salamander! Edomir!“, erkannte sie ausgerechnet ihre beiden schmierigsten Nennnonkel aus längst vergangenen Tagen als Nummerngirl beim Großfigu-

renschach. „Ja, Servus“, salbäderten die eiskalten Zocker und wollten wissen, ob Norma eventuell liquide wäre. Die Matrone im Außendienst a.D. verneinte, doch als die Schurken die ungünstige Diagnose eines Glaziologen vorlegten, die ihnen ein nahes Ende voraussagte, ließ Norma sich erweichen und kaufte den beiden ein Eis. Horst-Salamander entschied sich für eine Kugel Vanille, Edomir für die Geschmacksrichtung Schelf.

Kundschaft forscht

Die Automatisierung scheint kaum aufzuhalten, doch im Supermarkt regt sich Widerstand

Von Christian Bartel

Neuerdings fährt ein Putzroboter durch die Gänge des Billigdiscounters am Ende der Straße. In teuren Spezialitätengeschäften wie Aldi oder Rewe gibt es solche Hightech-Spielzeuge schon länger, aber bei der Resterampe für Pfennigfuchser hatten diese Wunderwerke der Kybernetik bislang noch keinen Einzug gehalten. Das autonom schrubbende Vieh hat eine beeindruckend missmutige Dame aus Osteuropa abgelöst, die den Kunden mit ihrem Putzwagen gern in die Hacken gefahren ist, wenn die nicht rechtzeitig ins Kühlregal gesprungen sind.

Sogar der Filialleiter hatte Angst vor ihrer altsowjetischen Lebensfreude, aber immerhin hat sie den Kunden jeden Tag ein unvergessliches Einkaufserlebnis oder zumindest eine Nahotoderfahrung zum Mindestlohntarif beschert.

Der Unterschied zur neuen Putzkraft könnte nicht größer sein. Gemäß Paragraf eins der Robotergesetze ist es intelligenten Maschinen verboten, die Menschheit zu vernichten, sogar wenn sie im Niedriglohnsektor arbeiten müssen.

Ein Putzroboter darf der Menschheit nicht einmal in die Hacken fahren, deswegen zirkelt der autonome Wischmopp in einem großzügigen Sicherheitsabstand um die Kundschaft herum. Allerdings hat er seinen Milchmädchen-Algorithmus ohne den Forscherdrang der einkaufenden Menschheit gemacht, denn die denkt gar nicht daran, Abstand zu der hochinteressanten Neuanschaffung zu halten.

Immer wieder schmeißen Kunden dem schmatzend saug-



Bild: Burkhard Fritsche

genden Roboter leere Pappkartons oder volle Bierflaschen vor die Schnauze, um seine Reaktionsgeschwindigkeit zu testen.

Andere interessieren sich eher für sein Fassungsvermögen. „Der putzt ganz schön was weg“, lobt eine Forschungsgruppe mit zwei kleinen Kindern, die im Mittelgang eine extrem klebrige, aber alltagsnahe Versuchsanordnung aus einem Sechserpack Discounter-Limo, Hustenbonbons und einer Familienpackung Handseife angeordnet hat. Jetzt wollen sie das gelehrige Kerlchen als Haustier adoptieren.

Als der intelligente Blecheimer durch unseren Gang rollt,

versuchen wir, ihn mit einer Bratpfanne aus dem Sonderangebot abzufangen, doch mit einem eleganten Schlenker entgeht das Gerät der Überrumpelung.

Unbehelligt fährt unser kleiner Freund vorbei und schlängelt sich fehlerlos durch die Slalomspur aus Konservenbüchsen, die ein anderer Kunde zuvor aufgestellt hatte. Die erwarteten Einsparungen spielt der Wischroboter dem Supermarkt wohl erst einmal nicht ein. Aber auch die Selbstzahlerkassen, die im letzten Jahr plötzlich auftauchten, wurden diesen Erwartungen nicht gerecht. Drei Viertel aller Kunden konnten Mangos nicht

mehr von Kartoffeln unterscheiden, sobald sie den Preis selbst eingeben mussten, hatten Versuchsreihen ergeben. Seit das Facility-Management von der Feudel-KI unterstützt wird, musste der Filialleiter sogar drei zusätzliche Mitarbeiter einstellen, die all die Hindernisse wieder aus dem Weg räumen, mit denen die forschende Kundschaft den Putzroboter trainiert.

Gerade noch entgeht der fahrende Wischmopp dem Lasso der Dorfjugend, die sich nachmittags zum Rodeoreiten auf dem Hightech-Gerät verabredet.

Doch dann verfranst er sich in der Todeskurve, die rennsportbegeisterte Kunden aus Milch-

tüten aufgeschichtet haben. Die steile Nordschleife meistert er zwar bravourös, aber gleich dahinter tappt er in eine Falle und fällt in die geöffnete Gefriertruhe.

Eine Horde bemalter Freizeitkriegerinnen springt aus dem Hinterhalt, schiebt den Deckel zu und feiert ihren Sieg mit einer Flasche Prosecco. Die jungen Frauen begehen ihren Junggesellenabschied beim Discounter. Wenn sie gegen den Putzroboter gewinnen, geht der Sekt aufs Haus, behaupten sie. Andere Kunden lassen den Putzroboter durch brennende Reifen springen oder fluten die Leertgutannahme, um zu schauen, ob er auch schwimmen kann.

Ein Roboter genießt einfach nicht dieselbe Wertschätzung wie ein Mensch, bisher sind die Putzkräfte jedenfalls nie in die Kühltruhe geschubst worden. Womöglich fällt es Menschen schwer, einem programmierten Blecheimer Gefühle zu attestieren – doch ein paar Tage später werden seine Gefühle gegenüber uns Menschen extrem offenkundig.

Der Putzroboter hat sich radikalisiert, wahrscheinlich im Internet. Er hockt noch immer in der Gefriertruhe, trägt aber mittlerweile ein Tarnkleid aus Spinat und sieht insgesamt militärischer aus als vorher. Aus Haushaltsrollen hat sich die selbstlernende Maschine ein Gefechtsrohr an den Gefechtssturm gebastelt und schießt mit Tiefkühlerbsen.

Wir treten den Rückzug an und versuchen, uns zu den Kassen durchzuschlagen, aber mittlerweile ist der Supermarkt rettungslos gamifiziert. Die Regale werden von jagenden Kunden

mehrmals täglich verrückt, um den Putzroboter in Enge zu treiben. Nicht einmal mehr der Filialleiter findet sich in dem Labyrinth zurecht.

Mit letzter Kraft erreichen wir den Eingangsbereich. Aus dem Einkaufsradio tröpfelt seichte Musik, die beiden Mitarbeiterinnen dösen hinter ihren Kassen. Dort ist seit Tagen kein Kunde

Immer wieder schmeißen Kunden dem Roboter Kartons oder Bierflaschen vor die Schnauze

mehr aufgetaucht, um Waren aufs Band zu legen. „So ein Putzroboter ist ja schon eine große Arbeitserleichterung“, sagt unsere Stammkassiererin.

Unsere Antwort geht in einer Explosion unter. Aus den Trümmern der Regale befreit sich der angesengte Roboter. Er hatte seinen Chatkumpel Grok nach einer Deeskalationsstrategie für Menschenansammlungen gefragt, und der hatte mit der Gebrauchsanleitung für einen Flammenwerfer geantwortet.

Jetzt eriert der Putzroboter ziemlich und hat eines seiner roten Laser-Augen verloren, aber mit dem verbliebenen schaut er uns an, als wolle er mit uns den Boden aufwischen. Wir erinnern die randalierende Maschine an Artikel eins der Robotergesetze und er steckt den Flammenwerfer grummelnd weg.

„I’ll be back“, schnurrt er beleidigt und schraddelt durch die geborstene Schiebetür ins Freie.

Ralf Sotscheck

Irische Symptome

Kummerkästen in Zeitungen sind eine feine Sache. Man erfährt von Problemen, von denen man gar nicht wusste, dass es sie überhaupt gibt. Neulich zum Beispiel wandte sich eine besorgte Mutter an den englischen *Daily Telegraph*, weil sie befürchtete, dass ihr Teenager-Sohn „irisch“ werde.

Die Mutter ist halbe Irin, so dass der Teenager zu einer Risikogruppe gehört, bei der verdächtige Symptome auftreten können. Er verwende nun die irische Version seines Namens und äußere sich kritisch über „die Briten“, was seinen englischen Vater zur Weißglut treibe, berichtete die Mutter. Der Sohn hoffe, in Irland studieren zu können. Deshalb lese er Bücher über irische Geschichte, Literatur und Mu-

sik und lerne sogar Irisch, klagte sie. Frank McNally von der *Irish Times* erklärte, dass Einwanderer die Einheimischen in vielen Aspekten des „Irishseins“ überreffen. „Der irische Tanz wird von US-Amerikanern dominiert, deutsche und niederländische Besucher haben oft ein tieferes Gefühl für das Land als wir, die wir hier geboren sind“, schrieb er. „Japanische Touristen sind dafür bekannt, dass sie unsere notorisch schwierige Muttersprache im Handumdrehen lernen, während sie nach dem Unterricht im Pub Fiddle und Dudelsack spielen.“

Hingegen können Iren, die einen englischen Akzent haben, in Irland Probleme bekommen. Die Schriftstellerin Morag Prunty, die unter dem Pseudonym Kate Kerrigan schreibt und

im Nordwesten Londons aufgewachsen ist, hat irische Eltern und fühlte sich schon immer durch und durch als Irin. Als sie aber 1991 nach Irland zog, machten die Einheimischen sich wegen ihres Akzents über sie lustig. „Es ist verletzend, ein Land so sehr zu lieben, und dann von den Menschen, von denen man gerne gemocht werden möchte, erklärt zu bekommen, dass man nicht zu ihnen gehört.“

Das geschieht ihr recht – warum ist sie auch in London geboren. Umgekehrt werden ja auch Menschen mit irischem Akzent in England verspottet. Obwohl in beiden Ländern überwiegend Englisch gesprochen wird, gibt es jede Menge Verständigungsschwierigkeiten. In beiden Ländern gibt es unzählige unterschiedliche Dialekte, aber für

die Ohren des anderen klingen sie alle gleich – englisch oder irisch. Das kann ich bestätigen. Ich wurde in England 1993 aus einem Wirtshaus geworfen, weil die Irisch-Republikanische Armee (IRA) kurz zuvor eine Lkw-Bombe im Londoner Finanzzentrum gezündet hatte.

Mit irischem Akzent kann man aber auch in Irland Probleme bekommen. In der Galtacht im Westen Irlands, wo Irisch Umgangssprache ist, stellte ich vor langer Zeit im Pub ein Bier und wurde von der lokalen Jugend als „feiner Englisch sprechender Gentleman“ gehänselt. Als ich mich rechtfertigte, dass ich aus Berlin stamme und gerade einen Irisch-Kurs an der Queen’s University Belfast belegt habe, genoss ich für den Rest des Abends Freibier.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Dieter Schwengler, Sönke Tümmeler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlicke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tele: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Dellmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer | Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €





taz

Jetzt hören!
**Der neue
Podcast
der taz**

rein gehen

die
geschichten
der woche

Sophie Fichtner und Stefan Hunglinger stellen euch die bewegendsten Geschichten aus der wochentaz vor – und die Kolleg:innen dahinter. **Wöchentlich neue Folgen. Von Politik bis Popkultur.**

Mehr als Geld und warme Worte

Mit einem berlinweiten Empfang würdigt die Familiensenatorin die Leistung von Pflegeeltern. Eine neue Initiative fordert mehr handfeste Unterstützung

Von **Uta Schleiermacher**

Nach vielen warmen Worten kommt noch ein Appell. „Sprechen Sie darüber, seien Sie Vorbilder für zukünftige Pflegemamas und Pflegepapas“, sagt Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) beim ersten berlinweitem Empfang für Pflegefamilien. „Denn der Bedarf in Berlin ist enorm“, fügt er hinzu. Tatsächlich ist das Land ständig auf der Suche nach Personen, die langfristig ein Kind bei sich aufnehmen würden. „Sie machen für diese Kinder den Unterschied“, hatte Berlins Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-Wünsch (CDU) zuvor am Freitagabend den rund 650 anwesenden Pflegeeltern gedankt. Gerade in turbulenten Zeiten sei es für Kinder umso wichtiger, ein festes Zuhause zu haben. Kinder aufzunehmen sei eine Entscheidung „aus dem Herzen“, und dafür wolle sie die Pflegefamilien nun jedes Jahr mit einem Empfang würdigen, sagt Günther-Wünsch. Sie hat selbst einen inzwischen zehnjährigen Pflegesohn aufgenommen. Es sei ihr ein „Herzensanliegen“, die Rahmenbedingungen für Pflegefamilien zu verbessern. „Denn die braucht es für die Überzeugung“, sagt sie.

Aktuell leben rund 1.800 Kinder in Berlin dauerhaft bei Pflegefamilien oder einem Pflegeelternteil. Für sie wurde einiges verbessert in den letzten Jahren: Die pauschalen Pflegesätze hat Berlin 2024 erstmals seit 20 Jahren angehoben, die Senatorin hat zudem 2025 ein Start-Bonus-Pflegegeld eingeführt.



Wenn die Ämter versagen, bleibt es an den Pflegeeltern hängen Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Es soll ausgleichen, dass Pflegeeltern kein Elterngeld bekommen, das leiblichen Eltern zusteht. „Berlin hat eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, und ich habe mich dafür eingesetzt, dass auf Bundesebene jetzt im Koalitionsvertrag steht, dass auch Pflegefamilien Elterngeld bekommen sollen“, sagt Günther-Wünsch.

Aber man wolle nicht warten, bis diese Entscheidung beim Bund gefällt ist, daher werde Berlin auch in den kommenden beiden Jahren die Start-Bonus-Gelder zahlen. Der Erfolg gebe ihr recht: „Berlin hat seitdem mehr als 70 neue Pflegefamilien gewonnen, die es vorher nicht gab“, sagt Günther-Wünsch. Tatsächlich war die Zahl von Pflegeeltern in Berlin in den Jahren zuvor sogar zurückgegangen.

Eine weitere Neuerung ist, dass seit Januar die Jugendämter am Wohnort der Pflegefamilien zuständig sind. Vorher richtete sich dies nach dem Wohnort der leiblichen Eltern, was für die Pflegeeltern oft lange Wege oder – bei Umzug der Eltern – auch häufige Wechsel bedeutete.

Die Senatorin will außerdem unabhängige Beratungsstellen für Pflegekinder einführen und psychosoziale Angebote sowie Reisen für Pflegefamilien ausweiten, um die Familien zu entlasten. Sie plane außerdem, in jedem Bezirk Krisenstellen einzurichten und besser zu regeln, dass ein erweiterter Förderbedarf schneller und unbürokratischer festgestellt wird. Auch um Strukturen für die Kinder, die volljährig werden, aber wei-

ter Unterstützung brauchen, werde sie sich kümmern, versprach die Senatorin.

„Es sind die richtigen Schritte“, sagt ein Pflegevater, der mit seiner Frau seit 20 Jahren Kinder aufnimmt. Aktuell haben sie vier Pflegekinder. „Das Pflegegeld war im Vergleich mit anderen Bundesländern am unteren Rand, da ist Berlin nun endlich nachgezogen“, sagt er.

Doch es liege noch viel im Argen. „Die Schulen sehen oft den Bedarf nicht, und unser Kind bekommt nicht die Förderung, die es für gute Teilhabe bräuchte“, sagt er. So hätten sie für eins ihrer Pflegekinder die Schulhilfe, also eine Person, die das Kind in der Klasse unterstützt, ein Jahr lang selbst finanzieren müssen. „Aber die Kinder aufzunehmen, das ist toll“, sagt er und strahlt.

„Danke für den feuchten Händedruck. Pflegefamilien brauchen echte Hilfe – jetzt!“, steht auf Flyern, die eine neu gegründete Initiative auf den Stehtischen beim Empfang verteilt hat. Auch hier sagen die drei Initiatorinnen, dass es die wichtigste und beste Entscheidung ihres Lebens war, ein Kind aufzunehmen. Doch ihre Kinder hätten alle die eine oder andere Behinderung. „Wir sind am Limit“, sagt Eva Hiltner.

„All die schönen Worte von Liebe, Geborgenheit und dass Kinder jemanden braucht, der Grenzen setzt – das ist schön gesagt. Aber das trifft nicht das, was wir vom Senat bräuchten“, sagt sie. Die anderen Pflegemütter habe sie über eine Selbsthilfegruppe kennengelernt. Jetzt wollen sie mit einer Initiative mehr Aufmerksamkeit auf ihre Probleme und

Forderungen lenken, und auch andere in ähnlichen Lagen unterstützen.

Verlässliche Hilfe durch Jugendämter, deutlich mehr Entlastungsangebote, Therapie- und Beratungsplätze, damit Belastungen nicht eskalieren, passende Unterstützung durch Schulbegleitungen sind ihre Forderungen. Und, ganz wichtig: „Wir brauchen einheitliche Regeln und weniger Bürokratie“, sagt Hiltner. Zu oft hänge Hilfe vom Bezirk oder von Formularen ab. „Wo es Probleme und Diagnosen gibt, muss es auch einfach sein, Hilfen zu bekommen“, sagt sie.

Sie und ihre Mitstreiter*innen hätten teils lange Leidenswege hinter sich. „Da wird der Bedarf verleugnet und kleingeredet“, sagt Gesine Wulf, ebenfalls aus der Initiative. Sie arbeite inzwischen in Teilzeit, anders sei die Betreuung nicht zu schaffen, „weil mein Kind oft nicht reinpasst und auch Situationen sprengt“, sagt sie. Dass Pflegeeltern Stunden reduzieren, sei tatsächlich so gewünscht. Aber bei dauerhafter Überlastung kämen einige in Existenzängste, weil die Arbeit darunter leiden könne. „Mit Unterstützung können wir es schaffen. Aber unter den Bedingungen, unter denen wir Familie sein sollen, ist es unglaublich belastend. Da zu hören, dass wir „Multiplikatoren“ sein sollen und anderen davon erzählen, das ist ein bisschen wenig“, sagt sie.

„Ich gebe mein Kind nicht auf“, betont eine andere aus der Initiative. Aber gleichzeitig mache sie die Erfahrung, dass das Jugendamt erst reagiere, wenn sie drohe, die Reißleine zu ziehen. „Es

ist eine Zumutung, wie mit uns umgegangen wird“, sagt sie.

Schon während des Empfangs kommen Pflegeeltern auf das neugegründete „Netzwerk für Pflegekinder mit Behinderung“ zu. Antje Sonntag aus Reinickendorf ist mit ihrem Mann und dem 9-jährigen Pflegesohn dort. „Seit eineinhalb Jahren hat unser Kind keinen Schulplatz“, wendet sie sich an die drei Frauen aus dem Netzwerk. Ihr Sohn sei eingeschult worden, aber sei in der großen Klasse nicht klargekommen. Er habe einen sozial-emotionalen Förderschwerpunkt, sei aber nicht lernbehindert. Die Kosten für eine Schulersatzinitiative seien vom Jugendamt Marzahn-Hellersdorf nicht bewilligt worden, es folgen weitere Treffen und Hilfekonferenzen.

„Die vom Schulamt war ganz entsetzt und meinte, wir müssen unbedingt eine Lösung finden. Das war vor einem halben Jahr“, sagt Pflegemutter Sonntag. „Währenddessen ist unser Sohn zu Hause, und mein Mann musste seinen Job aufgeben und Bürgergeld beantragen, um ihn zu betreuen“, sagt sie. Das Kind habe zumindest inzwischen gut Englisch gelernt. Aber eine Lösung für einen geregelten Schulbesuch sei weiterhin nicht in Sicht. Aktuell stünden sie auf der Warteliste für eine Schule mit kleinen Klassen, eine andere Stelle, bei der es im Februar losgehen sollte, habe sich noch nicht gemeldet. „Wir fühlen uns von allen Seiten im Stich gelassen“, sagt Sonntag. Aber auch für sie und ihren Mann ist klar: Für ihren Pflegesohn werden sie weiterkämpfen.



Timm Kühn
Bewegung

Statistisch legitimierte Polizeiarbeit

Wie nennt man das eigentlich, wenn eine Behörde ein reales Problem nimmt und dieses in einem Meer aus Statistik ertränkt? Diese Frage muss man sich stellen, wenn man die aktuellen Zahlen zur sogenannten „politisch motivierten Kriminalität“ liest, die vom Grünen-Abgeordneten Ario Mirzaie erfragt wurden. Dabei schockt insbesondere eine Statistik: 2.112 antisemi-

tische Straftaten soll es 2025 gegeben haben, ein neuer Rekordwert. Eindeutig verweist die Statistik darauf, dass in Berlin Judenhass grassiert. Auf den zweiten Blick aber regt sich Skepsis. Denn dass die Zahlen rasant ansteigen, geht fast ausschließlich auf „Propagandadelikte“ in den Kategorien „ausländische“ und „religiöse“ Ideologie zurück, worunter wohl mutmaßliche Sympathie-

bekundungen mit der Hamas fallen. Wurden hier 2020 lediglich 6 Fälle der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erfasst, ist diese Zahl im Jahr 2025 mit 1.152 Fälle regelrecht explodiert.

Insgesamt sind diese Propagandadelikte damit eine Kategorie, die quasi erst seit dem 7. Oktober 2023 statistisch relevant geworden ist. Wenig überraschend standen diese Zahlen deshalb im Fokuspunkt der allgemeinen Berichterstattung – und stellten damit, ganz nebenbei, die 403 Volksverhetzungen (mehr als eine pro Tag), die 282 Sachbeschädigungen, sowie die 60 Gewaltdelikte und die vier Terrorvergehen in den Schatten.

Nun können solche „Propagandadelikte“ wirklich übel sein. Hier ist aber klar, dass es sehr oft auch um den Spruch „From the river to the sea“ gehen dürfte. Und hier liegt eben

die Crux: Inzwischen sagen selbst LKA-interne Gutachten, dass es sich um einen sehr vielfältig verwendeten Spruch handelt, der von israelischen wie palästinensischen, linken wie rechten, islamistischen wie säkularen Organisationen verwendet wird. Mal fordern Extremist:innen beider Seiten tatsächlich die Auslöschung ihrer Gegenseite, mal wird damit ein demokratischer Staat mit gleichen Rechten für alle gefordert.

Die Behörde schafft sich so eine statistische Realität, die letztlich das eigene Handeln legitimieren soll

Die Polizei aber verfolgt den Ausruf immer, weitgehend unabhängig von der Motivation der Rufenden. Sie tut das aus ihrer Offen zur Schau getragenen Ablehnung von Palästinasolidarität heraus. Dahinter steht die Ideologie der Staatsräson, die inzwischen in aller Form von palästinensischer Identität eine Bedrohung wähnt. Das ist für sich genommen eine in ihrer letzten Konsequenz genozidale Logik, die ihren Ausdruck in der deutschen Unterstützung israelischer Kriegsverbrechen findet.

Dieser Logik folgend putscht die Polizei die Statistik auf. Manche auf der Gegenseite entwickeln deshalb die Auffassung, der Kampf gegen Antisemitismus sei insgesamt ein Projekt zur Verteidigung der Staatsräson. Das kann zur Relativierung und Leugnung und schließlich zur Duldung und

Empfänglichkeit für Antisemitismus führen. Und hier schließt sich der Kreis: Die Behörde hat den Antisemitismus befeuert, statt ihn zu bekämpfen.

Das Dilemma zeigt erneut, warum solche Polizeistatistiken kaum etwas bringen. Es handelt sich um Eingangsstatistiken, erfasst wird also alles, was die Polizei entscheidet aufzunehmen. Deshalb wirkt sich das Handeln der Polizei auf die Statistik aus. Die Behörde schafft sich so eine statistische Realität, die letztlich das eigene Handeln legitimieren soll. Was solche Statistiken wiedergeben, ist also viel weniger die gesellschaftliche Realität, als die Schwerpunktsetzung der Polizei. Dem Kampf gegen Antisemitismus nützt das wenig.

Die Bewegungstermine der Woche finden sich in der Onlineversion dieser Kolumne.



Geisterfahrten bei der Tram

Trotz des Warnstreiks am Montag sollen Straßenbahnen fahren dürfen – ohne Fahrgäste. Die BVG will so vermeiden, dass Oberleitungen wieder festfrieren

Trotz des Warnstreiks im Berliner Nahverkehr am Montag sollen Straßenbahnen im Einsatz sein, um ein erneutes Einfrieren von Oberleitungen zu verhindern. Einen entsprechenden Kompromiss haben Verdi und die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) geschlossen, wie beide mitteilten. Der Fahrgastbetrieb soll davon aber weiterhin ausgeschlossen sein – die Straßenbahnen fahren ohne Passagiere.

Hintergrund dieser Sondervereinbarung ist die Hoffnung, am Dienstag nach dem Warnstreik wieder stabil fahren zu können, wenn die Oberleitungen frei von Eis gehalten werden, sagte eine BVG-Sprecherin. Damit stiegen die Chancen, größere Einschränkungen für die Fahrgäste zu vermeiden.

Verdi hatte zuvor für Montag zu ganztägigen Warnstreiks im Berliner Nahverkehr aufgerufen. Schon in der vergangenen Woche war der Straßenbahnbetrieb in der Hauptstadt über Tage zum Erliegen gekommen. Grund dafür waren aber keine Arbeitskämpfe, sondern das Wetter.

Infolge von Eisregen waren die Oberleitungen der Straßenbahnen flächendeckend eingefroren. Seitdem wird daran gearbeitet, sämtliche Leitungen wieder freizubekommen. Nahezu das gesamte Streckennetz ist der BVG zufolge mittlerweile wieder befahrbar.

Die BVG befürchtete angesichts der erwarteten Minustemperaturen aber ein erneutes Einfrieren infolge des Warnstreiks. „Um die Oberleitungen eisfrei und damit den Trambetrieb aufrecht zu halten, sind auch in den nächsten Tagen und Nächten regelmäßige Fahrten und Arbeiten notwendig“, heißt es in der Mitteilung. (dpa)

„Bitte nicht einsteigen!“, wird es am Montag heißen
Foto: Annette Riedl/picture alliance/dpa

Tanz, Musik, Lachen: Debreцина Arega vom Theater Thikwa auf der Bühne
Foto: Theater Thikwa

Wenn Opfer zu Verdächtigen erklärt werden

Zärtlich, radikal, bitter: Das Theater Thikwa und andcompany&Co. sezieren im Hebbel am Ufer multiple Krisen und rechte Verschwörungserzählungen

Von **Susanne Messmer**

Zu Beginn geht es mehr als sehr verspielt zu. Die Darsteller*innen entwerfen eine Szene im New York des frühen 20. Jahrhunderts: Debreцина Arega vom Theater Thikwa trägt einen altmodischen Hut und eine Federboa, sie spielt Emily Dunning Barringer, die erste Ambulanz-Chirurgin New Yorks, die sich maßgeblich für eine Professionalisierung der Notfallversorgung, bessere Ausstattung von Krankenwagen und strukturierte Ausbildung einsetzte.

Kurz darauf befinden wir uns plötzlich auf dem Mond. Dort steht ein zurückgelassenes Mondauto von Neil Armstrong – das sich zum Erstaunen aller als Tesla entpuppt. War Neil Armstrong, fragt Alexander Karschnia vom Künstler*innenkollektiv andcompany&Co., wirklich auf dem Mond? Oder hat er es nur vorgegeben, gespielt?

Die Premiere von „Wir Krisendarstellerinnen: Lookalike in anger!“; einer Kooperation zwischen andcompany&Co. und

dem experimentellen, inklusiven Kreuzberger Theater Thikwa für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung, wirkt am Freitagabend im Hebbel am Ufer zunächst wie ein fröhlich eskalierender Reigen aus Einfällen.

Mal flimmern Raumfahrtsequenzen über die Leinwand, mal tanzt Debreцина Arega, bis das Publikum mitklatscht, mal spielt Max Edgar Freitag Gitarre. Es wird gelacht, gestritten, gesungen. Die Darstellerinnen, in sehr komischen Kostümen zwischen OP-Grün und Mondfahrt-Silber, verschwinden zwischendurch in einem wackligen Sanitätszelt, sitzen leicht federnd auf Gummibällen, trinken aus einer überdimensionierten Polizeitasche und beraten hochprofessionell, was als Nächstes zu tun sei.

Erst allmählich schält sich heraus, worum es bei alldem eigentlich geht – wo der rüdische Hund begraben liegt, den man im bunten Trubel zunächst gar nicht vermisst hat.

Der Wendepunkt kommt mit einem längeren Redebei-

trag von Alexander Karschnia. Er erzählt, wie der Titel des Abends entstand: „Crisis actors“, Krisendarsteller*innen. Ein Begriff aus dem Umfeld rechter US-amerikanischer Verschwörungstheorien. Gemeint sind angebliche Schauspieler*innen, die bei realen Katastrophen oder Gewalttaten auftreten sollen, um Ereignisse zu fingieren oder zu manipulieren.

„Crisis actors“: Das ist ein Begriff aus dem Umfeld rechter Verschwörungstheorien

Karschnia berichtet vom Schulmassaker an der Marjory Stoneman Douglas High School in Florida 2018, bei dem 17 Menschen ermordet wurden. Als Überlebende bei einer Gedenkveranstaltung exakt so lange schwiegen, wie das Massaker gedauert hatte, nämlich etwas mehr als sechs Minuten, da hieß

es in einschlägigen Internetblasen, sie seien „crisis actors“. Als habe es das Massaker nie gegeben. Als seien nicht die Täter die Täter, sondern die Opfer.

In diesem Moment kippt der Abend – sichtbar, körperlich spürbar im Publikum. Plötzlich ist klar: Hier geht es nicht um harmlose Rollenspiele oder ironische Doktorszenen. Hier geht es um den Versuch, den multiplen Krisen der Gegenwart ein theatrales Spiegelkabinett entgegenzusetzen: von atomarer Bedrohung über Drohnenkrieg, von Klimakatastrophe bis Kulturreinsparungen, von abstrakten Systemkrisen bis zu sehr konkreten Toten.

Oder, wie Karschnia es formuliert: Was, wenn wir die rechten Hater ernst nähmen? Was, wenn wir den Ernstfall probten und uns tatsächlich zu professionellen Krisendarsteller*innen ausbilden ließen? Wäre es nicht nützlich, im Gerichtssaal nachspielen zu können, aus welchem Winkel beispielsweise ganz genau die tödlichen Schüsse auf Renée Nicole Good oder Alex Jeffrey Pretti abgegeben wurden?

Spätestens hier gefriert den letzten Lachenden das Lächeln. Was an diesem eigenartig zärtlichen, zugleich radikalen Abend verhandelt wird, ist bitterer Ernst.

Wie tröstlich deshalb das Schlussbild: Rund fünfzig Berliner Kulturschaffende schalten sich per Handyvideo auf die große Leinwand und singen gemeinsam eine große, herzerreißende Hymne von Freddie Mercury. Geschrieben hat er sie, als er bereits schwer an Aids erkrankt war.

„The show must go on“: Ein Lied über das Weitermachen trotz Schmerz, Angst und nahendem Tod. Über den inneren Kampf zwischen körperlichem Verfall und dem unbeirraren Willen, weiterzuleben, weiter zu schaffen, weiter Kunst zu machen. Standing Ovations.



Streit um Streusalz

Nach Kritik am Winterdienst greift Berlin zu Streusalz. Grüne fordern eine zentrale Räumung von Gehwegen. Die BSR wird die Bezirke nun unterstützen

In der Diskussion um den Einsatz von Streusalz auf eisglatten Berliner Gehwegen gibt es weiterhin Kritik am schwarz-roten Senat. „CDU und SPD haben erst das Problem nicht erkannt und dann nur Chaos angerichtet. Zum Leidwesen der Berliner, die durch Berlin schlittern und sich dabei schwer verletzen“, sagte Grünen-Fraktionschef Werner Graf am Wochenende.

Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) hatte am Freitag überraschend entgegen ihrer früheren Argumentation angekündigt, dass eine von ihr erlassene Allgemeinverfügung den Einsatz von Taumitteln wie Streusalz auf Gehwegen in Berlin nun doch ermöglichen solle.

Salz gilt als besonders effektives Streumittel. Umweltschützer warnen allerdings vor der Verwendung. Nach Ansicht der Umweltorganisation BUND schadet Salz den Böden, Pflanzen, Tieren und Gewässern. Während

das Land Berlin inzwischen auch auf Streusalz setzt, entscheiden in Brandenburg die Kommunen über die Verwendung. In Potsdam ist der Einsatz nur in Ausnahmefällen wie bei Eisregen und an besonders gefährlichen Stellen erlaubt, etwa sehr steilen Wegen.

Grünen-Politiker Graf kritisiert des Weiteren, es sei längst klar, dass die bestehenden Regelungen zum Winterdienst nicht funktionierten. „Wir haben bereits vor einem Monat gefordert, dass die Geh- und Radwege bei Schnee und Glatteis künftig zentral geräumt werden müssen“, sagte Graf. Die Grünen hatten vorgeschlagen, die Berliner Stadtreinigung (BSR) solle schrittweise auch den Winterdienst auf Gehwegen übernehmen. Die BSR hatte das allerdings abgelehnt.

Nun teilte die Senatsverwaltung für Verkehr und Umwelt jedoch mit, dass die BSR die Bezirke angesichts des anhaltenden Win-

terwetters doch beim Räumen von Schnee und Eis unterstützen wird. Unter anderem werde die BSR den Straßen- und Grünflächenämtern Streugut wie Splitt zur Verfügung stellen und bei Bedarf auch entsprechendes Räumwerkzeug.

Die Verkehrs- und Umweltverwaltung und die BSR haben den Bezirksämtern außerdem angeboten, dass die BSR beauftragt wird, die Ordnungsämter an ausgewählten Orten bei der Beseitigung von Eisglätte zu unterstützen. Das gilt insbesondere an Schulen, Kitas und Senioreneinrichtungen, Arztpraxen, Kliniken und Apotheken, Nahversorgungstandorten wie Supermärkten und Einkaufszentren sowie Zuwegungen zu Haltestellen von U-Bahn, Tram, S-Bahn und Bus.

Darüber hinaus sollen Mitarbeiter aus den Straßen- und Grünflächenämtern, die sonst für andere Tätigkeiten zustän-

dig sind, in diesen Tagen ihre jeweiligen Bezirke bei der von der Eisglätte ausgehenden Gefahr für Leib und Leben unterstützen. Dafür sollen die personalrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, so die Verkehrsverwaltung.

Auf diese Maßnahmen haben sich den Angaben zufolge Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) und Vertreter ihrer Verwaltung am Freitag mit den Straßen- und Grünflächenämtern der Bezirke, der BSR, den Wasserbetrieben und den Berliner Forsten vereinbart. Eine weitere Abstimmungsrunde zum gemeinsamen Vorgehen ist für Montag geplant.

Nach Einschätzung des Deutschen Wetterdiensts (DWD) bleibt es in Berlin und Brandenburg auch in den nächsten Tagen frostig und winterlich: In den beiden Nächten zu Sonntag und Montag sind demnach sogar Temperaturminusbereiche möglich. (dpa)

Anzeige



STAFFELSTAB TRIFFT MEILENSTEIN

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag



Alltag im Refugium Foto: Maria Sturm

Endlich ein fast normaler Alltag

Für besonders schutzbedürftige Geflüchtete gibt es nur wenige Unterkünfte. Im Refugium in Wedding ist man auf pflegebedürftige Senioren eingerichtet

Von **Nina Schieben**

inen Rollator vor sich herschiebend betritt Tatjana R. den Besprechungsraum der Gemeinschaftsunterkunft „Refugium“. Die 70-jährige Ukrainerin, die nur mit ihrem Vornamen in der Zeitung stehen will, ist in Begleitung des Hausmeisters, der kurzfristig für die Sprachmittlung eingesprungen ist. Erst seit drei Tagen lebt sie hier, erzählt sie, doch ihre Flucht nach Berlin vor dem russischen Angriffskrieg liegt bereits zwei Jahre zurück.

Zwei Jahre lang war alte Dame unter katastrophalen Bedingungen in der Notunterkunft in Tegel untergebracht, die zum Ende des Jahres geschlossen wurde. Ihr erster Eindruck von ihrem neuen Zuhause? „Es ist ruhig, sauber und ich kann selbst kochen“, sagt sie und fügt hinzu: „Es ist alles da, was man braucht.“

Kurz darauf führt sie in das rund 16 Quadratmeter große Zimmer, das sie sich mit einer Freundin aus Tegel teilt, die ebenfalls aus der Ukraine geflohen ist. Am Ende der Betten stehen Koffer und ein eingeklappter Rollstuhl. Außerdem ist im Zimmer Platz für einen Kleiderschrank, eine Kommode, einen kleinen Kühlschrank sowie einen Tisch, auf dem die Frauen Küchenutensilien platziert haben. Hinzu kommt ein barrierefreies, behindertengerechtes Badezimmer; in der kabinenlosen Dusche steht ein aufgeklappter Rollstuhl. Die Seniorin kichert beim Anblick: „Wir nutzen den Platz so gut es geht.“

Das Refugium im Berliner Stadtteil Wedding ist eine Vertragseinrichtung des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) für besonders schutzbedürftige Geflüchtete. Zu dieser Gruppe

Jahre alt. Ungefähr „ein Drittel der Bewohnerinnen kommt aus der Ukraine“, sagt Stefanie Tepie Tame, eine der zwei Einrichtungsleiterinnen. „Im Zuge der Schließung von Tegel sind vor allem ältere Menschen aus der Ukraine zu uns gekommen.“

Tatjana R. ist eine von rund 4.800 ukrainischen Schutzsuchenden in Berlin, die älter als 60 Jahre sind und aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder einer Erkrankung sozialhilfeberechtigt sind. Das heißt: Neben der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung haben sie auch Anspruch auf Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Während Geflüchtete aus nicht-europäischen Ländern in der Altersgruppe 60 plus, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, in Berlin nur etwa 3,4 Prozent der Gesamtzahl ausmachen, stellen Senior*innen aus der Ukraine eine deutlich größere Gruppe dar. Das geht aus einer Anfrage der Berliner Grünen-Politikerin Catrin Wahlen vom August vorigen Jahres an die Senatsverwaltung für Soziales hervor, die die spezifische Unterbringungs- und Versorgungssituation älterer geflüchteter Menschen in Berlin thematisiert.

In einer alternden Gesellschaft ist Pflege ein ebenso nachgefragtes wie knappes und umkämpftes Gut und betrifft Menschen mit und ohne Flucht- und Migrationsgeschichte gleichermaßen. Sie alle sind auf eine ausreichende und funktionierende Pflegeinfrastruktur mit ausgebildetem Fachpersonal angewiesen. Wer Pflege benötigt, muss sich zudem durch ein Dickicht aus Bürokratie kämpfen. Fehlendes Wissen, Sprachbarrieren und Diskriminierung stellen zusätzliche Zugangsbarrieren zu professioneller Pflege dar, die vor allem Ge-

flüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte betreffen.

„Ältere Menschen mit Migrationsgeschichte sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in Berlin“, heißt es von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege heißt es. Eine Fachstelle für Migration, Pflege und Alter (FaMiPA) befindet sich derzeit im Aufbau.

Dass Pflege eine große Herausforderung ist, erlebt auch das Team des Refugiums. Es besteht aus Fachkräften der Sozial-, Kinder- und Jugendarbeit, der Verwaltung und Haustechnik und einem Psychologen. „Der steigende Pflegebedarf kommt zusätzlich zur Sozialberatung hinzu und stellt einen enormen Arbeitsaufwand dar“, sagt Tepie Tame.

Das Konzept des Refugiums stützt sich auf zwei Säulen: Zum einen die weitestgehende Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der Bewohner*innen, zum anderen ein festes Beratungs- und Betreuungsangebot. Wie Tatjana R. und ihre Freundin leben die Bewohner*innen in separaten Wohneinheiten mit eigenem Badezimmer. Sie kaufen selbstständig ein und versorgen sich in den Gemeinschaftsküchen.

„Einige, die aus Tegel hierherkommen, weinen erstmal kurz, wenn sie unsere Zimmer sehen“, sagt Tepie Tame. Denn die Selbstbestimmung und Privatsphäre, die sie im Refugium erfahren, stehen im starken Kontrast zur früheren Massenunterkunft. Den Bewohner*innen einen möglichst normalen Alltag ermöglichen, darum gehe es. Altersbedingt oder aufgrund einer Behinderung haben manche einen erhöhten Unterstützungsbedarf. Doch fest steht auch: „Wir haben nicht die Betreuungsstrukturen eines Pflegeheims“, erklärt Einrichtungsleiterin Judith Drews. Ab

einem bestimmten Punkt müsse auch ein Wechsel in ein Pflegeheim in Betracht gezogen werden, etwa bei schwer dementen Personen.

In der Sozialberatung erhalten die Bewohner*innen Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen, bei der Kommunikation mit Ämtern und Behörden sowie bei der Vermittlung zu spezialisierten Hilfseinrichtungen. Zudem gibt es psychologische Beratung und ein pä-

Einsamkeit unter Bewohner*innen ohne Familie ist auch im Refugium ein Thema

dagogisches Angebot für Kinder und Jugendliche. Jede*r Bewohner*in bekommt außerdem eine*n Bezugsbetreuer*in zugeteilt.

Gleichzeitig ist das Team des Refugiums auf ehrenamtliche Unterstützung angewiesen, etwa für die Sprachmittlung oder die Begleitung zu Arzt- und Behördenterminen. „Wenn sich keine ehrenamtliche Begleitung findet, geben wir den Bewohnern oft einfach ein Begleitschreiben mit“, so Drews.

Beim Thema Pflege setzt das Refugium auf Kooperationen, unter anderem mit den Pflegestützpunkten der Bezirke und den „Interkulturellen Brückenbauer*innen in der Pflege“. Diese vom Land geförderte Initiative bietet muttersprachliche und kultursensible Beratung und Begleitung für ältere und pflegebedürftige Menschen mit Migrationsgeschichte an und unterstützt unter anderem bei Pflegebegutachtungen.

„Es tut sich was“, sagt auch Clémentine Cordier vom Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen, einer Fachstelle, die unter anderem besonders schutzbedürftige Geflüchtete unterstützt. Pflege bei älteren und behinderten Geflüchteten sowie Migrant*innen erfahre inzwischen mehr politische Aufmerksamkeit. Initiativen wie die Interkulturellen Brückenbauer*innen bewertet Cordier als Schritt in die richtige Richtung. Doch für sie steht auch fest: „Genug ist es noch nicht.“

Zudem werde das Projekt „Lotsen Berlin“ eingestellt, das mit der Beratung und Vermittlung von unterstützten Wohnungsangeboten für Menschen mit Behinderung dazu beigetragen hat, dass ältere Geflüchtete Gemeinschaftsunterkünfte verlassen konnten, kritisiert Cordier.

Außerdem fehle es an Gemeinschaftsunterkünften mit Wohngruppenstruktur, in denen auch alleinlebende ältere Geflüchtete sozialen Anschluss finden und von einem Pflegedienst versorgt werden können. Denn die Tatsache, dass Pflege oft innerhalb der Familie gestemmt wird, treffe zwar auf Geflüchtete mit Familienanschluss zu, doch „für alleinstehende ältere geflüchtete Menschen fällt dieser Halt weg“, so Cordier.

Auch Einsamkeit unter Bewohner*innen ohne Familie ist im Refugium ein Thema. Wichtig sei es daher, „Verbindungen zu schaffen“, sagt Tepie Tame, etwa durch Gemeinschaftsräume oder Aktivitäten wie ein Bewohner*innenfrühstück oder eine Weihnachtsfeier. Tatjana R. lebt ebenfalls ohne familiären Anschluss in Berlin. Ihr Sohn und ihre Schwiegertochter sind inzwischen in die Ukraine zurückgekehrt.

Fehlendes Wissen, Sprachbarrieren und Diskriminierung stellen zusätzliche Zugangsbarrieren zu professioneller Pflege dar

gehören unter anderem unbegleitete Minderjährige, Menschen mit Behinderungen, schweren oder chronischen Erkrankungen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Schwangere sowie LSBTI-Personen.

Träger der Einrichtung ist die Paul Gerhardt Stift Soziales gGmbH, die auf demselben Gelände auch ein Seniorenzentrum, ein Stadtteil- und Familienzentrum und eine Kita betreibt – und zudem einen Pflegedienst hat. Da auch das Refugium diesen Pflegedienst nutzen kann, ist die Unterkunft besonders für ältere, kranke und pflegebedürftige Schutzsuchende attraktiv.

Das Refugium hat eine Kapazität von 294 Plätzen, von denen derzeit 280 belegt sind. Unter den Bewohner*innen sind 71 Personen im Alter von 65 Jahren oder älter, von denen ein großer Teil pflegebedürftig ist oder eine Behinderung hat; der älteste Bewohner ist 89

Träger ist das Paul Gerhardt Stift, die dort auch ein Senioren-, Stadtteil- und Familienzentrum und eine Kita betreibt
Foto: Maria Sturm





Zum Schutz da,
nicht zum
Küssen:
Polizist:innen
beim hanno-
verschen
Schützenaus-
marsch 2025
Foto: Julian
Stratenschulte/
dpa

Zwei Bussis zuviel

In Hannover müssen zwei Schützen zahlen, weil sie eine Polizistin geküsst haben. Gut so, denn solche Übergriffe geschehen aus einer gefühlten Machtposition heraus

Von Nadine Conti

Der Justizwachtmeister am Eingang hat eine klare Meinung zu der ganzen Geschichte: „Da wird ein Aufriss von gemacht! Das war hier früher gang und gäbe, dass die Polizisten geknutscht wurden! Hannover verkommt!“

Das kann ja heiter werden, denke ich. Stecke den Presseausweis wieder ein und laufe zum Saal. Es ist – angeblich – einer der größten im Amtsgericht Hannover, der bietet aber trotzdem nur Platz für rund 20 Zuschauer. Schon der erste Blick in den Gang zeigt, dass der nicht reichen wird.

Der Fall, der hier am Donnerstag verhandelt werden soll – und am Ende doch nicht verhandelt wird –, hat im Sommer 2025 schon für Aufsehen gesorgt und diverse Kommentarspalten gefüllt. Zwei Mitglieder der Hildesheimer Junggesellenkompanie von 1831 sind beim großen Schützenausmarsch auf eine Polizeikommissarin zugesprungen, die zur Sicherung der Veranstaltung am Rand stand.

Sie haben sie am Oberarm festgehalten und ihr mit den Worten „Alter Brauch, gute Sitten“ von beiden Seiten einen Kuss auf die Wange, nahe den Mundwinkeln, gedrückt. Die Polizeikommissarin habe sich „emotional überrumpelt“ gefühlt. So steht es in der Pressemitteilung des Gerichts.

Während die beiden Männer im Alter von 33 und 43 Jahren fröhlich weitermarschierten, gab die 29-jährige Polizistin ihren Kollegen Bescheid. Die zogen die beiden wenig später aus dem Zug und stellten sie zur Rede. Von einer sexuellen Belästigung wollten die Herren aber genauso wenig wissen wie von einem Alkoholttest.

Es folgten: eine Anzeige, öffentliche Rückendeckung vom Polizeipräsidenten, ein Ermittlungsverfahren und schließlich zwei Strafbefehle. 30 Tagessätze à 70 Euro, 2.100 Euro pro Mann, standen darin. Das war den Herren wohl zu viel. Sie legten Einspruch ein, bestritten die sexuelle Absicht ihrer Handlung.

Das Gericht beraumte also pflichtgemäß eine öffentliche Hauptverhandlung an. Zu der auch gleich noch 14 Zeugen geladen wurden. Erst als sich schon alle in dem

zu kleinen Gerichtssaal drängen, wird bekannt: Die Verteidiger der beiden Männer haben ihre Einsprüche in letzter Minute zurückgezogen.

Unklar bleibt leider, ob das jetzt eine späte Einsicht ist, ob ihnen der öffentliche Rummel unheimlich wurde oder ob sie schlicht Angst hatten, dass die Strafe noch höher ausfällt. Der Strafbefehl ist damit jedenfalls rechtskräftig. Sie sind verurteilt und müssen zahlen.

Viel Lärm um – tja, was eigentlich? Wenn ich ganz ehrlich bin, war mein erster Impuls bei diesem Fall der Gedanke: Ich hätte das nicht angezeigt. Nicht weil ich es okay finde, wenn besoffene Schützen (oder Karnevalisten) ungefragt alles besabbern, was ihnen vor die Flinte läuft. Sondern weil

schöne Beene – aber Titten haste keene“ singen, der Bedienung im Festzelt an den Arsch – besser noch unter den Rock – fassen, betrunken über die Tanzfläche torkeln und „aus Versehen“ fremden Frauen ins Dekolleté fallen, im Rausgehen eine andere Frau umklammern und ihr ins Ohr lallen, wie schön sie sei, vom Freund einer dieser Frauen aufs Maul kriegen, Filmriss. Am nächsten Tag Frühschoppen.

Vielleicht kommt mir der Bussi auch deshalb wie eine Bagatelle vor. Vielleicht ist das aber auch so ein Generationending. Wie die meisten Frauen, die ein gewisses Alter erreicht haben, habe ich eine ganze Reihe von Übergriffen erlebt.

Hände auf meinen Brüsten, meinem Hintern und zwischen meinen Beinen, die

„Elegant wäre ein sehr großer, kräftiger, möglichst schwuler Polizeikollege, der die beiden Junggesellen mal ganz energisch zurückknutscht

ich mir den „Aufriss“ und die Debatten für so eine Bagatelle nicht hätte antun müssen.

Aber darf ich das überhaupt sagen? Dass mir ein Bussi wie eine Bagatelle vorkommt? Man gerät da natürlich ganz schnell in komisches Fahrwasser. „Nur ein Bussi“, „gar nichts Sexuelles“ und „Tradition“ lautet ja auch die Verteidigungslinie der Schützen. Wobei man sich dann vielleicht schon einmal fragen lassen muss, wie oft diese Tradition wohl den stiernackigen Mittfünfziger in Uniform trifft. Der muss sich vermutlich allenfalls von Schützenfrauen busseln lassen. Wenn das gar nichts Sexuelles ist, warum ist es dann so hetero?

Beim Stichwort „Tradition“ wird es noch hakeliger. In dem Dorf, in dem ich aufgewachsen bin, gab es auch eine Junggesellenkompanie.

Soweit ich mich erinnere, sah die Tradition da ungefähr folgendermaßen aus: sehr viel Schnaps trinken, durchs Dorf marschieren und „Oh Helene – du hast so

ich da nicht haben wollte. Männer, die in öffentlichen Verkehrsmitteln neben mir masturbieren. Obzöne Gesten und ekelige Sprüche aus vorbeifahrenden Autos. Johrende Rudel, die meinen Weg blockieren. Angezeigt habe ich nichts davon. Bringt doch eh nichts. Du musst dich vorsehen, nicht die. So war das halt.

Wie die meisten Frauen kenne ich diese Momente, in denen man sich darüber ärgert, nicht besser reagiert zu haben. Die Insta-/TikTok-Psychobubble ist voll von klugen Erklärungen dafür.

Da ist entweder der verdammte Instinkt schuld, der nur fight, flight or freeze – also: kämpfen, flüchten oder totstellen – kennt. Wobei selten plausibel erklärt wird, warum freeze so viel häufiger vorkommt. Oder diese verdammte weibliche Sozialisation ist schuld, die uns darauf gedrillt hat, gefällig und leise zu sein, die Bedürfnisse anderer über die eigenen zu stellen – also auf keinen Fall „einen Aufriss“ zu machen.

Dazu kommt, dass du in solchen Situationen ja auch immer eine blitzschnelle Gefahrenabschätzung vornehmen musst: Wie groß, kräftig, betrunken ist der Vogel denn jetzt? Wie aggressiv wird der wohl? Wie viele potenzielle Unterstützer hat der hier rumstehen? Was ist meine Position in dieser Gruppe und wie ändert sie sich, wenn ich jetzt den Lauten mache? Gibt es freie Fluchtwege?

Es braucht eine Menge mieser Erfahrungen, ein gewachsenes Selbstvertrauen und viel Training, um sich dagegen zu wappnen. Wenn du den Bogen raus hast, bist du so alt, dass du eh kaum noch ins Beuteschema fällst.

Ist es unredlich, sich von einer jungen Polizistin – quasi stellvertretend – etwas anderes zu erhoffen? Nur ein klitzekleines bisschen Polizeigewalt im richtigen Moment? Einen kräftigen Stoß, eine wohl-dossierte Maulschelle, einen raffinierten Schmerzgriff?

Aber gut, man möchte sich ja auch nicht ausmalen, wie die öffentliche Diskussion dann ausgefallen wäre. Und natürlich ändert so eine Reaktion gar nichts daran, dass ein Übergriff eben ein Übergriff ist.

Eleganter wäre natürlich ein sehr großer, kräftiger, möglichst schwuler Polizeikollege, der die beiden Junggesellen mal ganz energisch zurückknutscht. Denn das ist ja der Denkfehler, den Männer oft machen, die sagen: „Ich hätte kein Problem damit, wenn eine Frau so was bei mir macht.“ Sie können sich nicht vorstellen, wie sich das anfühlt, wenn einem jemand kräftemäßig überlegen und die Zuwendung wirklich unerwünscht ist.

Aber so kleinliche Rachefantasien und das alte Hätte-hätte-Fahrradkette-Spielchen helfen natürlich am Ende überhaupt niemandem weiter. Vielleicht war es doch ganz gut, dass sich da mal eine getraut hat, ein Exempel zu statuieren. Irgendetwas hat sich anscheinend doch geändert.

Bleibt nur eine Frage übrig: Zählt das Ganze jetzt eigentlich in der Statistik der zunehmenden Angriffe gegen Einsatzkräfte, die das Innenministerium führt? Oder braucht es dafür zwingend Migranten mit Silvesterraketen?



Am Ende hilft nur protestieren: Mietenmove-Demo vor der Hamburger Elbphilharmonie
Foto: Chris Emil Janßen/imago

Ein leeres Versprechen

Seit einem Jahr soll der von Rot-Grün eingeführte Hamburger „Mietenmelder“ vor Mietwucher schützen. Geschehen ist seither nichts

Von **André Zuschlag**

Er hatte ohnehin nicht allzu viel erwartet, sagt Adrian Gettig*, als er im vergangenen Jahr die von der Stadt Hamburg angebotene Hilfe annahm. Aber dass sie ihm zumindest ein bisschen dabei helfen würde, etwas gegen die illegal hohe Miete zu unternehmen, die er Monat für Monat an seine Vermieterin überweisen muss – das hatte er schon gehofft. „Doch so wie es jetzt gelaufen ist, ist es frustrierend“, sagt Gettig. „Man fühlt sich alleine gelassen und ohnmächtig.“ Denn gelaufen ist seit sechs Monaten – nichts.

Gettig wohnt im Hamburger Westen, Anfang 2023 hatte er die 3-Zimmer-Wohnung in dem Mehrparteienhaus gefunden. „Von außen malerisch, innen schon etwas in die Jahre gekommen“, sagt Gettig. Da er zeitnah eine neue Wohnung finden musste, habe er sie genommen, auch wenn der bauliche Zustand der Wohnung an einigen Stellen zu wünschen übrig ließ.

Und dass ihm die 14 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter schon zu diesem Zeitpunkt höher als erlaubt erschien. „Wer dringend eine Wohnung sucht, ist diesem Wohnungsmarkt nun mal ausgeliefert“, sagt Gettig.

Gegen Mietwucher immerhin verspricht der rot-grüne Hamburger Senat seit Anfang vergangenen Jahres Hilfe: „Mit dem Mietenmelder soll es Hamburger Mieterinnen und Mietern erleichtert werden, möglicherweise überhöhte Mieten direkt und digital an die zuständige Dienststelle zu melden“, jubelte der Senat Ende Februar, als er die überraschende Einführung

dieses Instruments bekannt gab.

Eine Miete, die die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 Prozent übersteigt, kann schließlich eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Liegt sie um mehr als 50 Prozent darüber, droht den Vermieter:innen gar eine Haftstrafe. Geschädigte Mieter:innen erhalten dann die zu viel gezahlte Miete zurück und müssen künftig weniger zahlen.

„Dieses digitale Angebot ist ein wichtiger Schritt für mehr Schutz von Mieterinnen und Mietern“, freute sich die zuständige Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Karen Pein (SPD) im vergangenen Februar. „Mit dem digitalen Mietenmelder bekommen wir ein Instrument in die Hand, mit dem wir besser und schneller gegen Mietpreisüberhöhung vorgehen können“, sagte Pein. Gettig hingegen hat nicht den Eindruck, dass durch den Mietenmelder etwas besser und schneller geworden ist.

Zunächst hatte er im vergangenen Jahr seinen Verdacht, zu viel Miete zu zahlen, mit der Mietwucher-App der Linkspartei überprüft. „Zuvor hatte ich den Mietpreis noch zähneknirschend hingenommen“, sagt Gettig. „Man will es sich ja nicht mit seinem Vermieter verschmerzen.“

Die von der Linken angebotene Hilfe war nach der Einführung Ende 2024 schnell tausendfach genutzt worden; und weil weitere Mängel an der Wohnung vom Vermieter nicht behoben worden waren, entschloss er sich dann, dagegen etwas zu unternehmen. „Bei mir kam heraus, dass ich knapp 50 Prozent über der Vergleichsmiete liege“, sagt Gettig.

Mithilfe der Mietwucher-App schickte er dann eine Meldung an das für ihn zuständige Wohnungsamt Altona. Von dort immerhin habe er noch eine letzte standardisierte Reaktion seitens der Behörden erhalten: Er solle seine Daten doch bitte noch mal beim städtischen Online-Serviceportal – dem Mietenmelder also – eingeben. Das tat er Mitte August. „Seither habe ich nie wieder etwas gehört“, sagt Gettig.

Gettig ist damit keine Ausnahme, hinsichtlich der Wartezeit liegt er bis jetzt sogar eher im Mittelfeld. 359-mal nutzten Hamburger:innen bislang den Mietenmelder, hinzu kamen mehr als 1.000

rund 250 Fälle an die Stadt gemeldet worden. Auch hier wurde bislang kein einziges Verfahren gegen Vermieter:innen eingeleitet. Es dürfte also wenig helfen, dass im Dezember eine rot-grüne Mehrheit im Stadtrat für die Einrichtung eines städtischen Meldeportals nach Hamburger Vorbild votiert hat.

Für die Verfolgung der gemeldeten Hamburger Fälle hatte der Senat die Wohnraumschutzdienststellen auf Bezirksebene auserkoren. Zähneknirschend musste er zwischendurch bekanntgeben, dass eine solche „sehr umfassende Aufklärung des Sachverhaltes“ von diesen Stellen „aktuell nicht umsetz-

Der Senat sieht sich auf die private Wohnungswirtschaft angewiesen und mit der will er es sich nicht verschmerzen

Rolf Bosse, Mieterverein zu Hamburg

Meldungen mittels der Mietwucher-App der Linken.

In keinem einzigen Fall wurde, Stand 16. Januar, ein rechtliches Verfahren eingeleitet, gemeldete Vermieter:innen kontaktiert oder ein Fall gar abgeschlossen. Nur „im Einzelfall und gegebenenfalls auf Nachfrage“ haben die Behörden bislang Mitteilungen zum Sachstand an die Mieter:innen verschickt.

Nicht nur Gettig, auch Hamburg ist mit den bisher dürftigen Ergebnissen keine Ausnahme, wie ein Blick nach Hannover zeigt: Über die Mietwucher-App der Linken waren dort seit Anfang 2025

bar“ sei, teilte der Senat auf eine Anfrage der Linksfraktion zwischendurch mit. Die Mitarbeiter:innen seien „mit einer Vielzahl von Aufgaben, die primär im Bereich der Gefahrenabwehr liegen, ausgelastet“.

Angesprochen auf die lange Wartezeit, wie sie Gettig und die weiteren Hunderte Mieter:innen aktuell erleben, sagt André Stark, Sprecher der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen: „Nein, die Situation ist aktuell nicht zufriedenstellend.“ Man versuche aber gerade, Abhilfe über eine neue Task Force zu schaffen, „die wir zentral in der Be-

hörde für Stadtentwicklung und Wohnen einsetzen werden, um zügig die offenen Meldungen zu bearbeiten“.

Zur Wahrheit gehöre aber auch, schiebt Stark hinterher, dass „die Erfolgsaussichten weiterhin überschaubar bleiben, da der Nachweis und die Durchsetzung des einschlägigen Bundesrechts viel zu kompliziert sind“.

Es müssten dringend auf Bundesebene Vorschriften im Wirtschaftsstrafgesetz verschlankt werden, um Mieter:innen von den überbordenden Nachweispflichten zu befreien – wegen diesen müssten Mieter:innen etwa nachweisen, dass sie auf den Abschluss des für sie ungünstigen Mietvertrages angewiesen waren. Nur dann bestünde die Chance, den Mietwucher-Paragrafen anzuwenden.

Von derlei Schwierigkeiten war im vergangenen Februar, als der rot-grüne Senat die Einführung des Mietenmelders bejubelte, nichts zu vernehmen. Vielmehr versprach er, dass mit den Angaben aus dem Mietenmelder „die Dienststellen zielgerichtet tätig werden“ könnten.

Aber es waren an jenem 26. Februar, als Senatorin Pein den Start des Online-Portals bekannt gab, auch gerade nur noch vier Tage bis zur Bürgerschaftswahl; durch die Bundestagswahl eine Woche vorher deutete sich bereits an, dass SPD und Grüne wohl in nennenswertem Umfang an die Linke verlieren würden. Die hatte zuvor ihren Wahlkampf weitgehend auf das Wohnen fokussiert.

Nach Ansicht von Heike Sudmann, Fraktionschefin der Linken, zeigen sich jetzt „leere Versprechen des Se-

nats“. Die nun angekündigte Task Force komme viel zu spät, während Mieter:innen wie Gettig Monat für Monat zu viel Miete bezahlen. „Der Hamburger Senat tut seit einem Jahr nichts gegen Mietabzocke und lässt die betroffenen Mieter*innen einfach weiter blechen“, schimpft Sudmann.

Doch nicht nur die Opposition ist enttäuscht vom Mietenmelder, sondern auch der Mieterverein zu Hamburg. „Der Senat sieht sich auf die private Wohnungswirtschaft beim Bau neuer Wohnungen angewiesen – und mit der will er es sich offensichtlich nicht verschmerzen, wenn er mehr gegen Mietwucher unternehmen würde“, sagt dessen Vorsitzender Rolf Bosse. Das gehe dann aber zulasten des bezahlbaren Wohnens, das SPD und Grüne ständig als „Kernanliegen“ bezeichnen.

Adrian Gettig wollte irgendwann nicht mehr warten und hatte zusätzlich den Mieterverein eingeschaltet. Auf dessen Drohung hin bot der Vermieter immerhin einen Vergleich an, der allerdings mehrere Tausend Euro unter dem liegt, was Gettig im Laufe der Jahre mutmaßlich zu viel gezahlt hat. Wie das am Ende ausgeht, ist aktuell noch offen.

Juristisch belangt für den Mietwucher wird der Vermieter auf diesem Weg jedenfalls nicht. Das ginge über behördliches Eingreifen, doch die Hoffnung darauf ist bei Gettig nach dem monatelangen Schweigen der Behörden erloschen. „Die Stadt hat mir nicht dabei weitergeholfen, einfach nur mein Recht wahrzunehmen“, sagt Gettig.

**Name geändert
Mitarbeit: Nadine Conti*

das wird

„Vor dem 8. Mai 1945 kannte jeder dieses Wort“

Armin Flesch recherchiert seit über zehn Jahren zur „Arisierung“. Nahezu alle Deutschen waren beteiligt, indem sie profitierten

Interview **Amanda Böhm**

taz: Herr Flesch, wie sind Sie zum Thema „Arisierung“ gekommen?

Armin H. Flesch: Ich bekam eine E-Mail von einem Bekannten, Rolf Sturm. Sein Großvater hatte in Frankfurt eine Fabrik besessen, bis die jüdische Familie 1935 Deutschland verließ und die Fabrik arisiert wurde. Die heutigen Eigentümer behaupteten auf ihrer Website, man blicke auf 100 Jahre Familientradition bis zur Firmengründung zurück.

taz: Was gelogen war.

Flesch: Exakt. Die Firma wurde zwar 1914 gegründet, aber nicht von den heutigen Eigentümern. Alle Versuche, mit der Familie Elsen ins Gespräch zu kommen, waren fehlgeschlagen. Dabei ging es nicht um finanzielle Fragen, sondern lediglich um eine korrekte historische Darstellung auf der Website.

taz: Nun haben Sie jahrelang etliche Akten zur Arisierung ausgewertet. Arisierung – was bedeutet dieses Wort und warum hört man es so selten?

Flesch: Vor dem 8. Mai 1945 kannte jeder in Deutschland dieses Wort, ab dem 9. Mai konnte sich plötzlich keiner mehr daran erinnern. Hatte ein Jude ein Kaufhaus, und sei es vom Großvater gegründet, vom Vater ausgebaut und von ihm selbst nun geleitet, dann besaß er es zwar, aber es gehörte ihm nicht, denn als Nichtarier war er ein Fremdkörper. Er war ein – ich rede jetzt in der Diktion der Antisemiten seit Ende des 19. Jahrhunderts – „Schmarotzer am deutschen Volkskörper“. Wenn man ihm das Kaufhaus wegnimmt, nimmt man es ihm gar nicht weg, sondern man gibt es dem deutschen Volkskörper zurück.

taz: Welche Auswirkungen hat die Arisierung heute noch?

Flesch: Der geraubte Hausrat der Deportierten und Ermordeten wurde zum weit überwiegenden Teil nie zurückgegeben. Als Juden in die Vernichtungslager gebracht wurden, ließen sie ihre Wohnungen samt Einrichtung zurück. Diese Hinterlassenschaften wurden in öffentlichen Versteigerungen feilgeboten. Und die Leute kamen, denn es lohnte sich. Man wusste, man kriegt was für einen günstigen Preis. Es war wie ein großer Sommerschlussverkauf. Falls es nach 1945 Überlebende gab, mussten sie von jedem einzelnen Stück beweisen, dass es ihrer Familie gehört hatte. Aber wer hat nach Auschwitz noch Quittungen?

taz: Und diese Gegenstände haben die Nachkommen teilweise bis heute.

Flesch: Ja. Wenn Gäste kommen, stehen zwei silberne Kerzenleuchter und das edle Goldrandporzellan auf den hübschen alten Biedermeiertisch, das ebenfalls geerbte silberne Besteck liegt daneben. Und keiner fragt sich: Wo hatten Oma und Opa das Zeug eigentlich her? Wann, unter welchen Bedingungen haben sie es gekauft? Von wem? Was haben Sie dafür bezahlt?

taz: Das, was Sie beschreiben, ist die Beteiligung der „ganz normalen Deutschen“ am Holocaust.

Flesch: Ganz genau. Es ist falsch zu sagen, dass der Holocaust in seiner Materialisierung eine Veranstaltung der Nazis war. Der Holocaust war ein Verbrechen der Deutschen. Und zwar auch der Nicht-Nazis. Nahezu alle waren beteiligt, indem sie profitierten. Haben Sie sich mal Fotos von den kahlgeschorenen Leuten in den Konzentrationslagern angeguckt und sich gefragt: Was haben die eigentlich mit den Haaren gemacht?

taz: Nein. Was war mit den Haaren?

Flesch: Die Männerhaare wurden für 50 Pfennig das Kilo an Filzfabriken verkauft, wahrscheinlich billiger als Schafwolle. Daraus wurden nicht nur Schuheinlagen für die Ostfront, sondern auch Hüte. Ja, da zog der Volksgenosse seinen Hut und grüßte sich mit den Haaren seines ermordeten Nachbarn. Frauenhaar wurde an Perückenfabriken verkauft, „arische“ Volksgenossinnen trugen die Haare ihrer ermordeten Nachbarin als Perücke auf dem Kopf. Man nahm das Zahngold aus den Mündern der Ermordeten und machte daraus neben Goldbarren auch Wehrmachts-Zahngold. Das kam in die Münder deutscher Soldaten. Wenn Sie sehen, wie schnell ein als rechtschaffendes Volk zu einem Haufen raffgieriger, rücksichtsloser, empathieloser Verbrecher werden kann, dann begreifen Sie, dass das wieder geschehen könnte, überall auf der Welt – auch wieder in Deutschland.

Nein, es geht nicht um Medienzensur: Daniel Günther (CDU) hebt die Hand während einer Abstimmung im Kieler Landtag, Dezember 2025
Foto: Frank Molter/dpa



Erst denken, dann talken

Will Schleswig-Holsteins CDU-Ministerpräsident die Zensur mancher Medien? Das hat die Landtags-FDP erfragt. Ganz zufrieden sind die Liberalen nicht

Aus Kiel **Esther Geisslinger**

Will Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther unliebsame Medien zensieren, verbieten, regulieren? Nach einer missverständlichen Äußerung in der Talksendung von Markus Lanz ergoss sich ein Shitstorm über den CDU-Politiker. Während die bundesweite Debatte immer neue Kreise zieht und dabei unerwartete Schlenker macht, hakte die FDP-Landtagsfraktion beim Ministerpräsidenten nach.

„Dass Daniel Günther die Demokratie abschaffen will, glaube ich auch nicht“, sagt Christopher Vogt, Chef der FDP im Kieler Landtag. Dennoch stellte seine Fraktion eine offizielle Anfrage an die Regierung, was genau in der Talkshow gemeint war. In der Lanz-Sendung im frühen Januar hatte Günther unter dem Oberthema „Schutz der Demokratie“ zahlreiche Punkte angesprochen, angefangen vom AfD-Verbot, das er befürwortet, über Social-Media-Einschränkungen für Unter-16-Jährige bis zur Rolle der Medien.

Dabei hatte der Politiker Berichte des Portals „Nius“ als „faktenfrei“ bezeichnet. Auf die Frage des Moderators, ob er „das regulieren, zensieren, verbieten“ wolle, hatte Günther mit „Ja“, geantwortet. Beide ließen allerdings offen, was mit „das“ gemeint war.

Die Antwort der Kieler Staatskanzlei auf die Anfrage der FDP fiel knapp aus: Nein, die Regierung plane keine Initiativen, um Medien zu zensieren oder zu verbieten. Allerdings arbeiteten alle Bundesländer zurzeit an einem Digitalen Medienstaatsvertrag, heißt es in der Antwort. Dabei geht es auch um Verbote strafbarer Inhalte, Jugendschutz und die Regulierung von Plattformen.

Die FDP ist damit nicht zufrieden: Der Verweis auf den Medienstaatsvertrag gehe am Thema vorbei, so Vogt. Die Staatskanzlei, damit der Ministerpräsident, sei für das Thema Medien zuständig. Günther solle sich erst „sinnvolle und konkrete Gedanken“ machen, bevor er darüber in einer bundesweiten Sendung sinniere. Trotzdem sagte Vogt in einer Presserunde im Landtag: „Ich glaube, Daniel Günther hat einen Nerv getroffen.“

Tatsächlich hat sich die Debatte in den vergangenen Tagen noch ausgeweitet. Immer mit dabei ist „Nius“. Das Portal reichte nicht nur eine Klage gegen Daniel Günther ein, sondern leistete sich auch einen Schlagabtausch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ), deren eigene Leserschaft den Schwenk zu einer „immer rechtspopulistischer ausgerichteten Tageszeitung“ kritisiert hat.

Die NOZ sieht Günthers Aussage durchaus kritisch und steht damit auf der Seite von „Nius“, so Chefredakteur Burkhard Ewert jüngst in einem Kommentar. Dennoch bescheinigte „Nius“-Chefredakteur Julian Reichelt auf seinem „X“-Account der Osnabrücker Redaktion einen „totalen Dachschaten“ und befand: „Das ist einfach nur noch abstoßend, das ist Zersetzung wie in der DDR. Schämt Euch!“

Grund des Ärgers war ein NOZ-Interview mit Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD), in dem es auch um das Günther-Interview und „Nius“ geht. Weil in einer Zwischenüberschrift die Wörter „AfD“, „Nius“ und „Kinderpornografie“ enthielt, werde eine inhaltliche Nähe

hergestellt, so Reichelt – für die NOZ ist es nur ein Hinweis auf die Themen des folgenden Absatzes.

Die Kieler Politik hatte sich anfangs mit Äußerungen zurückgehalten, auch von den eigenen Parteifreund:innen erhielt der Ministerpräsident zunächst wenig Rücken- deckung. Tobias Koch, Fraktionschef der CDU im Kieler Landtag erklärte, er habe dazu keine Notwendigkeit gesehen: „Ich hatte kein Störge-

fühl, sondern habe die Aussage als Aufruf an die Zivilgesellschaft verstanden, sich für den Schutz der Demokratie einzusetzen.“

So, wie die Debatte sich entwickelte, habe sie Günthers These bestätigt, wie Kampagnen heute funktionieren, so Koch weiter: „Das zu entlarven, ist ihm gelungen.“ Ähnlich sieht es Lasse Petersdotter von den mitregierenden Grünen: „Die Debatte hat ihm Recht gegeben.“

Anzeige

 panterstiftung

Rest & Resilience

Das Refugium Auszeit-Stipendium

Verfolgte Journalist*innen verbringen 6 Monate in Berlin, um Energie zu tanken und eine dringend benötigte Auszeit zu nehmen

Seit 2015 vergibt die taz Panter Stiftung das Refugium Auszeit-Stipendium



Spenden unter:
www.taz.de/spenden
oder
GLS-Bank Bochum | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00